

Norbert Schäfers

Frauen im Rat der Stadt Münster Eine Untersuchung zur Gleichstellung von Frauen seit 1946

*„Politik ist eine viel zu ernste Sache,
als dass man sie allein den Männern
überlassen könnte.“*

Käte Strobel¹



Historisches Rathaus Münster²

¹ Käte Strobel (23.7.1907 – 29.3.1996), deutsche SPD-Politikerin, von 1966 – 1969 Bundesministerin für Gesundheitswesen, von 1969 – 1972 Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, www.wikipedia.org/wiki/Käte_Strobel, Zugriff vom 25.11.2018.

² Hier finden die Sitzungen des Rats statt. Foto: Dietmar Rabich / Wikimedia Commons / „Münster, Historisches Rathaus – 2014 – 6855“ / CC BY-SA 4.0.

Inhalt

- 1. Einleitung**
 - 1.1 Themenwahl und Ziele dieser Arbeit
 - 1.2 Quellen und Literatur
 - 1.3 Ablauf der Untersuchung

- 2. Die Stellung von Frauen in Deutschland in Politik und Gesellschaft – ein historischer Abriss**
 - 2.1 Verfassungsrechtliche Stellung von Frauen vor 1949
 - 2.2 Grundgesetzliche Stellung von Frauen ab 1949
 - 2.3 Stellung von Frauen in den politischen Parteien

- 3. Statistische Erhebungen für Münster**
 - 3.1 Allgemeine Erhebungen
 - 3.1.1 Entwicklung der Einwohnerzahlen und Anteil Frauen
 - 3.1.2 Wahlberechtigte und Anteil Frauen insgesamt und in Prozent
 - 3.2 Von der britischen Militärregierung ernannte Stadtvertretung
 - 3.3 Ergebnisse in den einzelnen Wahlperioden 1946 -2014
 - 3.3.1 Wahlergebnisse nach Parteien in Prozent
 - 3.3.2 Sitzverteilung nach Parteien gesamt
 - 3.3.3 Anzahl Frauen an der Sitzverteilung nach Parteien
 - 3.3.4 Sitzverteilung Männer / Frauen
 - 3.4 Frauen in kommunalpolitischen Führungspositionen
 - 3.4.1 Oberbürgermeisterin
 - 3.4.2 Stellvertretende Bürgermeisterinnen
 - 3.4.3 Frauen in den Ausschüssen
 - 3.4.4 Frauen im Haupt- und Finanzausschuss
 - 3.4.5 Frauen als Fraktionsvorsitzende
 - 3.5 Frauen- und Gleichstellungsausschuss

- 4. Gleichstellung von Frauen im Rat der Stadt Münster?**
 - 4.1 Frauen in der Kommunalpolitik
 - 4.1.1 Studie der EAF
 - 4.1.2 Erfahrungsbericht einer Stadträtin aus Münster
 - 4.2 Typisierung der Ratsfrauen in Münster
 - 4.2.1 Alter, Beruf und Amtszeiten
 - 4.2.2 Familienstand und soziales Umfeld
 - 4.2.3 Zusammenfassung

- 4.3 Kurzporträts ausgewählte Ratsfrauen in Münster
- 4.3.1 Hildegard Graf (CDU)
- 4.3.2 Carola Möllemann-Appelhoff (FDP)
- 4.3.3 Marion Tüns (SPD)
- 4.3.4 Maria Klein-Schmeink (GRÜNE)
- 4.3.5 Helga Bennink (GRÜNE)
- 4.3.6 Sybille Benning (CDU)
- 4.4 Gleichstellung erreicht?

- 5. Zusammenfassung und Ergebnisse**
- 5.1 Beantwortung der eingangs gestellten Fragen
- 5.2 Ausblick und Dank

- 6. Quellen- und Literaturverzeichnis**

Anhang 1

Alphabetische Auflistung der Frauen im Rat der Stadt Münster seit 1946

Anhang 2

Auflistung der Frauen im Rat je Wahlperiode seit 1946

1. Einleitung

Als Antwort auf die Frage, in welchen nationalen Parlamenten weltweit die meisten Frauen als Abgeordnete vertreten sind, würde wohl den meisten Nichtexperten als erstes ein skandinavisches Land einfallen - Schweden zum Beispiel, das lange Zeit als Emanzipations-Musterland galt. Eine Untersuchung der Interparlamentarischen Union (IPU)³ aus dem Jahr 2017 kommt aber zu einem ganz anderen, überraschenden Ergebnis. Mit einem Frauenanteil von 61,3 Prozent liegt das Parlament des ostafrikanischen Landes Ruanda auf dem Spitzenplatz.⁴ Die Statistik der IPU führt Schweden nur noch auf dem sechsten Platz. Davor liegen, nicht weniger überraschend, auf Platz zwei Bolivien mit 53,1 Prozent, gefolgt von Kuba mit 48,9 Prozent und Nicaragua mit 45,7 Prozent. Als einziges europäische Land unter den ersten fünf liegt Island mit 47,6 Prozent auf Platz vier.

In dieser Rangfolge belegt der aktuelle Bundestag in Deutschland mit einem Frauenanteil von 31 Prozent einen nicht unbedingt rühmlichen 23. Platz und liegt auf dem Niveau des Sudans, aber noch weit vor zum Beispiel den USA, die sich mit einem Anteil von 19,1 Prozent nur auf Platz 104 befinden.⁵ Die meisten anderen westeuropäischen Länder, außer Frankreich, Österreich und Irland, liegen auf dem deutschen Niveau. Weltweit beträgt der Frauenanteil in den Parlamenten durchschnittlich 23,4 Prozent.⁶

Nun lassen diese Daten zwar keine unmittelbaren Aussagen über die Situation der Frauen in den jeweiligen Parlamenten zu und es lassen sich auch keine zwingenden Rückschlüsse auf die Situation in den kommunalen Parlamenten in Deutschland, auch nicht auf die in Münster, ziehen, sie geben aber eine Einstimmung in diese Arbeit und beschreiben gleichzeitig auch ihre Problematik. Diese besteht darin, nicht nur den absoluten Anteil von Frauen in den Parlamenten darzustellen, sondern zu untersuchen, welchen Situationen sie sich in den Parlamenten gegenübersehen und wie es mit ihrer Gleichstellung gegenüber ihren männlichen Mandatsträgern aussieht.

³ Eine 1889 gegründete Vereinigung von Parlamenten mit dem Ziel der Sicherung des Friedens, der Förderung des Demokratieverständnisses in allen Teilen der Welt und der Wahrung der Menschenrechte. Im Jahr 2016 hatte die IPU 167 Mitgliedsstaaten und 10 assoziierte Mitglieder. Der Sitz der Vereinigung ist Genf. www.wikipedia.org/wiki/Interparlamentarische_Union, Zugriff vom 11.09.2018.

⁴ Ein Beitrag des ARD-Magazins „Weltspiegel“ vom 9.9.2018 nennt aktuell sogar einen Anteil von 67%. <https://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/weltspiegel/videos/weltspiegel-video-342.html> Minute 10:09, Zugriff: 11.6.2019

⁵ Bei den Midterms am 6.11.2018 konnten Frauen allerdings 96 der 435 Sitze im Repräsentantenhaus besetzen, was einem Anteil von 22 % entspricht. Quelle: www.wn.de/midterms, Zugriff vom 9.11.2018.

⁶ Deutsche Welle, Frauen im Parlament: Ruanda überholt Schweden, 8.3.2017. www.dw.com/de/frauen_im_parlament-ruanda-überholt, Zugriff vom 11.9.2018.

Auf eine Problematik, die seiner Meinung nach die Entwicklung in der ehrenamtlichen Kommunalpolitik nehmen könnte, hat Professor Norbert Kersting⁷ anlässlich einer Expertenanhörung der *Enquetekommission des NRW-Landtags zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie* Ende April in Münster hingewiesen. Er sieht die Gefahr,

„dass in Zukunft die Senioren die Stadträte dominieren werden, da nur noch die älteren Bürger die erforderliche Zeit aufbringen könnten, um ausufernde Rats- und Ausschusssitzungen zu absolvieren“.

Da das Image der Kommunalpolitik allgemein eher schlecht sei, so seine Meinung, würden sich immer weniger junge Menschen, und hier auch immer weniger Frauen, ehrenamtlich in Stadt- und Gemeindeparlamenten engagieren. Dieses Imageproblem führe u.a. auch dazu, dass viele Arbeitgeber, auch die öffentlichen, ein kommunales Ehrenamt ihrer Mitarbeiter zunehmend kritisch bewerten würden.⁸ Obwohl diese Aussagen im Konjunktiv gemacht werden, wird es im weiteren Verlauf dieser Arbeit interessant sein festzustellen, ob sie auch für den Rat in Münster zutreffen.

1.1 Themenwahl und Ziele dieser Arbeit

Viele Menschen verfolgen die gesellschaftlichen und politischen Diskussionen zu Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frauen, die gerade auch aktuell unter dem Eindruck *100 Jahre Frauenwahlrecht* geführt werden, interessiert. Beim Lesen des Untertitels dieser Arbeit, der ja die Frage, ob es eine Gleichstellung von Frauen im Rat der Stadt Münster gibt, impliziert, würden wohl die meisten von ihnen spontan mit Nein! antworten. Für den Autor ist es deshalb interessant zu untersuchen, ob ein so spontanes Urteil stimmt und wenn ja, welche Ursachen hierzu führen.

Dass sich der Begriff *Gleichstellung* der Geschlechter von dem der *Gleichberechtigung* abgrenzt, ist für den Autor von besonderem Interesse und führte letztlich zu dem gewählten Thema für diese Arbeit: „Eine Untersuchung zur *Gleichstellung von Frauen im Rat der Stadt Münster seit 1946*“.

Während die *Gleichberechtigung* - bereits 1994 durch den Zusatz zu Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG zum Staatsziel erklärt - die juristische Gleichbehandlung zum Ziel hat, geht der Begriff *Gleichstellung* davon aus, dass die juristische Gleichbehandlung nicht automatisch auch zu einer

⁷ Dr. Norbert Kersting ist Professor für ‚Vergleichende Politikwissenschaft – Kommunal- und Regionalpolitik‘ an der WWU Münster und Mitglied im ‚Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit‘ im Rat der Stadt Münster, www.uni-muenster.de/lfPol/personen/kersting.html, Zugriff vom 1.5.2019.

⁸ Westfälische Nachrichten, Wie kann man das Image aufpolieren?, 30.4.2019.

faktischen Gleichbehandlung führt. Die Gleichstellung bezieht sich also nicht nur auf Gleichberechtigung im Sinne von Chancengleichheit, sondern auf einen Prozess der tatsächlichen gleichen Behandlung von Männern und Frauen in Hinsicht auf ihr jeweiliges persönliches und berufliches Entfaltungspotential.⁹

Ein der *Gleichstellung* nahestehender Begriff ist der der *Partizipation*.¹⁰ Er beschreibt, auf seine politische Bedeutung bezogen, die allgemeine Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen. Hierbei wird Beteiligung sowohl im Sinne von *Teilnahme* als auch von *Teilhabe* verstanden, wobei *Teilnahme* als instrumenteller Partizipationsbegriff zum Beispiel die Teilnahme an politischen Wahlen bezeichnet und *Teilhabe* als normativer Partizipationsbegriff zum Beispiel die Teilhabe als Mandatsträger an politischen Entscheidungsprozessen.¹¹ Im Kontext dieser Arbeit ist die normative Partizipation von Bedeutung.

Eine Untersuchung wie diese kann nicht zum Ziel haben, die Situation von weiblichen Mandatsträgern im Rat der Stadt Münster im direkten Vergleich zu ihren männlichen Kollegen zu bewerten. Obwohl, und darüber ist sich der Autor bewusst, ein solcher Vergleich zu aussagefähigeren Ergebnissen führen könnte, macht allein die Anzahl der Mandatsträger ein solches Unterfangen im Rahmen einer in einem Seminar ‚Forschendes Lernen‘ entstehenden Arbeit unmöglich. Denn den seit 1946 in den Stadtrat von Münster gewählten 134 Frauen stehen 410 Männer in dieser Funktion gegenüber.¹² Eine solche Untersuchung wäre eher einer Promotions- oder Habilitationsarbeit würdig. In dieser Arbeit geht es darum, anhand der hier gesammelten und ausgewerteten Informationen die Gleichstellung von Ratsfrauen und Ratsmännern in Münster zu bewerten.

Die zeitliche Festlegung des Untersuchungszeitraums dieser Arbeit ab 1946 ergibt sich daraus, dass, von der britischen Besatzungsmacht maßgeblich beeinflusst, am 13. Oktober 1946, also noch vor der Gründung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalens, die ersten freien Kommunalwahlen in den kreisfreien Städten und Landkreisen nach dem Krieg in der britischen Besatzungszone stattgefunden haben, die Kommunalwahlen in den kreisangehörigen Gemeinden waren bereits am 15. September 1946 durchgeführt worden.

Die erste Kommunalwahl nach dem Krieg findet in Münster noch unter denkbar schwierigen Umständen statt. In Münster herrscht zu diesem Zeitpunkt bittere Not. Die Menschen kämpfen gegen Hunger und Kälte, Trümmerberge müssen abgetragen werden, Epidemien drohen.

⁹ www.wikipedia.org/wiki/Gleichstellung, Zugriff vom 10.5.2019.

¹⁰ Partizipation: Beteiligung, Teilhabe, Teilnahme, Mitwirkung Mitbestimmung, Mitsprache, www.wikipedia.org/wiki/Partizipation, Zugriff vom 23.2.2019.

¹¹ Lauterer, Heide-Marie, Politische Partizipation, Westfälische Geschichte, www.lwl.org/westfaelische-geschichte, Zugriff vom 23.2.2019.

¹² Bezogen auf die Erstwahlen in den einzelnen Wahlperioden ohne Veränderungen während der Wahlperioden.

Die Versorgung mit Lebensmitteln, Kleidung, Wasser und Energie ist mehr als schwierig. Trotz - oder vielleicht gerade wegen? - dieser Probleme zieht es die Münsteraner in Scharen an die Wahlurnen, 71,6 Prozent der Münsteraner gehen zur Wahl.¹³ Nach der Gründung Nordrhein-Westfalens werden nach dem neuen Gemeindewahlgesetz am 17. Oktober 1948 neue Kommunalwahlen mit einer vierjährigen Amtszeit durchgeführt.¹⁴

Unter Berücksichtigung der eingangs gemachten Ausführungen sollen als Ergebnis dieser Untersuchung folgende Fragen beantwortet werden:

1. Wie hat sich der Anteil von Frauen im Rat der Stadt Münster seit 1946 entwickelt?
2. Wie verteilt sich dieser Anteil auf die politischen Parteien?
3. Was veranlasst Frauen, sich in der Kommunalpolitik in Münster zu engagieren?
4. Welche herausgehobenen Ämter hatten/haben Frauen im Rat der Stadt Münster inne?
5. Auf welchen Gebieten lagen/liegen die Arbeitsschwerpunkte von Frauen im Rat der Stadt Münster?
6. Gibt es eine Gleichstellung von Frauen im Rat der Stadt Münster und wie hat sich diese seit 1946 entwickelt?

1.2 Quellen und Literatur

Die Quellen und Literatur, auf die sich diese Untersuchung stützen kann, sind zweigeteilt. Während es eine Vielzahl von allgemeinen geschlechter- und genderspezifischen¹⁵ Untersuchungen, hier auch speziell zu den Auswirkungen der Politik auf Frauen oder zu Frauen in der Politik, gibt, ist die Quellenlage bezogen auf Ratsfrauen in Münster eher spärlich. Aus Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Münster und aus den Ratsprotokollen der einzelnen Jahre lassen sich zwar verlässliche Aussagen zu den Wahlergebnissen in den jeweiligen Wahlperioden treffen und auch die Namen der jeweils gewählten Frauen entnehmen, aber

¹³ Westfälische Nachrichten, Die erste freie Wahl seit 1933, Rubrik: Münster 1946, 08.09.2016.

¹⁴ Siehe hierzu auch: Bernd Hammerschmidt, Der Lengericher Stadtrat nach 1945 – Eine Untersuchung unter geschlechterspezifischer Perspektive, im Rahmen dieser Publikation.

¹⁵ Gender (englisch: „soziales Geschlecht“) ist ein Begriff in den Sozialwissenschaften und bezeichnet Geschlechtseigenschaften, welche eine Person in Gesellschaft und Kultur beschreiben. Das Ende des 20. Jahrhunderts erstmals geisteswissenschaftlich-philosophisch beschriebene „Gender“ steht in Abgrenzung zu den biologischen Geschlechtern des Menschen, www.wikipedia.org/wiki/Gender, Zugriff vom 3.3.2019.

es gibt bisher keine Untersuchungen, die sich mit der Frage nach der Gleichstellung von Frauen im Rat der Stadt Münster beschäftigt hätten.

Bei der Erhebung der statistischen Daten der weiblichen Ratsmitglieder konnte auf die Statistischen Jahresberichte der Stadt Münster (bis 1958)¹⁶ und auf die Protokolle der jeweiligen Ratssitzungen¹⁷ im Stadtarchiv zurückgegriffen werden. Auch die Informationen von IT-NRW¹⁸ und des Amtes für Rats- und Bürgerservice der Stadt Münster waren bei den Datenrecherchen hilfreich. Nicht zuletzt lieferte die Zusammenstellung der Ratsmitglieder von Norbert Korfmacher¹⁹ wertvolle Informationen. Wie so oft hat sich das Stadtarchiv Münster als besonders hilfreicher Fundort erwiesen, hier besonders auch das Pressearchiv mit Informationen über Persönlichkeiten in Münster.

Gespräche, unter anderem mit Herrn Jürgen Kupferschmidt, Leiter des Amtes für Bürger- und Ratsservice, und der Leiterin des Amtes für Gleichstellung der Stadt Münster, Martina Arndts-Haupt, erbrachten weitere wertvolle Hinweise und Informationen für diese Arbeit.

1.3 Ablauf der Untersuchung

Bevor die Frage nach der Gleichstellung von Frauen und Männern im Rat der Stadt Münster untersucht und beantwortet wird, erscheint es sinnvoll, in einem einführenden 2. Kapitel die Rolle von Frauen in der deutschen Politik, der Gesetzgebung und in den wichtigen politischen Parteien nach 1945 darzustellen. Im Rahmen dieser Arbeit kann es hierbei nicht um eine umfassende Untersuchung gehen, sondern um einen Abriss wichtiger historischer Ereignisse und Entwicklungen.

In Kapitel 3 werden statistische Daten aufgeführt, die neben Informationen über die Entwicklung des Anteils der Frauen an der Gesamtbevölkerung Münsters und deren Anteile an den Wahlberechtigten auch die Entwicklung der Sitzverteilung nach Parteien im Rat im Rat und der Anteil der Frauen daran, deren Parteizugehörigkeit, Amtszeiten und Arbeitsschwerpunkten im Untersuchungszeitraum geben. Außerdem wird dargestellt, welche besonderen Ämter Frauen im Laufe der Jahre im Rat innehatten.

¹⁶ Stadtarchiv Münster, Druckschriften 8 und 266.

¹⁷ Stadtarchiv Münster, Ratsprotokolle.

¹⁸ Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen, Ref. 541 Zentrale statistische Information und Beratung.

¹⁹ Korfmacher, Norbert, Die Mitglieder des Rates der Stadt Münster seit 1946, Münster 2015.
www.abgeordneten.info, letzter Zugriff vom 3.5.2019.

Im 4. Kapitel, dem wichtigsten Teil dieser Arbeit, werden die Ratsfrauen von 1946 bis 2014 anhand von Alter, Beruf, Amtszeiten und sozialem Umfeld typisiert und es wird erläutert, was sie veranlasst hat, in ihrer jeweiligen Zeit kommunalpolitisch aktiv zu werden. Eine wichtige Frage ist in diesem Zusammenhang, inwieweit hierbei persönliche Lebensumstände und -verhältnisse eine Rolle gespielt haben. Aus all diesen Informationen soll versucht werden eine Antwort auf die Frage zu erhalten, ob es im Rat der Stadt Münster eine Gleichstellung von Frauen und Männern gab und gibt.

Im letzten, dem 5. Kapitel, werden die Ergebnisse dieser Arbeit zusammengefasst und die eingangs gestellten Fragen beantwortet. Ein Ausblick rundet die Ergebnisse ab.

2. Die Stellung von Frauen in Deutschland in Politik und Gesellschaft – ein historischer Abriss

Dass die Gleichstellung von Frauen und Männern in Gesellschaft und Politik in Deutschland kein *Selbstläufer* war und ist, zeigen sowohl die historische Entwicklung als auch die heutige Realität. Erst am 19. Januar 1919, bei der Wahl zur verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, dürfen Frauen in Deutschland erstmals mitwählen und auch gewählt werden. „*Meine Herren und Damen*“, mit dieser Anrede beginnt die Sozialdemokratin Marie Juchacz am 19. Februar 1919 ihre Rede als erste Frau vor einem deutschen Parlament. Dass sie dort reden darf, hält sie nicht für ein Entgegenkommen, sondern sie bezeichnet es als ein Recht, „*was den Frauen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist*“.

Diese Rede ist aber, wie ein Blick in unsere Gegenwart zeigt, nicht der Durchbruch, sondern nur ein Etappensieg im Kampf für die Gleichstellung der Frauen.²⁰

Um eine Gleichstellung von Männern und Frauen in den Verwaltungen, den Körperschaften und Gerichten des Bundes zu fördern und zu gewährleisten, beschließt der Bundestag am 24. Juni 1994 ein *Gesetz zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern (Frauenförderungsgesetz)*.²¹ Dieses Bundesgesetz wird am 5. Dezember 2001 durch das *Gesetz für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesverwaltung und in den Unternehmen und Gerichten des Bundes (Bundesgleichstellungsgesetz)* ersetzt. Ziel dieses Gesetzes ist es, bestehende Benachteiligungen von Frauen zu beseitigen, künftige Benachteiligungen zu verhindern und die Familienfreundlichkeit und die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Berufstätigkeit für Frauen und Männer zu verbessern. Wesentliche Merkmale des Gesetzes sind die Verpflichtung zur Bestellung von Gleichstellungsbeauftragten und die Erstellung

²⁰ Storm, Monika, *Erste Wahl? Erste Wahl!*, 90 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland, LpB Rheinland-Pfalz, Mainz 2009, S. 3.

²¹ Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1994, Teil I, Nr. 39 vom 30.06.1994, www.bgbl.de/xaver/bgbl/st, Zugriff vom 23.12.2018.

von Gleichstellungsplänen. Dieses Gesetz gilt nur für Bundesbehörden, nicht für die Privatwirtschaft. Die Bundesländer haben für ihre Verwaltungsbehörden und Gerichte eigene Gleichstellungsgesetze erlassen.²²

Anlässlich eines Festaktes zum 100. Jahrestag der Einführung des Frauenwahlrechts hat Bundeskanzlerin Angela Merkel im November 2018 weitere Anstrengungen zur Gleichbehandlung der Geschlechter in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gefordert und dabei die nach wie vor umstrittenen Frauenquoten nur als ersten Schritt zur Normalität bezeichnet – Ziel müsse Parität sein. Schockiert zeigt sich die Bundeskanzlerin auch darüber, dass die Quote an Oberbürgermeisterinnen in Deutschland nur bei acht Prozent liegt.²³

Das von der Bundeskanzlerin formulierte Ziel, *Parität* zu erreichen, ist dabei nicht neu. Schon seit vielen Jahren wird in allen gesellschaftlichen Bereichen eine paritätische Besetzung der jeweiligen Gremien gefordert, sei es in Wissenschaft, Wirtschaft oder Politik. Dabei bezeichnet der Begriff Parität in der Politik allgemein ein gleichmäßiges Verhältnis von Stimmen in einem Gremium, um so zu verhindern, dass Gremien durch knappe Mehrheiten dominiert werden oder Minderheiten durch einfache Mehrheitsbeschaffungen ausgeschlossen werden.²⁴ Neu ist allerdings, und insoweit entspricht es dem von der Bundeskanzlerin formulierten Ziel, dass diese Parität auch auf die zahlenmäßigen Anteile von Frauen und Männern in politischen Gremien angewendet wird, wie es der Landtag von Brandenburg erstmalig mit der Verabschiedung des *Parite-Gesetzes*²⁵ am 31. Januar 2019 beschlossen hat. Es hat zum Ziel, dass in den Parlamenten künftig mindestens genauso viele Frauen wie Männer vertreten sind und so die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Politik gesichert wird. Parlamentspräsidentin Britta Stark sieht in diesem Gesetz einen großen Sieg für die Demokratie. „*Es geht nicht um ein Frauenthema, sondern um das Ganze. Ich spreche nicht von einer Quote, sondern von Demokratie*“, sagt sie nach der Verabschiedung des *Parite-Gesetzes* im Landtag.²⁶

Und dass eine Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft noch lange nicht erreicht ist, zeigen die andauernden Diskussionen zu diesem Thema. So verdienen zum Beispiel heute noch Frauen bei gleicher Qualifikation durchschnittlich 21 Prozent weniger als Männer und machen mit 65 Prozent die größte Gruppe im Niedriglohnssektor aus. Einer kürzlich veröffentlichten

²² www.wikipedia.org/wiki/Bundesgleichstellungsgesetz, Zugriff vom 23.12.2018.

Das Gleichstellungsgesetz wurde zuletzt am 23.12.2016 geändert und ergänzt.

²³ mdr Mitteldeutscher Rundfunk, Merkel für Geschlechter-Parität in allen Bereichen, 12. November 2018, www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/merkel-fuer-frau, Zugriff vom 7.1.2019.

²⁴ [www.wikipedia.org/wiki/Parität_\(Politik\)](http://www.wikipedia.org/wiki/Parität_(Politik)), Zugriff vom 1.2.2019.

²⁵ Das Gesetz heißt tatsächlich so. „Die Kernregelung dieses neuen Gesetzes befindet sich in dem neugefassten Abs. 3 von § 25 des brandenburgischen Landeswahlgesetzes. Das Gesetz, das im Jahr 2020 (also erst nach der nächsten Parlamentswahl in Brandenburg) in Kraft treten soll, sieht im Wesentlichen paritätische Landeslisten vor. Die Entscheidung darüber, ob ein Mann oder eine Frau den ersten Listenplatz belegt, wird dabei den Parteien selbst überlassen“, zitiert nach: www.verfassungsblog.de/parite-gesetz-in-brandenburg-kein-sieg-fuer-die-demokratie, Zugriff vom 1.2.2019.

²⁶ www.landtag.brandenburg.de/de/aktuelles/aktuelle_meldungen, Zugriff vom 1.2.2019.

Analyse der Boston Consulting Group zufolge liegt der aktuelle Frauenanteil in den Vorständen der 100 größten börsennotierten Unternehmen in Deutschland bei nur sieben Prozent und damit nur ein Prozent über dem des Vorjahres. Bei gleichbleibender Entwicklung würde es noch 40 Jahre dauern, bis der Frauenanteil in den Spitzenpositionen dieser Unternehmen gleich zu denen der Männer wäre.²⁷ Es wird sogar kolportiert, dass es in deutschen Unternehmen mehr Vorstandsmitglieder gibt, die Thomas oder Michael heißen, als alle Frauen in gleichen Positionen zusammen.²⁸ Mancher wird sich noch an die sogenannten *Heinze-Frauen*²⁹ erinnern, die 1979 eine gegenüber ihren männlichen Kollegen gleiche Bezahlung fordern und erst in dritter Instanz 1981 vor dem Bundesarbeitsgericht Recht bekommen.³⁰

Nicht viel besser mit der Gleichstellung von Frauen sieht es im wissenschaftlichen Bereich aus, wie das Beispiel der Westfälischen Wilhelms-Universität (WWU) zeigt. Einer kürzlich vorgelegten WWU-Studie zufolge liegt der Frauenanteil bei den Studierenden 2017/18 bei über 54 Prozent, der der Absolventinnen 2016 bei fast 59 Prozent und der der abgeschlossenen Promotionen bei knapp 50 Prozent. Dem gegenüber macht der Anteil der Frauen bei den abgeschlossenen Habilitationen 2016 nur noch 19 Prozent aus und der Anteil der Frauen, die eine Vollprofessur (Besoldungsstufen W 2 oder W 3) erhalten, nur 22 Prozent. Diese Situation soll in den nächsten Jahren über einen Gleichstellungsrahmenplan an der WWU grundlegend verbessert werden.³¹

Die Frage nach der Gleichstellung von Frauen in leitenden Positionen hat in einer gesellschaftlichen Gruppe seit jeher eine besondere Bedeutung - der katholischen Kirche. Nicht zuletzt unter dem Eindruck der andauernden Missbrauchsvorwürfe hat die Frühjahrs-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz 2019 in Lingen ihren Willen bekundet, den Anteil von Frauen in Leitungspositionen in den Bistumsverwaltungen in den nächsten vier Jahren auf mindestens ein Drittel zu steigern. Heute beträgt der Frauenanteil, nach Aussagen der Bischofskonferenz, auf der oberen Leitungsebene der Diözesen rund 19 Prozent und der mittleren Ebene rund 23 Prozent.

Gleichwohl hat es in den vergangenen 100 Jahren seit Marie Juchacz's Rede langsame Fortschritte gegeben, die uns heute schon so selbstverständlich erscheinen, dass man kaum glauben kann, wie lange es bis zu ihrer Verwirklichung brauchte: Fast schon in Vergessenheit geraten ist etwa, dass das Bürgerliche Gesetzbuch in seiner Neubearbeitung des Familienrechts 1958 noch vorschreibt, dass eine Frau nur mit ausdrücklicher Erlaubnis ihres Ehemannes eine Arbeit aufnehmen darf. Bis 1975 darf ein Ehemann die Stelle seiner Frau auch gegen ihren Willen kündigen, wenn sie seiner Meinung nach ihren häuslichen Pflichten nicht in ausrei-

²⁷ Westfälische Nachrichten, Frauenanteil wächst nur langsam, 22.12.2018.

²⁸ www.linksfraktion.de/themen/a-z/detailansicht/gleichstellung, Zugriff vom 4.10.2018.

²⁹ Beschäftigte des Gelsenkirchener Fotolabors Heinze.

³⁰ DER SPIEGEL, Frauenarbeit, Reiner Zufall, 14.9.1981.

³¹ Westfälische Nachrichten, Professorinnen bleiben Minderheit, 19.12.2018.

chendem Umfang nachkommt. Auch erinnern sich heute die wenigsten daran, dass zur gleichen Zeit Lehrerinnen in Bayern zölibatär leben müssen wie Priester – heiraten sie, müssen sie ihren Beruf aufgeben. Die Begründung: Die Lehrerinnen sollen voll und ganz für die Erziehung fremder Kinder zur Verfügung stehen – oder eben alle Zeit der Welt für den eigenen Nachwuchs haben. Auch dieses Gesetz wird erst Ende der 1970er Jahre geändert.³²

2.1 Verfassungsrechtliche Stellung von Frauen vor 1949

Schon die Frankfurter Reichsverfassung (*Paulskirchenverfassung*) hebt in Artikel 137 die Ständevorrechte und den Adelsstand in Anlehnung an die Gleichheitsgewährung der französischen Verfassung auf.³³ Von einer Gleichberechtigung der Geschlechter ist dort aber nicht die Rede. In den folgenden Jahren der Restauration werden im Gegenteil sogar Bestimmungen erlassen, die es Frauen verbieten, Mitgliederinnen in politischen Vereinen und Verbänden zu werden. Diese Bestimmungen bleiben bis 1908 gültig.

In der *Bismarckschen Reichsverfassung* vom 16. April 1871 gibt es keine ausdrückliche Aufhebung von Grundrechten der Bürger. Die Verwirklichung des Nationalstaats steht im Vordergrund. Die Schaffung von Grundrechten wird späteren Reichsgesetzgebungen überlassen.³⁴ Seit 1902 dürfen Frauen zwar an Parteiveranstaltungen teilnehmen, sich aber nicht aktiv beteiligen.

Die *Weimarer Reichsverfassung* vom 31. Juli 1919 verpflichtet in Artikel 109 Absatz 2 den Staat zur Gleichbehandlung aller Deutschen vor dem Gesetz. Männer und Frauen haben demnach grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.³⁵ An der ersten, 1919 stattfindenden, Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung nehmen erstmals Frauen teil. 37 der insgesamt 423 Abgeordneten sind weiblich, das sind 8,7 Prozent.³⁶

³² Focus ONLINE, Die erste Frau, die ohne Erlaubnis ihres Ehemannes arbeiten darf, Zugriff vom 17.11.2018 und www.bpb.de/apuz/31161/50-jahre-geschlechtergerechtigkeit, Zugriff vom 17.11.2018. Weiteres zu diesem Thema auch unter Helwig, Gisela, Nickel, Hildegard Maria (Hg), Frauen in Deutschland 1945-1992, Bundeszentrale für politische Bildung Band 318, Bonn 1993.

³³ Wegen Widerstands zahlreicher deutscher Staaten wurde diese Verfassung nie rechtswirksam.

³⁴ www.verfassungen.de/de/de67-18/verfassung71-i.htm, Zugriff vom 12.12.2017.

³⁵ www.rechtsanwaltmoebius.de/gesetz/art-109-wrv.html, Zugriff vom 7.1.2019.

³⁶ www.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Mitglieder_der_Nationalversammlung-von_1919, Zugriff vom 24.6.2018.

2.2 Grundgesetzliche Stellung von Frauen ab 1949

Am 1. September 1948 konstituiert sich der Parlamentarische Rat in Bonn, um eine neue Verfassung für die noch zu gründende Bundesrepublik Deutschland zu konzipieren. Von den 65 Delegierten sind vier Frauen, das sind sechs Prozent, als Mütter des Grundgesetzes vertreten: Friederike Nadig und Dr. Elisabeth Selbert von der SPD, Dr. Helene Weber von der CDU und Helene Wessel vom Zentrum.³⁷

Artikel 3 des *Grundgesetzes* hat in seiner ursprünglichen Fassung vom 23. Mai 1949 noch folgende Fassung:

- „(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
- (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt.
- (3) Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden“.

Dieser Grundgesetzartikel wird am 27. Oktober 1994 in zwei Punkten erweitert. Absatz 2 erhält folgende Ergänzung: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Absatz 3 erhält folgende Ergänzung: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“³⁸

2.3 Stellung von Frauen in den politischen Parteien

Bei der Beurteilung der Gleichstellung von Frauen in den politischen Parteien in Deutschland ist ein genereller Aspekt, die politischen Parteien direkt betreffend, von Bedeutung, auf den in dieser Arbeit zwar wegen seiner Komplexität nicht vertieft eingegangen werden kann, ein Hinweis auf ihn aber sinnvoll und wichtig erscheint. Die politischen Parteien, und hier insbesondere deren Parteiführungen, die in der Regel aus Berufspolitikerinnen und -politikern, also nicht Ehrenamtlichen, bestehen, bestimmen heute die moderne Demokratie in einem immer stärkeren Maße. Bereits 1992 hat der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker diese Entwicklung erkannt und in seiner *Parteienkritik*³⁹ den Parteien und Parteiführungen vorgeworfen, sie seien „... *machtversessen auf den Wahlsieg und machtversessen bei der*

³⁷ https://de.wikipedia.org/wiki/M%C3%BCtter_des_Grundgesetzes, Zugriff vom 17.6.2019

³⁸ Alle Fassungen des Artikels 3 sind nachzulesen unter www.dejure.org/gesetze/GG/3.html, Zugriff vom 7.1.2019.

³⁹ Hans-Jochen Vogel: Das Prinzip Verantwortung, in: ZEIT ONLINE 10.7.1992, www.zeit.de/1992/29/wobleibt-das-prinzip-verantwortung, Zugriff vom 11.3.2019.

Wahrnehmung der inhaltlichen und konzeptionellen politischen Führungsaufgaben“. Der Berufspolitiker sei „... ein Generalist mit dem Spezialwissen, wie man politische Gegner bekämpft“. Der Hauptaspekt des erlernten Berufs unserer Politiker bestehe

*„... in der Unterstützung dessen, was die Partei will, damit sie einen nominiert, möglichst weit oben in den Listen und in der behutsamen Sicherung ihrer Gefolgschaft, wenn man oben ist. Man lernt, wie man die Konkurrenz der anderen Parteien abwehrt und sich gegen die Wettbewerber im eigenen Lager durchsetzt“.*⁴⁰

Auch wenn auf diese Parteienkritik des Bundespräsidenten viele der angesprochenen Politiker, und hier insbesondere auch der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl, ihrerseits mit scharfer Kritik und Ablehnung reagieren, bleibt doch die Frage berechtigt: Hat das, was von Weizsäcker kritisiert, einen Einfluss auf das ehrenamtliche Engagement der Parteimitglieder auf den unteren politischen Ebenen, zum Beispiel auf die Kommunalpolitik und insoweit auch auf die Chancen von Gleichstellung für die Frauen? Und müssen die nachfolgenden Parteibeschlüsse auch unter diesem Aspekt gesehen werden?

Wie in vielen gesellschaftlichen Bereichen, ist auch in den politischen Parteien in Deutschland die Gleichstellung von Frauen viele Jahre umstritten und es muss ein langer Weg zurückgelegt werden, ehe man dieses Ziel durch die Einführung einer Frauenquote wenigstens formal erreicht. Im Folgenden sollen die Beschlüsse und Haltungen der einzelnen Bundesparteien zur Gleichstellungsfrage kurz umrissen werden. Im weiteren Verlauf dieser Arbeit wird sich dann zeigen, ob und wie die Parteibeschlüsse im Rat der Stadt Münster von den jeweiligen Parteien umgesetzt werden.

Als erste Partei in Deutschland führt **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** 1984 eine verbindliche Frauenquote ein. Im Frauenstatut der Partei ist festgelegt, dass mindestens die Hälfte aller Ämter und Mandate Frauen vorbehalten ist: Alle ungeraden Plätze auf Wahllisten und in den Parteigremien sind mit Frauen zu besetzen. Dieses Prinzip wird seitdem erfolgreich bei Bundestagsabgeordneten, Europaabgeordneten, kommunalen Mandaten und den Mitgliedern des Bundesvorstandes angewendet und hat dazu geführt, dass in keiner anderen Partei so viele Frauen in wichtigen Ämtern vertreten sind.⁴¹ Im aktuellen Bundestag beträgt der Frauenanteil bei den BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Abgeordneten 58 Prozent.⁴²

Auf ihrem Bundesparteitag in Münster beschließt die **SPD** am 30. August 1988 eine verbindliche, in den Parteistatuten verankerte, Frauenquote. Bei einem damaligen Frauenanteil von

⁴⁰ Arnim von, Hans Herbert, Fetter Bauch regiert nicht gern: Die politische Klasse – selbstbezogen und abgehoben, München 1997, S. 12ff.

⁴¹ Satzung des Bundesvorstandes BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Frauenstatut. www.gruene.de/Dokumente/Frauenstatut, Zugriff vom 14.9.2018.

⁴² Golod, Vassili, WDR, 30.08.2018, www.tagesschau.de/inland/frauenquote-159.html, Zugriff vom 7.1.2019.

knapp 27 Prozent der Mitglieder muss nach einer Übergangszeit in allen Spitzenpositionen der Partei jedes Geschlecht mit mindestens 40 Prozent vertreten sein.⁴³ Im aktuellen Bundestag sind 42 Prozent der SPD-Abgeordneten Frauen.⁴⁴

In der **CDU** wird 1994 erst über einen Frauenanteil in wichtigen Parteiämtern von einem Drittel diskutiert und dann 1996 ein sogenanntes Frauenquorum⁴⁵ eingeführt. Dabei wird anvisiert, dass Frauen zu 30 Prozent in politischen Führungspositionen vertreten sind. Doch ein entsprechender Antrag an den Parteitag bleibt vage: *„Frauen sollen an Parteiämtern in der CDU mindestens zu einem Drittel beteiligt sein“*, also eine Kann-Bestimmung und keine verbindliche Festlegung. Diese internen Querelen haben dazu geführt, dass, obwohl die CDU mit Angela Merkel die erste Bundeskanzlerin Deutschlands stellt, heute nur etwa 20 Prozent der wichtigen Parteiämter von Frauen besetzt sind.⁴⁶ In der aktuellen CDU-Bundestagsfraktion beträgt der Frauenanteil 20,7 Prozent.

In der **CSU** wird im Jahr 2010 eine verpflichtende Frauenquote für den Parteivorstand und die Bezirksvorstände von 40 Prozent festgelegt. Im aktuellen Bundestag sind in der CSU-Landesgruppe nur acht weibliche Abgeordnete vertreten, was einem Anteil von 17 Prozent entspricht.⁴⁷

Am 11. und 12. Dezember 2010 wird vom Parteivorstand **DIE LINKE** das Konzept zur Geschlechtergerechtigkeit innerhalb der Partei beschlossen und vom Parteitag am 23. Oktober 2011 bestätigt. In der Bundessatzung der Partei heißt es in § 10 Geschlechterdemokratie:

„Bei Wahlen von Vorständen, Kommissionen, Arbeitsgremien und Delegierten sind grundsätzlich mindestens zur Hälfte Frauen zu wählen. Ist dies nicht möglich, bleiben die den Frauen vorbehaltenen Mandate unbesetzt, eine Nachwahl ist jederzeit möglich.“⁴⁸

Im aktuellen Bundestag liegt der Frauenanteil in der Fraktion DIE LINKE bei 53 Prozent.

In der **FDP** wird die Debatte über die Gleichstellung bisher ausschließlich unter einem gesellschaftspolitischen Aspekt geführt. An eine parteiinterne Frauenquote ist bislang nicht zu denken. Ein Antrag für den Bundesparteitag 2013, dass Frauen bei der Vergabe von Parteiämtern

⁴³ Funken, Klaus, Eine bittere Bilanz: 25 Jahre Frauenquote in der SPD, 2013.

⁴⁴ Golod, WDR.

⁴⁵ Unter Quorum versteht man die notwendige Stimmenanzahl, die erreicht werden muss, damit eine Wahl oder Abstimmung gültig ist. Das Frauenquorum legt keine verbindlichen Vorschriften für den Frauenanteil in parteiinternen Gremien fest, sondern will eine ausreichende Berücksichtigung von Frauen bei Ämtervergaben durch verschiedene andere Maßnahmen erreichen, www.wikipedia.org/wiki/Frauenquorum, Zugriff vom 12.6.2018.

⁴⁶ WDR, 21. Oktober 2006 – Vor zehn Jahren: CDU beschließt ein Frauenquorum, www1.wdr.de/stich-tag/stichtag1860.html, Zugriff vom 12.6.2018.

⁴⁷ Golod, WDR.

⁴⁸ www.die-linke.de/partei/dokumente/bundessatzung, Zugriff vom 7.1.2019.

mindestens einen Anteil von 40 Prozent haben sollen, wird damals nicht einmal diskutiert. Erst in jüngster Zeit wird parteiintern darüber debattiert, dass die Partei *weiblicher* werden soll, mit dem Ziel, mehr weibliche Wählerinnen und mehr weibliche Mitglieder, die bisher einen eher geringen Anteil ausmachen, zu gewinnen, aber auch mehr weibliche Führungskräfte zu aktivieren. Aber eine prozentuale Frauenquote wird nicht genannt. So recht scheint man in der FDP von einer bundesweiten Frauenquote auch nicht überzeugt zu sein. Bundesgeschäftsführer Marco Mendorf dämpft die Erwartungen mit der Aussage, dass eine Frauenquote in der FDP mindestens auf Kreis- und Bezirksebene umgesetzt werden soll.⁴⁹

Die **AfD** lehnt eine parteiinterne Frauenquote ab. „*Ob jemand eine Position fachlich ausfüllen kann, entscheidet sich nicht daran, ob derjenige eine Frau oder ein Mann ist*“, so der Parteivorsitzende Jörg Meuthen.⁵⁰ Und im Dezember 2018 kritisiert der baden-württembergische AfD-Landtagsabgeordnete und frühere Fraktionsvorsitzende Heiner Merz die Frauenquote mit der schon frauenfeindlich zu nennenden Aussage:

„Quoten nützen übrigens nur unqualifizierten, dummen, faulen, hässlichen und widerwärtigen Frauen; die Guten, bemühten und passend Qualifizierten fanden und finden ihren Weg alleine.“⁵¹

Die Gleichstellungsfrage von Frauen in den politischen Parteien muss aber auch unter dem Aspekt des Anteils von Frauen an den jeweiligen Mitgliedszahlen gesehen werden. Hierbei wird grundsätzlich deutlich, dass die Verteilung der Bevölkerung nach Geschlecht in den Mitgliedschaften in den Parteien seit 1945 nicht widerspiegelt wird. Die Frauen, die mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmachen, sind in dieser Zeit in allen Parteien mehr oder minder stark unterrepräsentiert. In der **AfD** machen sie heute nur 16 Prozent aus. In der **CSU** beträgt der Frauenanteil 1973 ca. 10 Prozent und steigt bis heute auf 21 Prozent. Bei der **CDU** beträgt er Anfang der 1960er Jahre ca. 14 Prozent und bei der **SPD** knapp 19 Prozent. Nach einem Rückgang bei beiden Parteien bis Ende des Jahrzehnts steigt er seit den 1970er Jahren bei beiden Parteien langsam aber stetig wieder an und beträgt heute bei der CDU 26 Prozent und bei der SPD 32 Prozent. Die **GRÜNEN** haben Ende der 1980er Jahre mit über 30 Prozent einen deutlich höheren Frauenanteil als die anderen Parteien. Bis 2001 steigt dieser Anteil auf über 37 Prozent und liegt heute bei 39 Prozent. In der PDS liegt der Frauenanteil nach der Wiedervereinigung bei fast 44 Prozent. Nach der Vereinigung mit der männerorientierten WASG⁵² und der Gründung der Partei **DIE LINKEN** sinkt der prozentuale Frauenanteil auf heute 37

⁴⁹ Siehe hierzu: Süddeutsche Zeitung, Sogar die CSU ist weiter als die FDP, 18.4.2018 und Westfälische Nachrichten, Die FDP muss weiblicher werden, 4.4.2018.

⁵⁰ Süddeutsche Zeitung, Sogar die CSU ist weiter als die FDP, 18.4.2018, www.sueddeutsche.de/politik/frauenquote-sogar-die-csu, Zugriff vom 7.1.2019.

⁵¹ FAZ, Quoten nutzen nur dummen, faulen, hässlichen Frauen, 3.12.2018, www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-abgeordneter-merz, Zugriff vom 7.1.2019.

⁵² Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit.

Prozent. In der **FDP** ist der Frauenanteil von 1996 bis heute langsam aber stetig von 25 auf 22 Prozent gesunken.⁵³

Diese Zahlen und Entwicklungen zeigen zwar deutliche Unterschiede zwischen den Parteien, haben aber trotzdem eine Gemeinsamkeit: In allen Parteien, auch den *frauenfreundlichen*, sind die Anteile der Mitgliederzahlen von Frauen durchweg niedriger als die der Männer. Angesichts dessen stellt sich natürlich die Frage, woran das liegt. Haben Frauen generell ein geringeres Interesse an Politik als Männer, haben sie weniger Zeit für eine politische Betätigung, gefällt Frauen die Art und Weise nicht, wie in den Parteien Politik gemacht wird oder gibt es andere Gründe dafür?

Im Rahmen dieser Arbeit können diese Fragen zwar nicht tiefgreifend beantwortet werden, aber aus der Parteienkritik Richard von Weizsäckers und den Ausführungen in Kapitel 4 ergeben sich Antwortansätze. Für die Aussage, dass Frauen grundsätzlich an Politik weniger interessiert sind als Männer, gibt es keine belastbaren Beweise. Dass Frauen aber aufgrund von familiären, beruflichen und weiteren Gründen weniger Zeit für ein parteipolitisches Engagement haben als Männer und dass Frauen die männerdominierte Parteipolitik in vielen Fällen nicht gefällt, werden die weiteren Ausführungen zeigen.

3. Statistische Erhebungen für Münster

Bevor die Gleichstellung von Frauen im Rat der Stadt Münster untersucht und bewertet werden kann, bedarf es einer Auswertung der statistischen Erhebungen, die Auskunft über die für diese Arbeit grundlegende Daten geben sollen. So ist es wichtig zu wissen: Wie hat sich die Bevölkerung in Münster zu den einzelnen Wahlperioden entwickelt und wie groß ist der Anteil der Frauen hieran? Wie hat sich die Zahl der Wahlberechtigten entwickelt und wie groß ist der Anteil der Frauen hieran? Wie sehen die Wahlergebnisse in den einzelnen Wahlperioden aus und welche Sitzverteilungen im Rat resultieren hieraus jeweils? Und wie sieht der Anteil der Frauen an dieser Sitzverteilung aus? Weiterhin ist es wichtig zu erfahren, welchen Ausschüssen die Frauen angehören und welche besonderen Funktionen sie ausüben, zum Beispiel als Oberbürgermeisterin, ehrenamtliche Bürgermeisterin, Fraktionsvorsitzende, Vorsitzende in Ausschüssen oder in sonstigen Ämtern.⁵⁴

⁵³ Bundeszentrale für politische Bildung, Die soziale Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften, www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland, Zugriff vom 13.2.2019.

⁵⁴ Aus: Statistische Jahresberichte der Stadt Münster, Statistisches Amt, Stadtarchiv Druckschriften 266, Statistisches Amt, Stadtarchiv Münster, Druckschriften Nr. 8, Statistische Jahresberichte ab 1959, Statistisches Amt, Stadtarchiv Münster, Druckschriften 266, Ratsprotokolle.

Da es bei den Mandatsträgern auch während einer Wahlperiode zu personellen Veränderungen kommen kann, werden hier die jeweils zuerst gewählten Frauen aufgeführt. Eine Berücksichtigung eventueller späterer Mandatswechsel würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen und bei den grundsätzlichen Feststellungen und Bewertungen zu nur geringen Änderungen führen. Fehler bei den einzelnen statistischen Erhebungen sind nicht beabsichtigt, aber möglich.

In den folgenden statistischen Darstellungen werden nur die Jahre aufgeführt, in denen Kommunalwahlen in Münster stattgefunden haben.

3.1 Allgemeine Erhebungen

Besonders interessant und für diese Untersuchung wichtig ist die Entwicklung bei den Anteilen der Frauen an der gesamten Einwohnerzahl in Münster und an den Wahlberechtigten bei den jeweiligen Kommunalwahlen.

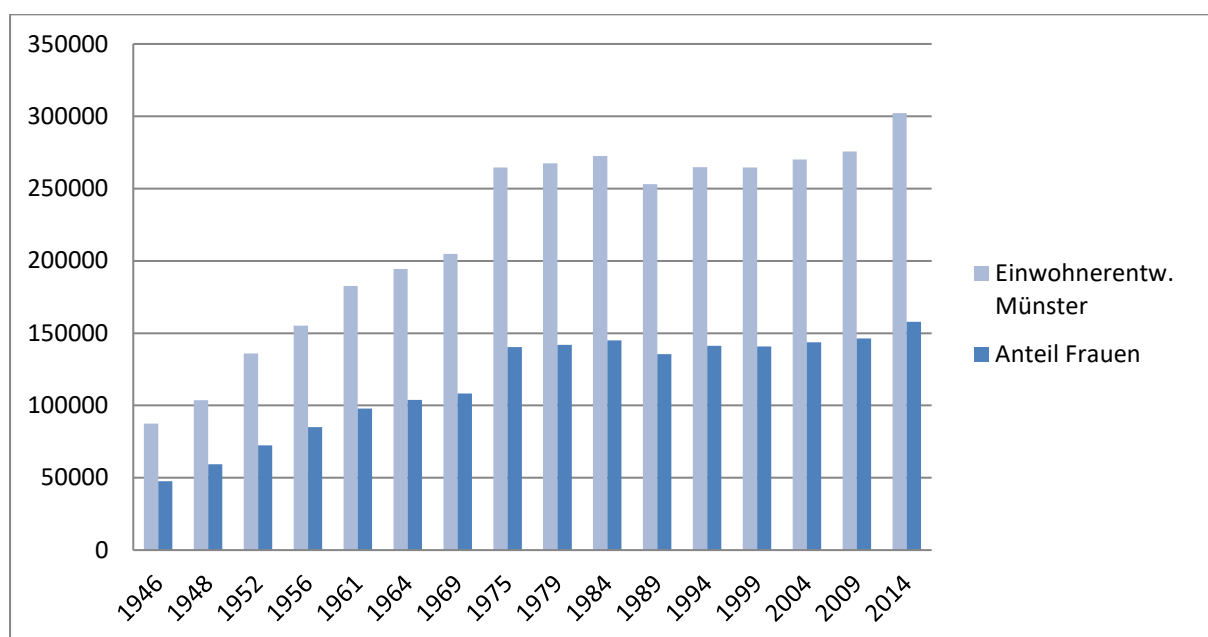
3.1.1 Entwicklung der Einwohnerzahlen und Anteil Frauen⁵⁵

| Jahr | Einwohner Münster gesamt | Anteil Frauen | Anteil Frauen in % |
|------|-----------------------------|---------------|-----------------------|
| 1946 | 87.384 | 47.600 | 54,5 |
| 1948 | 103.600 | 59.407 | 57,3 |
| 1952 | 135.973 | 72.513 | 53,3 |
| 1956 | 155.241 | 85.149 | 54,8 |
| 1961 | 182.721 | 97.785 | 53,6 |
| 1964 | 194.341 | 103.796 | 53,4 |
| 1969 | 204.716 | 108.198 | 52,9 |
| 1975 | 264.546 | 140.302 | 53,0 |
| 1979 | 267.478 | 142.030 | 53,1 |
| 1984 | 272.626 | 145.040 | 53,2 |
| 1989 | 253.123 | 135.418 | 53,5 |
| 1994 | 264.887 | 141.164 | 53,3 |
| 1999 | 264.670 | 140.845 | 53,3 |
| 2004 | 270.038 | 143.658 | 53,2 |
| 2009 | 275.543 | 146.297 | 53,1 |
| 2014 | 302.178 | 157.860 | 52,2 |

⁵⁵ Zur Entwicklung der Gesamteinwohnerzahlen siehe www.wikipedia.org/wiki/Einwohnerentwicklung_Münsters, Zugriff vom 11.3.2019, Zur Entwicklung des Frauenanteils siehe Statistische Jahresberichte der Stadt Münster und Adressbücher Stadt Münster, Stadtarchiv Dok-Adressbuch Nr. 57 – 60.

Durch die Kriegsfolgen (Opfer der Bombenangriffe, Evakuierungen etc.) beträgt die Einwohnerzahl in Münster im April 1945 nur noch ca. 26.000 Personen. Zum Vergleich: 1939 haben ca. 141.000 Menschen in Münster gelebt. Durch Rückkehr der Evakuierten und den Zuzug von Flüchtlingen erhöht sich die Einwohnerzahl jedoch schnell und kontinuierlich auf mehr als 87.000 schon im Jahr 1946, auf 155.000 im Jahr 1956 und über 200.000 im Jahr 1969 auf heute über 310.000. Die deutlichen Veränderungen 1975 sind auf die Eingemeindungen zurückzuführen, die 1987 auf die neue Zählweise von der bisherigen ‚Wohnbevölkerung‘ auf die ‚Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung‘; hierbei werden zum Beispiel Studierende, die in der Regel nur eine Zeitwohnung haben, nicht mehr berücksichtigt.⁵⁶

Einwohnerentwicklung Münster gesamt und Anteil Frauen



Einem Bericht der Düsseldorfer Tageszeitung *Rheinische Post* vom 18. Januar 2006 zufolge hat Münster mit 52,9 Prozent den größten Frauenanteil aller deutschen Großstädte. Auf Platz zwei und drei folgen mit jeweils 52,6 Prozent Osnabrück und Lübeck.⁵⁷ Der relativ hohe Anteil an Frauen in Münster ist in neuerer Zeit auch darauf zurückzuführen, dass die Universität eine starke Ausrichtung auf Lehramtsberufe hat, und auf die vielen Krankenhäuser in Münster. Beide Faktoren sorgen dafür, dass überproportional viele Frauen in die Stadt *geloct* werden.⁵⁸ Aber auch die vielen Verwaltungen und Schulen in Münster, die ebenfalls sehr viele

⁵⁶ Zahlenquelle für die Entwicklung der Einwohnerzahl und der Wahlberechtigten: IT NRW, Landesdatenbank.

⁵⁷ RP ONLINE, Münster ist die Frauen-Hauptstadt Deutschlands, 18.01.2006, www.rp-online.de/panorama/deutschland/muenster-ist-die-frauenhauptstadt-deutschlands, Zugriff vom 8.12.2018.

⁵⁸ Westfälische Nachrichten, Münster rangiert auf Platz zehn, 29.3.2018.

Frauen beschäftigen, führen neben den relativ vielen alleinstehenden älteren Frauen zu einem hohen Frauenanteil in Münster.

Deutlich wird, dass der Frauenanteil an der Gesamteinwohnerzahl in Münster in allen Untersuchungsjahren mehr oder weniger deutlich über 50 Prozent liegt.

3.1.2 Wahlberechtigte und Anteil Frauen

Um das Bild des hohen Frauenanteils in Münster zu vervollständigen, wäre es interessant, neben der Darstellung der Einwohnerentwicklung und des Frauenanteils hieran, eine ähnliche Auflistung über die bei den Kommunalwahlen Wahlberechtigten und den Frauenanteil hieran zu haben. Aber laut Auskunft des Wahlamtes der Stadt Münster und nach gleicher Aussage von IT.NRW⁵⁹, werden Zahlen, wie zum Beispiel die der wahlberechtigten Frauen, aus datenschutzrechtlichen Gründen nur für das Land, für die Kreise und für die kreisfreien Städte jeweils als Gesamtzahl, nicht aber für einzelne Städte, archiviert. Da aber der Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung bekannt ist, erhält man, wenn man diesen Prozentsatz auf die Gesamtzahl der Wahlberechtigten anwendet, wenigstens annähernde Zahlen. Auf jeden Fall dürfte klar sein, und diese Aussage ist für diese Arbeit wichtig, dass der Anteil der Frauen an den Wahlberechtigten über dem der Männer liegt.

Die Kommunalwahl 1946 steht natürlich noch unter dem Einfluss des erst zwei Jahre vorher erfolgten Zusammenbruchs des Nationalsozialismus. Dieser hat auch Einfluss auf die Berechtigung zur Teilnahme an der Wahl. So können zum Beispiel Personen, denen nach wie vor nationalsozialistische Sympathien vorgeworfen wurden, von der Wahl ausgeschlossen werden. So geschehen im Juli 1946, als ein Münsteraner Bürger an den Wahlleiter einen Brief mit folgendem Inhalt schreibt:

„Ich bitte, Fräulein W. (es folgt Name und Adresse) aus der Wählerliste II zu streichen. Fr. W. war hauptamtliche Gaureferentin seit 1932 und ist auch heute noch sehr nazimässig und antidemokratisch eingestellt.“⁶⁰

Fräulein W. wurde aufgrund dieser Anzeige nicht zur Kommunalwahl 1946 zugelassen.

⁵⁹ Information und Technik, IT-Dienstleister des Landes und Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen.

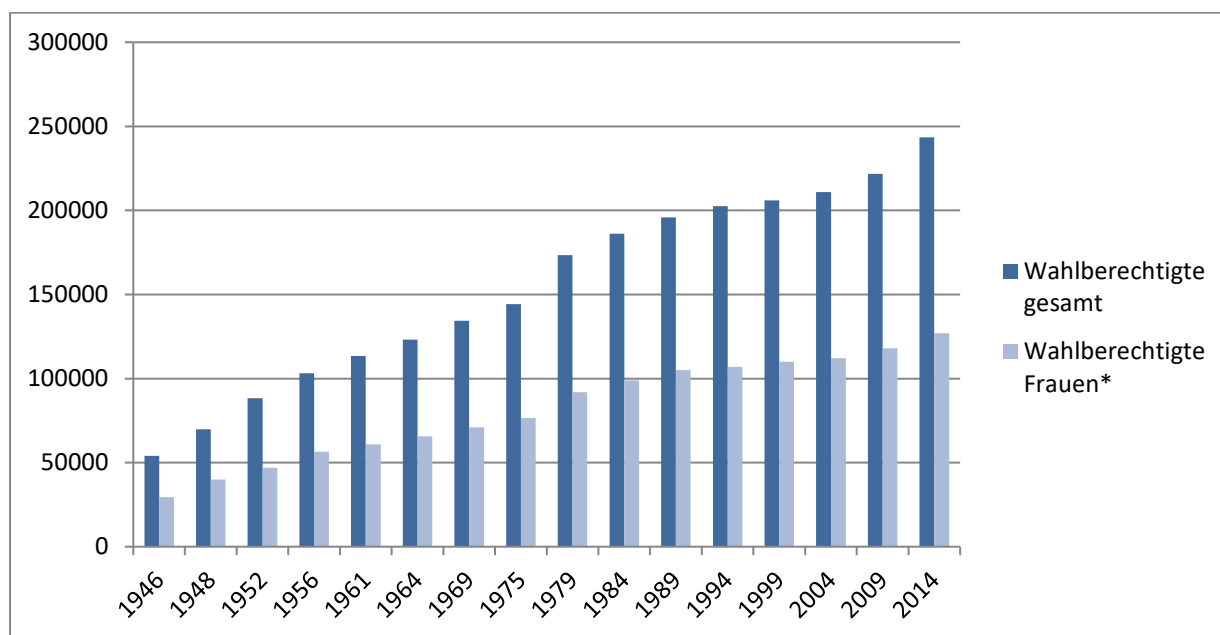
⁶⁰ Stadtarchiv Münster, Amt für Statistik, Amt 12 Nr. 8 Bd. 1.1.

Wahlberechtigte und Anteil Frauen

| Jahr | Wahlberechtigte gesamt | Wahlberechtigte Frauen* | Wahlbeteiligung in % |
|------|---------------------------|----------------------------|-------------------------|
| 1946 | 54.016 | 29.400 | 72 |
| 1948 | 69.815 | 40.000 | 60 |
| 1952 | 88.315 | 47.000 | 72 |
| 1956 | 103.174 | 56.500 | 75 |
| 1961 | 113.367 | 60.800 | 77 |
| 1964 | 123.044 | 65.700 | 73 |
| 1969 | 134.311 | 71.000 | 71 |
| 1975 | 144.346 | 76.500 | 88 |
| 1979 | 173.379 | 92.000 | 67 |
| 1984 | 186.144 | 99.000 | 67 |
| 1989 | 195.891 | 105.000 | 69 |
| 1994 | 202.502 | 107.000 | 85 |
| 1999 | 206.025 | 110.000 | 65 |
| 2004 | 210.916 | 112.000 | 59 |
| 2009 | 221.698 | 118.000 | 58 |
| 2014 | 243.442 | 127.000 | 60 |

*geschätzte und gerundete Zahlen

Wahlberechtigte und Anteil Frauen



*geschätzte und gerundete Zahlen

3.2 Von der britischen Militärregierung ernannte Stadtvertretung

Im Januar 1946 veranlasst die Britische Militärregierung im Rahmen ihres ‚indirect rule‘-Prinzips⁶¹ die Einsetzung einer Stadtvertretung. Auf der Basis einer von ihr vorgegebenen Sitzverteilung, die die Bevölkerungsstruktur von Münster abbilden soll, besteht diese aus Vertretern der politischen Parteien, Kaufleuten, Handwerkern, Gewerkschaften, Bauern, freien Berufen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Das aus 36 Mitgliedern bestehende Gremium setzt sich aus 20 Vertretern der politischen Parteien und aus 16 sonstigen Vertretern wie folgt zusammen:

| | |
|--|---------|
| CDU | 6 Sitze |
| Zentrum | 4 Sitze |
| SPD | 6 Sitze |
| FDP | 2 Sitze |
| KPD | 2 Sitze |
| Kaufleute | 2 Sitze |
| Handwerker | 2 Sitze |
| Gewerkschaften | 2 Sitze |
| Bauern | 1 Sitz |
| Freie Berufe | 1 Sitz |
| Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens | 8 Sitze |

Die erste Sitzung dieser Stadtvertretung findet am 15. März 1946 in der alten Stadthalle in Münster an der Neubrückenstraße statt.

Nur unter den Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens befinden sich mit Erna Gurske, Berta Hüffer und Elisabeth Schmidt auch drei Frauen. Von diesen Frauen wird nur Berta Hüffer in den nächsten Jahren kommunalpolitisch eine Rolle spielen, da sie bei der ersten freien Kommunalwahl nach dem Krieg von 1946 bis 1948 für die CDU direkt in den Rat der Stadt Münster gewählt wird.⁶²

Nach der Wahl vom 13. Oktober 1946 wird diese Stadtvertretung durch den neu gewählten Rat abgelöst.⁶³

⁶¹ Indirect rule oder indirekte Herrschaft bezeichnet ein Prinzip aus der Kolonialpolitik des Britischen Empire, nach dem in britischen Besatzungsgebieten traditionelle örtliche Herrschaftsstrukturen in die Verwaltung der besetzten Gebiete einbezogen werden, www.wikipedia.org/wiki/Indirect_rule, Zugriff vom 18.3.2019.

⁶² Berta Hüffer ist die Tochter des ehemaligen Oberbürgermeisters der Stadt Münster Mathias Maximilian Franziskus Jungeblodt (Amtszeit von 1898 bis 1916).

⁶³ Sitzung der ersten Stadtvertretung in der alten Stadthalle in Münster 1946, www.lwl.org/westfaelische-geschichte/portal/Internet/, Zugriff vom 28.1.2019.

3.3 Ergebnisse in den einzelnen Wahlperioden 1946 - 2014⁶⁴

Seit der ersten freien Kommunalwahl im Jahr 1946 haben sich bisher 16 politische Parteien und Gruppierungen an den Wahlen zum Rat der Stadt Münster beteiligt. Drei von ihnen (KPD, DKP und Sonstige) gelang es in keiner Wahlperiode, die für ein Mandat im Rat erforderliche Stimmenanzahl zu erhalten.

3.3.1 Wahlergebnisse nach Parteien in Prozent:⁶⁵

Traditionell ist die CDU bei den Kommunalwahlen in Münster die Partei mit den meisten Stimmen. So stellt sie auch, bis auf zwei Ausnahmen, in allen Wahlperioden den Oberbürgermeister. Nur in der 2. Wahlperiode (1948 – 1952 mit Gerhard Boyer und Wilhelm Siehoff, beide DZP) und in der 12. Wahlperiode (1994 – 1999 mit Marion Tüns, SPD) sind die Oberbürgermeister(innen) Mitglieder anderer Parteien.

Durch den Wegfall der DZP bei den Wahlen 1964 und das Aufkommen der GRÜNEN im Jahr 1979 verschieben sich die Anteile innerhalb der einzelnen Parteien. Insbesondere die GRÜNEN sorgen für eine nachhaltige Veränderung des Parteienspektrums in Münster. In den Fällen, in denen die CDU nicht die absolute Mehrheit erzielt, koalitiert sie mit der DZP, der FDP und aktuell mit den GRÜNEN. Im Jahr 1994 scheitert die FDP an der fünf-Prozent-Hürde und steht somit der CDU nicht mehr als Koalitionspartner zur Verfügung. Eine Koalition zwischen SPD und den GRÜNEN wählt mit Marion Tüns die erste Frau zur Oberbürgermeisterin von Münster. Diese Koalition behält aber nur eine Wahlperiode eine Mehrheit und wird 1999 durch die absolute Mehrheit der CDU abgelöst.

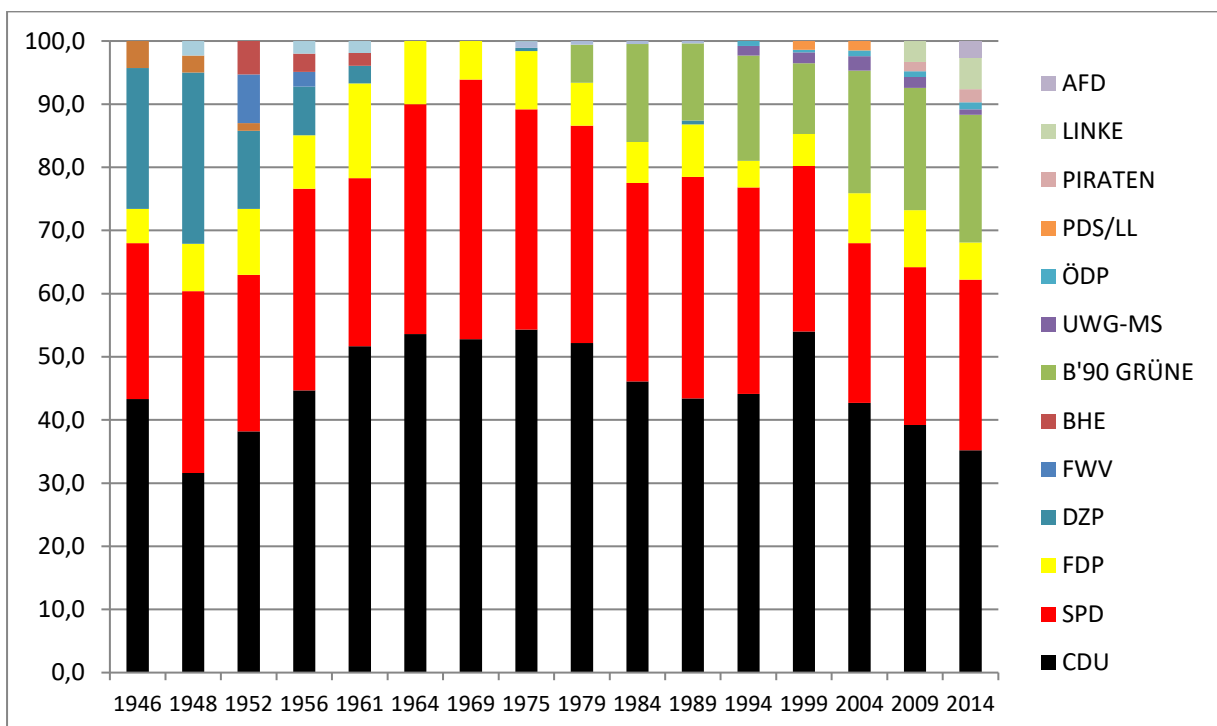
⁶⁴ Gemeindewahlgesetz vom 6.4.1948/17.19.1948, später Kommunalwahlgesetz vom 30.06.1998 mit letzter Änderung vom 1.10.2013/19.10.2013.

⁶⁵ DZP: Deutsche Zentrumspartei – Zentrum, FWV: Freie Wählervereinigung, BHE: Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten, UWG-MS: Unabhängige Wählergemeinschaft Münster, ÖDP: Ökologisch Demokratische Partei, PDS/LL: Partei des Demokratischen Sozialismus / Linke Liste,

Wahlergebnisse in Prozent

| Jahr | CDU | SPD | FDP | DZP | KPD | FWV | BHE | B'90 GRÜNE | UWG-MS | ÖDP | PDS/LL | DKP | PIRATEN | LINKE | AFD | Sonstige |
|------|------|------|------|------|-----|-----|-----|------------|--------|-----|--------|-----|---------|-------|-----|----------|
| 1946 | 43,3 | 24,7 | 5,4 | 22,3 | 4,3 | | | | | | | | | | | |
| 1948 | 31,6 | 28,8 | 7,5 | 27,1 | 2,7 | | | | | | | | | | | 2,3 |
| 1952 | 38,2 | 24,8 | 10,4 | 12,4 | 1,2 | 7,7 | 5,3 | | | | | | | | | |
| 1956 | 44,7 | 31,9 | 8,5 | 7,7 | | 2,3 | 2,9 | | | | | | | | | 2,0 |
| 1961 | 51,7 | 26,6 | 15,0 | 2,8 | | | 2,0 | | | | | | | | | 1,9 |
| 1964 | 53,6 | 36,4 | 10,0 | | | | | | | | | | | | | |
| 1969 | 52,8 | 41,1 | 6,1 | | | | | | | | | | | | | |
| 1975 | 54,3 | 34,9 | 9,2 | 0,5 | | | | | | | | 1,0 | | | | 0,1 |
| 1979 | 52,2 | 34,4 | 6,8 | | | | | 6,0 | | | | 0,6 | | | | |
| 1984 | 46,1 | 31,4 | 6,5 | | | | | 15,5 | | | | 0,5 | | | | |
| 1989 | 43,4 | 35,1 | 8,3 | 0,6 | | | | 12,2 | | | | 0,4 | | | | |
| 1994 | 44,1 | 32,7 | 4,2 | | | | | 16,7 | 1,5 | 0,8 | | | | | | |
| 1999 | 54,0 | 26,2 | 5,1 | | | | | 11,2 | 1,7 | 0,4 | 1,4 | | | | | |
| 2004 | 42,7 | 25,3 | 7,9 | | | | | 19,4 | 2,3 | 0,9 | 1,5 | | | | | |
| 2009 | 39,2 | 25,0 | 9,0 | | | | | 19,4 | 1,7 | 0,9 | | | 1,5 | 3,3 | | |
| 2014 | 35,2 | 27,0 | 5,9 | | | | | 20,2 | 0,9 | 1,1 | | | 2,1 | 5,0 | 2,6 | |

Wahlergebnisse in Prozent



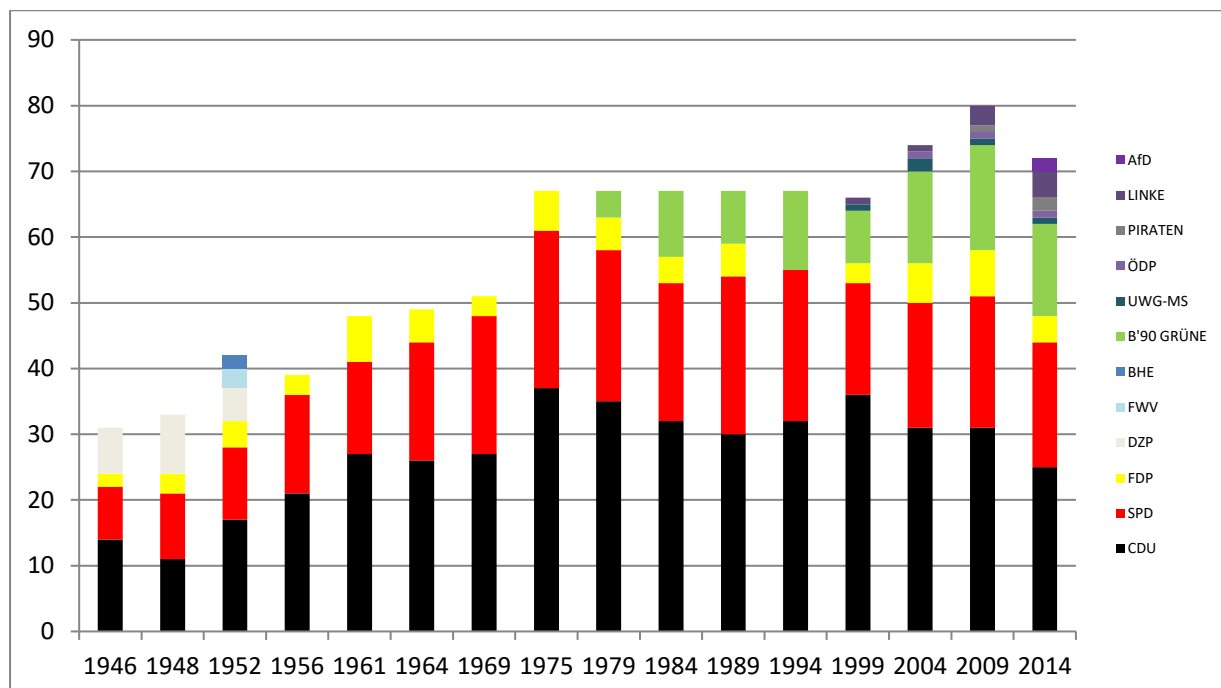
3.3.2 Sitzverteilungen nach Parteien gesamt

Sitzverteilung nach Parteien

| Jahr | CDU | SPD | FDP | DZP | KPD | FWV | BHE | B'90 GRÜNE | UWG-MS | ÖDP | PDS/LL | DKP | PIRATEN | LINKE | AFD | Sonstige | Gesamt |
|------|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|---------------|--------|-----|--------|-----|---------|-------|-----|----------|--------|
| 1946 | 27 | 5 | 1 | 3 | | | | | | | | | | | | | 36 |
| 1948 | 11 | 10 | 3 | 9 | | | | | | | | | | | | | 33 |
| 1952 | 17 | 11 | 4 | 5 | | 3 | 2 | | | | | | | | | | 42 |
| 1956 | 21 | 15 | 3 | 3 | | | | | | | | | | | | | 42 |
| 1961 | 27 | 14 | 7 | | | | | | | | | | | | | | 48 |
| 1964 | 26 | 18 | 5 | | | | | | | | | | | | | | 49 |
| 1969 | 27 | 21 | 3 | | | | | | | | | | | | | | 51 |
| 1975 | 37 | 24 | 6 | | | | | | | | | | | | | | 67 |
| 1979 | 35 | 23 | 5 | | | | | 4 | | | | | | | | | 67 |
| 1984 | 32 | 21 | 4 | | | | | 10 | | | | | | | | | 67 |
| 1989 | 30 | 24 | 5 | | | | | 8 | | | | | | | | | 67 |
| 1994 | 32 | 23 | | | | | | 12 | | | | | | | | | 67 |
| 1999 | 36 | 17 | 3 | | | | | 8 | 1 | | | | | 1 | | | 66 |
| 2004 | 31 | 19 | 6 | | | | | 14 | 2 | 1 | | | | 1 | | | 74 |
| 2009 | 31 | 20 | 7 | | | | | 16 | 1 | 1 | | | 1 | 3 | | | 80 |
| 2014 | 25 | 19 | 4 | | | | | 14 | 1 | 1 | | | 2 | 4 | 2 | | 72 |

Die PDS/LL war 1999 und 2004 mit je einem Mandat im Rat der Stadt Münster fraktionslos vertreten. Da die PDS/LL im Jahr 2007 in die LINKE aufging, werden deren Mandate in den meisten Statistiken, so auch hier, unter der Partei LINKE aufgeführt.

Sitzverteilung nach Parteien



Entsprechend den Wahlergebnissen ergibt sich je Wahlperiode folgende Verteilung der Mandate im Rat der Stadt Münster auf die jeweiligen Parteien:⁶⁶ Die Wahl 1946 erfolgt noch nach den Bestimmungen und unter Aufsicht der britischen Militärregierung. Die Anzahl der zu wählenden Mandate richtet sich nach der jeweiligen Einwohnerzahl, für Münster ergeben sich in der Gruppe 80.000 bis 100.000 Einwohner 36 zu vergebende Mandate.⁶⁷

3.3.3 Anzahl Frauen an der Sitzverteilungen nach Parteien

Neben der Anzahl der Mandate, die die Frauen in den einzelnen Wahlperioden für ihre Parteien besetzen, ist es auch interessant zu wissen, welchen Anteil ihre Sitze an den jeweiligen Sitzen ihrer Parteien haben. Beides zeigen die unten stehenden Tabellen und Grafiken.

Der Anteil der weiblichen Ratsmitglieder hat sich seit 1946 bis 2004 stetig von Wahlperiode zu Wahlperiode erhöht. Sind bei der ersten Wahl 1946 nur zwei Frauen im Rat der Stadt Münster vertreten, erhöht sich dieser Anteil auf seinen bisherigen Höchststand von 32 Mandatsträgerinnen in den Jahren 2004 und 2009. Nach den Wahlen 2014 sinkt der Frauenanteil auf 25 Ratsfrauen, insbesondere durch Rückgänge bei der CDU und der FDP. Die Rückgänge bei der CDU sind besonders bemerkenswert. In den drei Wahlperioden zwischen 2004 und 2014 schrumpft hier die Zahl der Frauensitze von 13 über 8 Sitze in 2009 auf nur noch 3 Sitze in 2014. Das ist ein Rückgang um mehr als 75 Prozent, der Frauenanteil an den CDU-Sitzen im Rat sinkt auf nur noch 12 Prozent.

Dieser rückläufige Trend bei den Mandatsträgerinnen betrifft nicht nur den Stadtrat in Münster, sondern ist auch zum Beispiel im Bundestag zu beobachten. Insgesamt beträgt die Zahl der bisherigen Mandatsträgerinnen im Rat der Stadt Münster zwischen 1946 und 2014 partiübergreifend 134. Dem gegenüber stehen im gleichen Zeitraum 410 Ratsherren.

Bis 1975 ist ein über die Jahre moderater Anstieg auf acht Frauen im Rat zu verzeichnen. Der Rat setzt sich in diesen Jahren, abgesehen von den ersten drei Wahlperioden, in denen auch Mitglieder der DZP, BHE und FWV im Rat vertreten sind, jeweils aus Vertretern von CDU, SPD und FDP zusammen. Ab 1984 beginnt sich diese Konstellation zu ändern. Nachdem 1979 die GRÜNEN erstmals mit vier Vertretern in den Rat einziehen, machen sie 1984, mittlerweile entsenden sie zehn Vertreter, neue Mehrheitsfindungen im Rat erforderlich – die CDU muss mit der FDP koalieren.

⁶⁶ Gemeindewahlgesetz vom 6.4.1948 in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 10.3.1951. Grundlage: Kommunalwahlgesetz vom 12.6.1954, Kommunalwahlverordnung vom 1.12.1955.

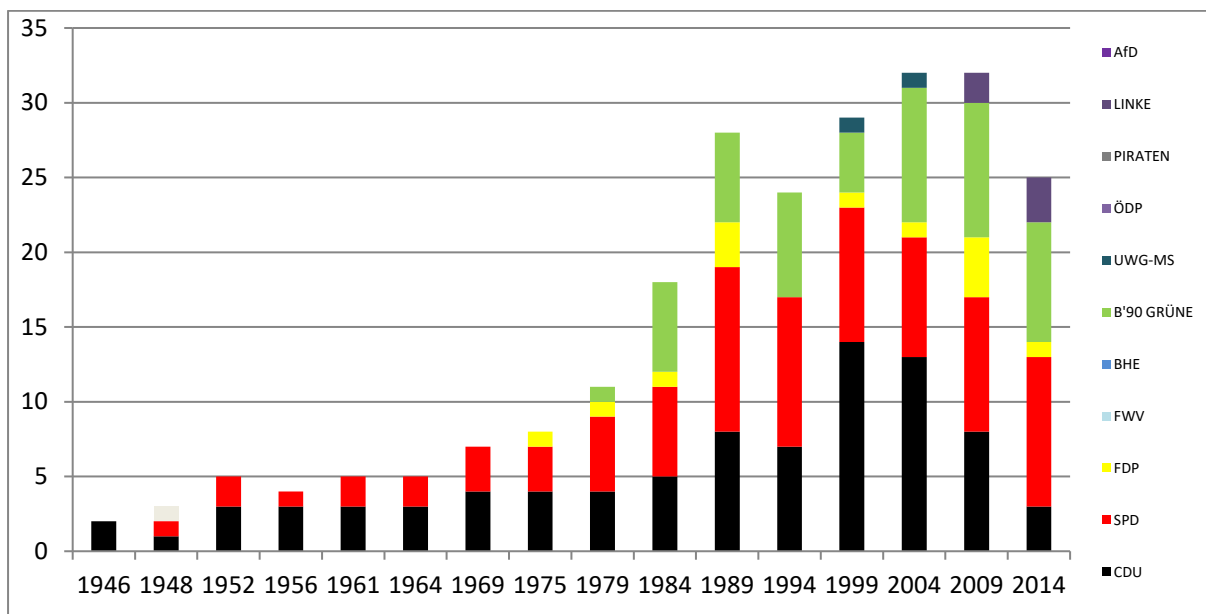
⁶⁷ Stadtarchiv Münster, Amt für Statistik, Amt 12 Nr. 8 Bd. 1.1, Bd. 1.2, Bd. 2.

Frauen im Rat der Stadt Münster seit 1946

Sitzverteilung Frauen (Anzahl)

| | 1946 | 1948 | 1952 | 1956 | 1961 | 1964 | 1969 | 1975 | 1979 | 1984 | 1989 | 1994 | 1999 | 2004 | 2009 | 2014 |
|---------------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| CDU | 2 | 1 | 3 | 3 | 3 | 3 | 4 | 4 | 4 | 5 | 8 | 7 | 14 | 13 | 8 | 3 |
| SPD | | 1 | 2 | 1 | 2 | 2 | 3 | 3 | 5 | 6 | 11 | 10 | 9 | 8 | 9 | 10 |
| FDP | | | | | | | | 1 | 1 | 1 | 3 | | 1 | 1 | 4 | 1 |
| DZP | | 1 | | | | | | | | | | | | | | |
| KPD | | | | | | | | | | | | | | | | |
| FWV | | | | | | | | | | | | | | | | |
| BHE | | | | | | | | | | | | | | | | |
| B'90 GRÜNE | | | | | | | | | 1 | 6 | 6 | 7 | 4 | 9 | 9 | 8 |
| UWG-MS | | | | | | | | | | | | | 1 | 1 | | |
| ÖDP | | | | | | | | | | | | | | | | |
| PDS/LL | | | | | | | | | | | | | | | | |
| DKP | | | | | | | | | | | | | | | | |
| PIRATEN | | | | | | | | | | | | | | | | |
| LINKE | | | | | | | | | | | | | | | 2 | 3 |
| AfD | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Sonstige | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Gesamt | 2 | 3 | 5 | 4 | 5 | 5 | 7 | 8 | 11 | 18 | 28 | 24 | 29 | 32 | 32 | 25 |

Sitzverteilung Frauen (Anzahl)



Anteil Sitze Frauen an den Sitzen der Parteien insgesamt in Prozent

| | 1946 | 1948 | 1952 | 1956 | 1961 | 1964 | 1969 | 1975 | 1979 | 1984 | 1989 | 1994 | 1999 | 2004 | 2009 | 2014 |
|--------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|-------|------|------|------|
| CDU | 7,4 | 9,1 | 17,6 | 14,3 | 11,1 | 11,5 | 14,8 | 10,8 | 11,4 | 15,6 | 26,6 | 21,9 | 38,9 | 41,9 | 25,8 | 12,0 |
| SPD | | 10,0 | 10,2 | 6,6 | 14,3 | 11,1 | 14,3 | 12,5 | 21,7 | 28,6 | 45,8 | 43,5 | 52,9 | 42,1 | 45,0 | 52,6 |
| FDP | | | | | | | | 16,7 | 20,0 | 25,0 | 60,0 | | 33,3 | 16,7 | 57,1 | 25,0 |
| DZP | | 11,1 | | | | | | | | | | | | | | |
| GRÜNE | | | | | | | | | 25,0 | 60,0 | 75,0 | 58,3 | 50,0 | 64,3 | 56,3 | 57,1 |
| UWG-MS | | | | | | | | | | | | | 100,0 | 50,0 | | |
| LINKE | | | | | | | | | | | | | | | 66,6 | 75,0 |

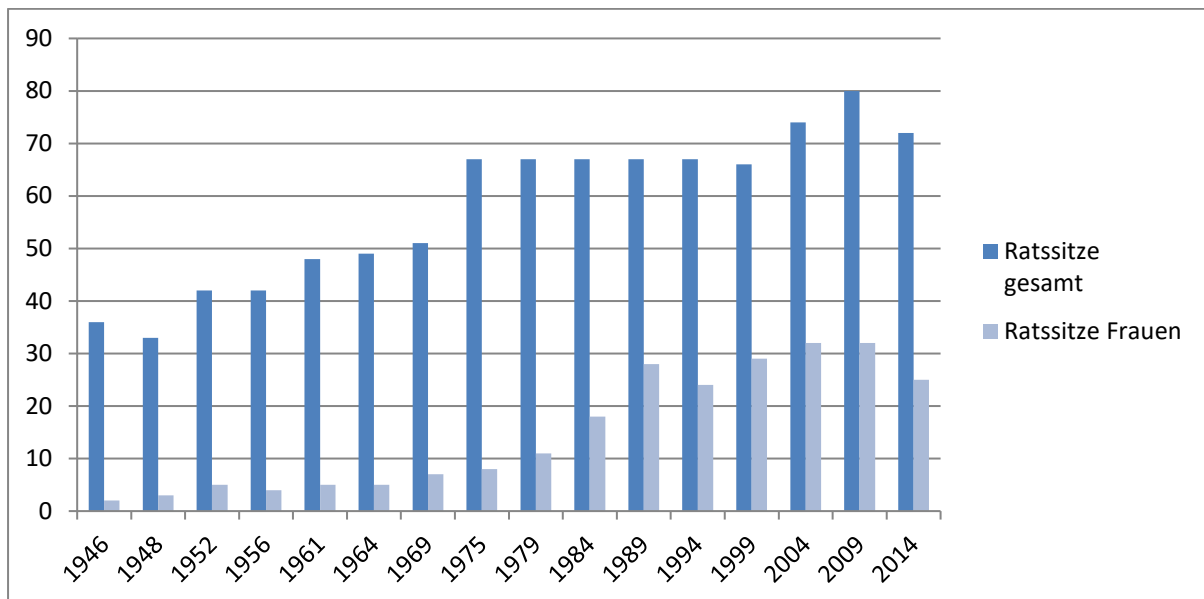
Nur die Parteien sind aufgelistet, von denen Frauen Mandate im Rat haben.

Auch auf die Frauenquote im Rat hat der Einzug der GRÜNEN Auswirkungen. Mit ihrem 1984 vereinbarten Beschluss, dass 50 Prozent aller Mandate Frauen zustehen, und durch die Wahlerfolge der GRÜNEN erhöht sich der Frauenanteil im Rat der Stadt Münster. Eine weitere Erhöhung erfährt die Frauenquote nach dem 1988 gefassten SPD-Beschluss. Während SPD und GRÜNE ihren Frauenanteil nach 1984/1988 halten, geht dieser bei der CDU und der FDP nach Spitzenwerten in 2004 wieder deutlich zurück.

3.3.4 Sitzverteilung Männer / Frauen

Zur besseren Übersicht werden im Folgenden die Sitzverteilungen im Stadtrat in den einzelnen Wahlperioden, unterteilt nach Männern und Frauen, zusammengefasst.

Sitzverteilung



Sitzverteilung

| Jahr | Ratssitze gesamt | davon Frauen | Anteil Frauen in % |
|------|---------------------|--------------|-----------------------|
| 1946 | 36 | 2 | 5,6 |
| 1948 | 33 | 3 | 9,1 |
| 1952 | 42 | 5 | 11,9 |
| 1956 | 42 | 4 | 10,3 |
| 1961 | 48 | 5 | 10,4 |
| 1964 | 49 | 5 | 10,2 |
| 1969 | 51 | 7 | 13,7 |
| 1975 | 67 | 8 | 11,9 |
| 1979 | 67 | 11 | 16,4 |
| 1984 | 67 | 18 | 26,9 |
| 1989 | 67 | 28 | 41,8 |
| 1994 | 67 | 24 | 35,8 |
| 1999 | 66 | 29 | 43,9 |
| 2004 | 74 | 32 | 43,2 |
| 2009 | 80 | 32 | 40,0 |
| 2014 | 72 | 25 | 34,7 |

3.4 Frauen in kommunalpolitischen Führungspositionen

Aus den statistischen Auswertungen lassen sich aber nicht nur Zahlen und Prozentsätze zu Sitzverteilungen und Anteilen ermitteln, sondern auch Informationen zu besonderen Ämtern, die Frauen im Rat der Stadt Münster ausüben oder innehaben, wie: Oberbürgermeisterin, ehrenamtliche Bürgermeisterin, Fraktionsvorsitzende, sowie zur Frage, welchen Ausschüssen sie angehören und welche sonstige Ämter sie ausüben. Insbesondere an den Antworten auf diese Fragen können Rückschlüsse auf die Gleichstellung von Frauen im Rat der Stadt Münster festgemacht werden.

Folgender Hinweis ist an dieser Stelle auch interessant: Aus dem Rat der Stadt Münster sind bisher in den Landtag von Nordrhein-Westfalen Dr. Renate Düttmann-Braun, CDU (1995 – 2005) und Marie-Theres Kastner, CDU (2000 – 2010) gewählt worden und in den Bundestag Sybille Benning, CDU (seit 2013) Maria Klein-Schmeink, GRÜNE (seit 2009).

Im Vergleich: Von den Ratsherren werden seit 1946 insgesamt 13 in den Landtag von Nordrhein-Westfalen, einer in den Landtag des Freistaats Sachsen (Georg Milbradt wird sogar Ministerpräsident in Sachsen) und acht in den Bundestag, einer davon später in das Europaparlament, gewählt.⁶⁸

3.4.1 Frauen als Oberbürgermeisterin

Das wichtigste politische Amt in Münster, wie auch in anderen Kommunen, ist das des Oberbürgermeisters bzw. der Oberbürgermeisterin. Seit dem 1. September 1997 wird dieses Amt hauptamtlich ausgeübt. Die Oberbürgermeisterin steht der Verwaltung vor, leitet die Sitzungen des Rates, hat volles Stimmrecht, gehört dem Rat aber nicht als Mitglied an. Seit 2009 ist dieses Amt nicht mehr an die Wahlperiode des Rates geknüpft. Der Oberbürgermeister wird für acht Jahre direkt gewählt.

Bis die erste Frau zur Oberbürgermeisterin von Münster gewählt wird, dauert es bis zum Jahr 1994. Nachdem die SPD bereits 1989, ein Jahr nach Ihrem *Frauenquoten-Beschluss*, Marion Tüns zur Wahl zur Oberbürgermeisterin vorgeschlagen hat, aber eine Wahl noch an den seinerzeit bestehenden Mehrheitsverhältnissen im Rat scheitert, führt eine erneute Nominierung von Marion Tüns 1994 zum Erfolg. Mit der Mehrheit der Ratsmitglieder von SPD und GRÜNEN wird Marion Tüns zur ersten und bislang einzigen Oberbürgermeisterin in der Nachkriegsgeschichte Münsters gewählt. Sie verliert das Amt jedoch bereits bei der nächsten Direktwahl 1999 an den CDU-Kandidaten Dr. Berthold Tillmann.

Neben Marion Tüns haben sich im Laufe der Jahre weitere Frauen bei den Wahlen um das Amt der Oberbürgermeisterin in Münster beworben. Hierzu zählen Carola Möllemann-Appelhoff, FDP, die bei den Wahlen 1999 und 2004 kandidiert und Maria Klein-Schmeink, GRÜNE, die bei den Wahlen 2004 und 2015 kandidiert. Beide Kandidatinnen werden bei den jeweiligen Wahlen nicht gewählt. Hierbei muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Wahlerfolge dieser Frauen über die CDU-Kandidaten von vorn herein aufgrund der jeweiligen politischen Mehrheitsverhältnisse als gering einzuschätzen waren.

3.4.2 Frauen als stellvertretende Bürgermeisterinnen

Neben dem Amt des Oberbürgermeisters bzw. der Oberbürgermeisterin ist auch das Amt der ehrenamtlichen stellvertretenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von Bedeutung.

⁶⁸ Korfmacher, Norbert, Die Mitglieder des Rates der Stadt Münster seit 1946, Münster 2015, www.abgeordneten.info, letzter Zugriff vom 31.5.2019.

Sie werden auf Vorschlag der Fraktionen vom Rat in geheimer Abstimmung ohne vorherige Aussprache für eine Wahlperiode gewählt und vertreten den Oberbürgermeister bzw. die Oberbürgermeisterin bei der Leitung der Ratssitzungen und bei der Repräsentation. In Münster gibt es heute drei stellvertretende Bürgermeisterinnen bzw. Bürgermeister. Ihre Rangfolge richtet sich nach der jeweils erreichten Stimmenzahl der einzelnen Parteien.

Bis die erste Frau in dieses Amt gewählt wird, dauert es genau eine Wahlperiode weniger als bis zur Wahl einer Oberbürgermeisterin, denn erst im Jahr 1989 werden die ersten Frauen vom Rat der Stadt Münster zu stellvertretenden Bürgermeisterinnen gewählt. Folgende Frauen haben bisher dieses Amt inne:

| | | |
|------|---------------------------|-----------------------------------|
| 1989 | Marion Tüns, SPD | Hildegard Graf, CDU |
| 1994 | Barbara Schlemann, GRÜNE, | ab 1995 Marie-Theres Kastner, CDU |
| 1999 | Marie-Theres Kastner, CDU | Karin Reismann, CDU |
| 2004 | Karin Reismann | Wendela-Beate Vilhjalmsson, SPD |
| 2009 | Karin Reismann | Wendela-Beate Vilhjalmsson |
| 2014 | Karin Reismann | Wendela-Beate Vilhjalmsson |

3.4.3 Frauen in den Ausschüssen

Die Art, die Aufgaben und die Anzahl der Ausschüsse verändern sich im Laufe der Wahlperioden. Welche und wie viele Ausschüsse eine Stadt hat, kann variieren. Die Gemeindeordnung gibt vor, welche Ausschüsse der Rat einrichten muss. Neben diesen Pflichtausschüssen, dazu gehören unter anderem der Haupt- und Finanzausschuss, der Rechnungsprüfungsausschuss der Wahlausschuss, der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien, kann der Rat freiwillige Ausschüsse, wie zum Beispiel Ausschüsse für Gleichstellung, Liegenschaften, Personal, Kultur oder Sport, bilden. Die Ausschüsse werden entsprechend der Mehrheitsverhältnisse der Parteien im Rat besetzt. Neben diesen Ausschüssen kann der Rat weitere Kommissionen, Beiräte und Gremien bilden.⁶⁹

Zum Beispiel gibt es im Rat der Stadt Münster 1975 folgende Ausschüsse und Mitglieder:

⁶⁹ www.stadt-muenster.de/ratsservice/politik-und-verwaltung/ausschuesse-und-kommissionen, Zugriff vom 13.3.2029.

| | Mitglieder | Frauen |
|--------------------------------|------------|--------|
| Hauptausschuss | 23 | 3 |
| Ausschuss für Familienfragen | 9 | |
| Ausschuss für Gesundheitswesen | 9 | 1 |
| Wirtschaft und Werbung | 15 | 2 |
| Wohnungswesen | 9 | |
| Bauausschuss | 15 | 1 |
| Feuerwehrausschuss | 15 | |
| Finanzausschuss | 17 | 2 |
| Kulturausschuss | 15 | 2 |
| Liegenschaftsausschuss | 9 | 1 |
| Personalausschuss | 15 | |
| Planungsausschuss | 19 | 1 |
| Rechnungsprüfungsausschuss | 9 | 1 |
| Schulausschuss | 15 | 2 |
| Sozialausschuss | 15 | 2 |
| Sportausschuss | 15 | 2 |
| Stiftungsausschuss | 9 | |
| Vergabeausschuss | 9 | |

Der aktuelle Stadtrat hat seit 2014 folgende Ausschüsse und Mitglieder:

| | Mitglieder | Frauen |
|---|------------|--------|
| Haupt- und Finanzausschuss | 30 | 8 |
| Ausschuss für Liegenschaften etc. | 19 | 4 |
| Rechnungsprüfungsausschuss | 11 | 3 |
| Ausschuss für Gleichstellung | 13 | 9 |
| Ausschuss für Kinder, Jugendliche, Familien | 15 | 6 |
| Ausschuss für Personal, Organisation etc. | 19 | 3 |
| Ausschuss für Schule und Weiterbildung | 19 | 8 |
| Ausschuss für Soziales, Gesundheit etc. | 19 | 9 |
| Ausschuss für Stadtplanung, -entwicklung etc. | 19 | 5 |
| Ausschuss für Umweltschutz etc. | 19 | 3 |
| Kulturausschuss | 19 | 8 |
| Sportausschuss | 19 | 4 |
| Vergabeausschuss | 11 | 2 |
| Wahlausschuss | 10 | 2 |
| Wahlprüfungsausschuss | 11 | 2 |
| Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetriebe | 10 | 2 |
| Betriebsausschuss citeq | 9 | 1 |
| Betriebsausschuss Münster Marketing | 9 | 3 |

In den ersten Wahlperioden, in denen der Anteil der im Rat vertretenen Frauen gering ist, besetzen sie keine besonderen Funktionen. In den meisten Fällen sind sie bis Ende der 1960er Jahre Mitglieder in den Ausschüssen für Kultur, Schule, Sport, Fürsorge und Gesundheit, also in Ausschüssen, die man in dieser Zeit als *typische Frauenaufgaben* bezeichnet hat. Diese *typische* Aufgabenverteilung verändert sich erst in den folgenden Wahlperioden der 1970er Jahre, als der Frauenanteil im Rat steigt. In dieser Zeit sind Frauen dann zwar zunehmend in allen Ausschüssen des Rates vertreten, aber es fällt auf, dass ihr Anteil an den Sitzen in den wichtigen Pflichtausschüssen, über alle Wahlperioden betrachtet, relativ gering bleibt und teilweise sogar unter ihrem Anteil an den gesamten Ratsmandaten bleibt.

3.4.4 Frauen im Haupt- und Finanzausschuss

Im wichtigsten Ausschuss, dem Hauptausschuss,⁷⁰ sind Frauen in den ersten Wahlperioden nicht vertreten. Dies ändert sich erst nach der Wahl 1956, als mit Hermine Braun (CDU) die erste Frau von ihrer Partei in den damals aus 14 Mitgliedern bestehenden Hauptausschuss gewählt wird. In den darauf folgenden Wahlperioden sind immer mehr Frauen im Hauptausschuss vertreten. Mit Hildegard Graf übernimmt die erste Frau im Jahr 1972 auch den Vorsitz dieses Ausschusses (siehe hierzu auch 4.3.1).

| | Mitglieder | davon Frauen | |
|------|------------|--------------|---------------------------------------|
| 1956 | 14 | 1 | CDU |
| 1961 | 17 | 2 | CDU |
| 1964 | 18 | 2 | CDU |
| 1969 | 19 | 3 | 2 CDU, 1 SPD |
| 1975 | 23 | 3 | 2 CDU, 1 SPD |
| 1979 | 24 | 2 | 1 CDU, 1 SPD |
| 1984 | 24 | 2 | 1 CDU, 1 FDP |
| 1989 | 26 | 8 | 2 CDU, 3 SPD, 2 GAL, 1 FDP |
| 1994 | 26 | 9 | 2 CDU, 4 SPD, 3 GRÜNE |
| 1999 | 26 | 7 | 3 CDU, 2 SPD, 1 FDP, 1 GRÜNE |
| 2004 | 26 | 6 | 1 CDU, 3 SPD, 1 FDP, 1 GRÜNE |
| 2009 | 26 | 7 | 3 CDU, 2 SPD, 1 FDP, 1 GRÜNE |
| 2014 | 30 | 8 | 1 CDU, 4 SPD, 1 FDP, 1 GRÜNE, 1 LINKE |

⁷⁰ Der Hauptausschuss (später Haupt- und Finanzausschuss) ist der wichtigste Ausschuss im Stadtrat. Er koordiniert die Arbeit der Einzelausschüsse und kontrolliert die Umsetzung der vom Stadtrat festgelegten Ziele, Aufgaben und Grundsätze. Er hat sowohl Beratungszuständigkeiten als auch Entscheidungsbefugnisse, <https://www.stadt-muenster.de/ratsservice/politik-und-verwaltung/ausschuesse-und-kommissionen.html>, Zugriff vom 19.6.2019.

3.4.5 Frauen als Fraktionsvorsitzende

Die wichtigste Funktion in einer Fraktion im Rat ist deren Vorsitz. Sie ist Ausdruck der Bedeutung der Amtsinhaberin innerhalb der Partei. Der Vorsitzende ist Sprecher der Fraktion im Rat, bringt Anträge der Fraktion ein und sorgt unter anderem für deren Parteidisziplin, insbesondere bei Abstimmungen.

Dieses wichtige Amt übernimmt 1979 mit Hildegard Graf von der CDU erstmals eine Frau. Mit bisher nur vier Fraktionsvorsitzenden sind Frauen bis heute in dieser Funktion jedoch die Ausnahme.

1979 Hildegard Graf wird zur CDU-Fraktionsvorsitzenden gewählt. Sie besetzt dieses Amt bis 1982 und gibt es zwei Jahre vor der nächsten Wahl ab (siehe hierzu auch 4.3.1).

1999 Carola Möllemann-Appelhoff wird zur FDP-Fraktionsvorsitzenden gewählt und behält dieses Amt, mit Ausnahme der 12. WP, bis Januar 2019 (siehe hierzu auch 4.3.2).

2011 Iris Toulas wird zur Fraktionsvorsitzenden der LINKEN gewählt. Sie besetzt dieses Amt bis 2012.

2014 Helga Bennink wird zur GRÜNEN-Fraktionsvorsitzenden gewählt. Sie besetzt dieses Amt bis 2015 (siehe hierzu auch 4.3.5).

Auffällig an dieser Aufstellung ist, dass, bis auf Carola Möllemann-Appelhoff, die Amtszeiten der drei anderen Fraktionsvorsitzenden extrem kurz, sogar kürzer als eine Wahlperiode sind. Auf die mutmaßlichen Gründe hierfür wird in den Kurzportraits unter 4.2 dieser Arbeit zu Hildegard Graf und Helga Bennink ebenso eingegangen wie auf die Niederlegung des Fraktionsvorsitzes von Carola Möllemann-Appelhoff während der laufenden Wahlperiode. Für Iris Toulas, die den Fraktionsvorsitz der LINKEN nur ein Jahr inne hat, folgt acht Monate später auch die Niederlegung ihres Ratsmandats. Über die Gründe hierfür kann nur spekuliert werden.

Es ist nicht nur bemerkenswert, dass in allen Fällen die Nachfolger der Frauen im Amt der Fraktionsvorsitzenden Männer sind, sondern auch die deutlich längere Dauer ihrer jeweiligen Amtszeiten. So sind auch im aktuellen Rat alle Fraktionsvorsitzende Männer mit folgenden Amtszeiten:

| | | | |
|------------------|-------|----------------------|---------|
| Stefan Weber | CDU | seit 12. Juni 2014 | 5 Jahre |
| Dr. Michael Jung | SPD | seit 12. Juni 2014 | 5 Jahre |
| Otto Reiners | GRÜNE | seit 26. Januar 2015 | 4 Jahre |
| Jörg Berens | FDP | seit 14. Januar 2019 | |
| Rüdiger Sagel | LINKE | seit 12. Juni 2014 | 5 Jahre |

Die Parteien Piraten, AfD und UWG-MS, die ebenfalls mit Abgeordneten im Rat vertreten sind, haben dort keinen Fraktionsstatus.⁷¹

3.5 Frauen- und Gleichstellungsausschuss

Der Ausschuss für Gleichstellung ist für diese Arbeit von besonderer Bedeutung, weshalb er hier ausführlicher dargestellt wird. Zum einen wird durch ihn zum Ausdruck gebracht, welchen Stellenwert der Rat der Stadt Münster diesem wichtigen Thema entgegenbringt, zum anderen lassen sich durch ihn, seine Arbeit und seine Befugnisse auch Rückschlüsse auf die Gleichstellungssituation der Frauen im Rat selbst ziehen.⁷²

Es war in Münster kein leichter Weg, ehe sich der Stadtrat auf die Bildung eines Gleichstellungsausschusses einigen konnte. In der Wahlperiode 1984/89 beantragen die Fraktionen von SPD und GRÜNEN die Bildung eines Frauenausschusses, welcher von der Mehrheit von CDU und FDP abgelehnt wird. In der Wahlperiode 1989/94 wird ein erneuter Antrag der SPD zur Bildung eines neuen Ausschusses zur Gleichstellung wiederum mit Mehrheit von CDU und FDP abgelehnt. In der Wahlperiode 1994/99 richtet die neue Mehrheit von SPD und GRÜNEN einen Frauenausschuss ein, der später in Gleichstellungsausschuss umbenannt wird.

Nachdem der Rat bereits 1986, also noch vor der Gründung des Gleichstellungsausschusses, den Beschluss fasst, in Münster ein städtisches Frauenbüro einzurichten, wird dieser Beschluss 1987 mit der Errichtung eines entsprechenden Amtes in der Stadtverwaltung umgesetzt. Dieses Amt wird später in Gleichstellungsstelle umbenannt und heißt seit dem 1. März 2019 Amt für Gleichstellung.⁷³ In den ersten Jahren untersteht das Frauenbüro dem Haupt- und Finanzausschuss, mit Gründung des Gleichstellungsausschusses untersteht die Gleichstellungsstelle ab 1994 dann diesem Ausschuss.

Der erste Frauenausschuss im Rat besteht 1994 nur aus folgenden Frauen: Magdalena Gefroi CDU, Marie-Theres Kastner CDU, Anna Schober CDU (Vorsitzende), Helga Welker CDU, Sonja Diekmann SPD, Barbara Wolzen-Goethe SPD, Gisela Holtz GRÜNE und Elke Pulpanek

⁷¹ www.stadt-muenster.de/sessionnet/sessionnetbi/kp0040.php, Zugriff vom 11.5.2019.

⁷² Die nachfolgenden Informationen stammen aus einem Gespräch mit Martina Arndts-Haupt, Leiterin des Amtes für Gleichstellung, am 13.3.2019 und aus den Ratsprotokollen der jeweiligen Jahre im Stadtarchiv.

⁷³ Westfälische Nachrichten, Frauenbüro wird Gleichstellungsamt, 2.3.2019.

GRÜNE.⁷⁴ Es fällt auf, dass dieser von der SPD und den GRÜNEN ins Leben gerufene Ausschuss zur Hälfte aus Mitgliedern der CDU besteht und diese sogar die Ausschussvorsitzende stellt. Im aktuellen Gleichstellungsausschuss, er hat 13 Mitglieder, wovon 9 Frauen sind, führt seit 2014 erstmals mit Richard-Michael Halberstadt, CDU, ein Mann den Vorsitz.

Der Ausschuss für Gleichstellung bringt, wie jeder Ausschuss, im Rat Vorlagen ein, die im Amt für Gleichstellung erarbeitet werden. Er hat im Rat folgende Beratungszuständigkeiten:⁷⁵

- Kommunale Angelegenheiten, besonders die Geschlechtergerechtigkeit betreffend, in Gesellschaft, Öffentlichkeit, Schule, Freizeit, Sport und Kultur
- Maßnahmen zur Einführung der Methoden des Gender Mainstreaming⁷⁶
- Maßnahmen, die auf den Abbau von Benachteiligungen in der Lebenssituation von Frauen und Mädchen abzielen
- Maßnahmen gegen strukturelle und offene Gewalt gegen Frauen und Mädchen
- Umsetzung und Weiterentwicklung des Programms für Chancengleichheit/Frauenförderplan
- Vorbereitung zu unmittelbar frauen- und gleichstellungsrelevanten Haushaltsstellen anderer Fachausschüsse im Rahmen der Haushaltsberatungen und Einführung der Genderbudgetierung

Darüber hinaus hat der Ausschuss die Entscheidungsbefugnis über die finanzielle Förderung von Frauenorganisationen, -projekten und Initiativen durch die vom Amt für Gleichstellung verwalteten Mittel.

Mit der Einrichtung eines städtischen Frauenbüros im Jahr 1987 gehört Münster nicht zu den ersten Städten in Deutschland, die sich diesem wichtigen Thema zuwenden. Sicherlich nicht zuletzt wird diese Maßnahme, wie in anderen Städten auch, durch das Aufkommen der GRÜNEN, die der Gleichstellungsfrage eine hohe Priorität einräumen, beeinflusst. Dass es danach aber noch sieben Jahre dauert, bis ein Gleichstellungsausschuss im Rat eingerichtet wird, muss auf die seinerzeitigen Mehrheitsverhältnisse im Rat und die unterschiedlichen Interessen der Parteien zurückgeführt werden.

⁷⁴ Stadtarchiv Münster, Ratsprotokoll 1994.

⁷⁵ www.stadt-muenster.de/sessionnet/sessionnetbi/gr0050.php, Zugriff vom 25.2.2019.

⁷⁶ Unter Gender Mainstreaming wird das Leitbild der Geschlechtergerechtigkeit, Verwirklichung der Gleichstellung von Mann und Frau unter Berücksichtigung der geschlechtsspezifischen Lebensbedingungen und Interessen verstanden, www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gleichstellung-und-teilhabe/strategie-gender-mainstreaming, Zugriff vom 13.5.2019.

4. Gleichstellung von Frauen im Rat der Stadt Münster?

4.1 Frauen in der Kommunalpolitik

Als Einleitung in und als Orientierungshilfe für dieses Kapitel sind allgemeine Ausführungen über Frauen in der Kommunalpolitik hilfreich. Was bewegt Frauen, sich kommunalpolitisch zu engagieren? Wie sehen sie ihre Situation oder Rolle in der Kommunalpolitik und sind sie damit zufrieden? Wie vereinbaren sie Beruf, Familie und ihr kommunalpolitisches Engagement? Wie beurteilen sie ihre Stellung im Rat im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen?

Hierbei wird auf die Ergebnisse der in Kapitel 3 dargestellten statistischen Erhebungen ebenso zurückgegriffen wie auf die Ergebnisse einer EAF⁷⁷-Studie über Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen und einen Artikel, den die amtierende Stadträtin der GRÜNEN-Fraktion in Münster, Dr. Didem Ozan, für ZEIT-ONLINE geschrieben hat und in dem sie sicherlich nicht nur ihre eigene Situation beschreibt, sondern auch die vieler Frauen im Rat der Stadt Münster. Da eine Umfrage unter den aktuellen Frauen im Rat und den noch lebenden ehemaligen Ratsfrauen aufgrund der großen Anzahl die Möglichkeiten dieser Arbeit sprengen würde, sollen Kurzportraits ausgewählter ehemaliger und amtierender Frauen im Rat der Stadt Münster weitere wichtige Informationen liefern.

4.1.1 Studie der EAF

Eine Studie der EAF unter dem Titel ‚Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen‘, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2014 erstellt, kommt zu dem Ergebnis, dass Frauen in den Parlamenten von Bund und Ländern heute zwar keine Seltenheit mehr sind, aber ihr Anteil seit Jahren bei rund einem Drittel stagniert. In den Kommunalparlamenten, also dort, wo Frauen vor Ort ihre besonderen Erfahrungen und Kompetenzen einbringen könnten, sieht es noch schlechter aus. Im Durchschnitt liegt der Anteil der Frauen in den Stadtparlamenten bei 26 Prozent, wobei die Schwankungsbreite zwischen 19 Prozent und 42 Prozent variiert.⁷⁸

Für die Studie wurden 1.036 ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen aus 507 Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern aus dem gesamten Bundesgebiet befragt. Bei der Auswahl wurden die regionale Verteilung, die Größe der Gemeinden sowie die Parteizugehörigkeit nach Quoten berücksichtigt.

⁷⁷ Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft.

⁷⁸ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Studie zu: Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen, Berlin 2014, S. 5ff. Diese Studie stand im Kontext der Kampagne FRAUEN MACHT KOMMUNE, www.frauen-macht-politik.de, Zugriff vom 18.8.2018.

Weitere zentrale Ergebnisse der Studie sind:

- *Kommunalpolitikerinnen sind überdurchschnittlich hoch gebildete Frauen mit Berufs- und Lebenserfahrung.* Die Altersgruppe der 40- bis 60-Jährigen ist mit 64 Prozent vertreten, die der über 60-Jährigen mit 25 Prozent. Etwa die Hälfte hat einen Hochschulabschluss, knapp zwei Drittel sind erwerbstätig.
- *Kommunalpolitik ist zeitaufwendig.* 50 Prozent bringen pro Woche mindestens 10, teilweise sogar 20 Stunden für das Ehrenamt auf. Bei herausgehobenen Ämtern - wie dem Fraktionsvorsitz - können es bis zu 30 Stunden werden.
- *Die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit, Kindererziehung und politischem Mandat ist vorwiegend nur im zeitlichen Nacheinander möglich.* 71 Prozent der Stadträtinnen sind Mütter, wobei bei zwei Dritteln die Kinder über 16 Jahren sind. 64 Prozent sind erwerbstätig, davon etwa die Hälfte in Teilzeit.
- *Die bürgerschaftlich engagierten Frauen von heute sind die Kommunalpolitikerinnen von morgen.* 86 Prozent waren vor der Übernahme eines kommunalpolitischen Mandats ehrenamtlich in Vereinen, Initiativen oder Verbänden engagiert.
- *Kommunalpolitikerinnen wollen etwas für die anderen und für sich selbst tun.* 80 Prozent wollen mitgestalten und schätzen die Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern. Nur vier Prozent streben eine politische Karriere an.
- *Die Unterstützung der Partner ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor.* 82 Prozent der Stadträtinnen leben in einer festen Partnerschaft und 85 Prozent fühlen sich durch ihren Partner sehr gut unterstützt. Zwei Drittel vermuten, dass viele Frauen den Weg in die Kommunalpolitik scheuen, weil sie nicht mit der Unterstützung durch das persönliche Umfeld und durch ihren Partner rechnen können.
- *Die Parteien müssen auf die potentiellen Mandatsträgerinnen zugehen und ihnen Entwicklungsmöglichkeiten bieten.* 62 Prozent der Befragten bekamen den Anstoß für die Kommunalpolitik von außen, von Personen mit politischen Bezug, aus dem Umfeld und aus der Familie.
- *Männlich geprägte Parteistrukturen behindern nach wie vor den Zugang und die Beteiligungsmöglichkeiten von Frauen.* Männlich dominierte Strukturen werden als Haupthinderungsgründe angegeben, dass Frauen nicht in die Kommunalpolitik gehen. Mängel in der

politischen Kultur wie Arbeitsklima und Arbeitsweise, Sitzungs- und Redekultur oder Parteiendisziplin/Fraktionszwang sind hier die Stichwörter. Immerhin ist die Hälfte der Frauen mit ihrem kommunalen Umfeld zufrieden.

- *Kommunalpolitikerinnen wünschen sich mehr Empowerment⁷⁹ für Frauen und professionelle, zeitsparende Arbeitsbedingungen. 71 Prozent erwarten mehr Unterstützung aus dem privaten und politischen Umfeld und durch die eigene Partei.*
- *Das Potential der Frauen wird von den Parteien zu spät erkannt und zu wenig genutzt. Oftmals bedarf es spezifischer politischer Konstellationen, damit Frauen als Spitzenkandidatinnen aufgestellt werden. Zum Beispiel dann, wenn die Situation in der Kommune verfahren und deshalb die innerparteiliche Konkurrenz verhältnismäßig gering ist, oder die Chancen der betreffenden Partei ohnehin als aussichtslos erscheinen. Ungeachtet der positiven Beispiele lassen sich die Parteien in ihren Personalentscheidungen noch zu häufig von überkommenen Rollenmustern und eingefahrenen, die männlichen Bewerber begünstigenden Strukturen leiten.⁸⁰*

Die Ergebnisse dieser Studie, bei deren Entstehen möglicherweise auch Frauen aus dem Rat der Stadt Münster befragt wurden, sind für diese Arbeit aus mehreren Gründen von Bedeutung:

- Eine vergleichbare Untersuchung unter den aktuell amtierenden und ehemaligen Ratsfrauen in Münster durchzuführen, würde, um zu repräsentativen Ergebnissen zu kommen, schon allein aufgrund der großen Anzahl der zu befragenden Frauen die Möglichkeiten dieser Arbeit übersteigen.
- Da es sich um eine repräsentative Studie handelt, können ihre Ergebnisse für die Ratsfrauen in Münster grundsätzlich übernommen werden, was auch der folgende Erfahrungsbericht von Dr. Didem Ozan grundsätzlich bestätigt.

4.1.2 Erfahrungsbericht einer Stadträtin aus Münster

Unter dem Titel „Bloß nicht aufgeben!“⁸¹ schildert die GRÜNEN-Stadträtin Dr. Didem Ozan⁸² 2018 ihre Beweggründe für die Kandidatur und ihre Erfahrungen als Mitglied des Rates der

⁷⁹ Bezeichnet Strategien und Maßnahmen, die den Grad an Autonomie und Selbstbestimmung erhöhen.

⁸⁰ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, S. 8–11.

⁸¹ Ozan, Didem, Dr. „Bloß nicht aufgeben!“ ZEIT-ONLINE, 23.5.2018, www.zeit.de/kultur/2018-05/stadtrat-ehrenamt-nrw-lokalpolitik-engagement-10nach8?page=7#comments, Zugriff vom 2.1.2019.

⁸² Dr. Didem Ozan, Jahrgang 1975, ist Fachfrau für Öffentlichkeitsarbeit und Redakteurin. Sie arbeitet aktuell als politische Geschäftsführerin der Grünen-Fraktion im LWL, seit 2009 Mitglied der GRÜNEN, seit

Stadt Münster in der 16. Wahlperiode. *„Ohne Ehrenämter geht in den Kommunen nichts. Seit vier Jahren bin ich Stadträtin in Münster. Familie und Job bringe ich auch noch unter. Es ist hart, aber sehr erfüllend“*. Mit diesen Sätzen beginnt Frau Ozan ihren *Erfahrungsbericht*. *„Ich wollte immer etwas Sinnvolles tun, auch für die Umwelt, solidarisch mit anderen Frauen sein“*. nennt sie als ihre Beweggründe für ihre Kandidatur für einen Sitz im Stadtrat und bezeichnet diese selbst als *„Weltverbesserungsgründe“*. Das Leben einer Stadträtin

„... gleiche einem Marathon und die Arbeit sei durchaus mit der parlamentarischen Arbeit in Landtagen oder im Bundestag zu vergleichen, nur kleinteiliger, eben für den Geltungsbereich einer Stadt oder Gemeinde. Wer ehrenamtlich im Stadtparlament mitarbeitet, macht das aus Leidenschaft“.

Dass die Politik aber immer noch eine Männerwelt ist, erfährt sie nicht nur im Rat, sondern auch in ihrer Fraktion. Befremdet bemerkt sie *„So beginnen, die Redebeiträge im Rat, und meistens reden die Männer, mit „Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren““*. Und in der Fraktion bestimmt *„... der gebräunte Dezernent in Rente, der kein Problem damit hat, aus Kostengründen zwei Wasserwerke zu schließen, mit einem „Basta““* sehr oft die Abstimmung.

Ein berufliches Kürzertreten wegen ihres Stadtratsmandats kommt für Dr. Didem Ozan nicht infrage, was sie auch keiner Frau empfehlen würde. Im Gegenteil ist sie der Meinung, dass sie ihren beruflichen Weg ohne die kommunalpolitischen Erfahrungen nicht hätte gehen können. *„Aber das Zeitkorsett ist immer enger geworden“*. sagt sie.

„Der Morgen beginnt um 6.30 Uhr mit den Kindern, der Bürojob endet um 16.15 Uhr, der Ausschuss startet um 17 Uhr, und ich komme manchmal erst gegen 21 Uhr nach Hause“,

beschreibt sie einen normalen Arbeitstag. Dass dabei Familie und Ratsmandat oft nicht unter einen Hut gebracht werden können, dass viele Eltern ihr Mandat schnell wieder aufgeben, die jungen Mütter zuerst und die Väter folgen dann oft ebenso, sei Realität.

„Kommunales Engagement ist eine Sisyphusarbeit, erfordere sehr viel Energie im privaten wie politischen Bereich und sei ohne ein intaktes Familienleben nicht zu bewältigen“.

Sie fühlt sich den Wählerinnen und Wählern verpflichtet, weshalb auch ein Aufhören für sie fürs Erste nicht infrage kommt.

2014 Ratsmitglied der GRÜNEN-Fraktion, lebt in einer festen Beziehung und hat zwei Kinder. Im Rat engagiert sie sich in den Bereichen Bauen, Personal, Finanzen, Frauen, Kultur und Umwelt.

„Denn dann würde ein Mann meinen Platz einnehmen, ein Rentner vielleicht, der in Ruhe die Vorlagen liest, während seine Frau Mittagessen kocht“.

4.2 Typisierung der Ratsfrauen in Münster⁸³

In den folgenden Ausführungen soll versucht werden, unter Einbeziehung der Erkenntnisse aus den obigen statistischen Erhebungen, der EAF-Studie und des Erfahrungsberichtes von Didem Ozan eine Typisierung der Ratsfrauen von 1946 – 2014 durchzuführen. Hierbei spielen das Alter, in dem die Frauen das erste Mal in den Rat gewählt werden, der Beruf, die Parteizugehörigkeit, die jeweiligen Amtszeiten und, soweit Informationen darüber vorliegen, der Familienstand, die Herkunft und das soziale Umfeld eine Rolle. Da sich das Profil der Ratsfrauen im Laufe der Jahrzehnte verändern kann, wird diese Typisierung jeweils für folgende Zeiträume durchgeführt: Wahlperioden 1946 – 1975, 1979 – 1994 und 1999 – 2014.

4.2.1 Alter, Beruf und Amtszeiten

Alter

Im Durchschnitt über alle Wahlperioden und Parteien beträgt das Alter, in dem Frauen zum ersten Mal in den Rat der Stadt Münster einziehen, rund 40 Jahre, wobei sich das Alter der Ratsfrauen zwischen 20 und 69 Jahren bewegt. In den ersten Wahlperioden sind die Ratsfrauen älter, meist über 50 Jahre. Berta Hüffer und Dr. Idamarie Soltmann, die ersten gewählten Frauen im 1946er Rat, sind 58 bzw. 57 Jahre alt. Bis auf Ausnahmen bleibt diese Altersstruktur bis Ende der 1960er Jahre erhalten. Sie ändert sich nach der Wahl 1969. Immer mehr Frauen unter 50 und zunehmend auch unter 40 Jahren, und das parteiübergreifend, kommen in den Rat der Stadt Münster. Ab der Wahl 1999 steigt das Alter der Frauen im Rat in allen Parteien wieder leicht an. Im aktuellen Rat beträgt das Durchschnittsalter der Ratsfrauen, immer bezogen auf das Alter ihrer ersten Wahl, rund 43 Jahre.

Beruf

Von den Ratsfrauen werden, über alle Wahlperioden gesehen, als Beruf folgende Angaben gemacht:⁸⁴

⁸³ Typisierung bezeichnet hierbei auf Personen und Handlungen bezogene Verallgemeinerungen und reduzierte Konstrukte, www.wikipedia.org/wiki/Typisierung, Zugriff vom 29.11.2018.

⁸⁴ Korfmacher, Norbert: Die Mitglieder des Rates der Stadt Münster, www.abgeordneten.info, Zugriff: [17.6.2019](http://www.abgeordneten.info).

| | | |
|----------------------------|----|------|
| Erzieherin/Fürsorge/Sozial | 19 | 14 % |
| Hausfrau | 24 | 18 % |
| Angestellte | 25 | 19 % |
| Akademische Berufe | 66 | 49 % |

Hierbei muss berücksichtigt werden, dass die Erzieherinnen, Fürsorgerinnen und insbesondere die Sozialarbeiterinnen auch akademische Ausbildungen haben können, was die Zahl der akademischen Berufe entsprechend erhöhen würde. Ebenso muss beachtet werden, dass in den Nachkriegsjahren die Hausfrauen in vielen Fällen einen einmal gelernten Beruf nicht ausgeübt haben und deshalb Hausfrau als Beruf angeben.

In den ersten acht Wahlperioden zwischen 1946 und 1975 ist der Anteil der im Rat vertretenen Frauen relativ gering. Er liegt zwischen zwei und acht Mandatsträgerinnen, bis auf zwei Ausnahmen (DZP und FDP) Vertreterinnen von CDU und SPD. Von Beruf sind die meisten CDU-Abgeordneten Hausfrauen, gefolgt von Akademikerinnen und in den ersten Perioden Fürsorgerinnen. Ähnlich sieht die Verteilung bei der SPD aus.

Zwischen der 9. und der 12. Wahlperiode (1979 – 1994) beginnt sich der Frauenanteil zu erhöhen; er liegt jetzt zwischen 11 und 28 weiblichen Abgeordneten. Zurückzuführen ist dies auf den über alle Parteien festzustellenden steigenden Frauenanteil, insbesondere aber auf den Einzug der GRÜNEN in den Stadtrat. Der Anteil von Erzieherinnen/Sozialarbeiterinnen steigt insbesondere bei der SPD, während er bei den CDU-Vertreterinnen gleichbleibt. Bei den Hausfrauen ist ein deutlicher Rückgang bei der SPD und ein weitgehender Gleichstand bei der CDU zu vermerken. Die deutlichsten Veränderungen und Zuwächse sind bei der Anzahl der Akademikerinnen festzustellen, und zwar bei allen im Rat vertretenen Parteien. Auch die Angestellten verbuchen Zuwächse.

Zwischen der 13. und 16. Wahlperiode (1999 – 2014) liegt der Frauenanteil zwischen 28 und 32 Mandaten, nach der letzten Wahl 2014 ist er auf 25 Mandate gesunken. Weiterhin auf hohem Niveau bei allen Parteien, und hier insbesondere bei den GRÜNEN, liegt der Anteil der Akademikerinnen, gefolgt von den Angestellten und den Hausfrauen, wobei dieser Beruf einen immer geringeren Anteil hat.

Amtszeiten

Neben dem Alter, in dem die Frauen in den Rat einziehen, und den Berufen sind auch die Amtszeiten, also die Anzahl der Wahlperioden, die Frauen im Rat verbringen, für eine Typisierung von Bedeutung. Zwischen 1946 und 2014 haben es 134 Frauen geschafft, entweder

direkt in den Rat gewählt zu werden, oder ein Mandat über die Reserveliste zu erhalten. Diese Frauen haben folgende Amtszeiten:

| | absolute Zahlen | | | Prozentzahlen | | |
|----------------|-----------------|-------|----|---------------|-------|------|
| | Direkt | Liste | | Direkt | Liste | |
| Eine WP | 68 | 17 | 51 | 51 % | 25 % | 75 % |
| Zwei WP | 32 | 16 | 16 | 24 % | 50 % | 50 % |
| Drei WP | 22 | 8 | 14 | 16 % | 36 % | 64 % |
| Vier WP | 4 | 2 | 2 | 3 % | 50 % | 50 % |
| Fünf WP | 5 | 2 | 3 | 4 % | 40 % | 60 % |
| Sechs WP u. m. | 3 | 1 | 2 | 2 % | 33 % | 67 % |

WP=Wahlperiode, Direkt=direkt gewählt, Liste=über die Reserveliste gewählt

Dass über 50 Prozent der Ratsfrauen ihr Mandat nur während einer Wahlperiode ausüben, wird, neben fraktionsinternen Gründen oder Gründen der Wahlergebnisse, die hier nicht nachvollzogen werden, nach den bisher beschriebenen Erkenntnissen daran liegen, dass viele Ratsfrauen Familie, Beruf und Ratsmandat nicht miteinander vereinbaren können. Ob für die 24 Prozent der Ratsfrauen, die ihr Mandat zwei Wahlperioden ausüben, die gleichen Gründe gelten wie für die erste Gruppe, kann hier nicht mit Sicherheit beantwortet werden, ist aber anzunehmen. Auch ist bemerkenswert, dass 75 Prozent der bis heute im Rat vertretenen Frauen nur eine Amtszeit von maximal zwei Wahlperioden haben. Weiterhin fällt auf, dass der Anteil bei dieser Gruppe der Ratsfrauen, die über die jeweiligen Reservelisten ihrer Parteien in den Rat gelangen, immerhin 50 Prozent beträgt. Bei den direkt gewählten Ratsfrauen dieser Gruppe beträgt dieser Wert nur 25 Prozent. Der Anteil der Ratsfrauen, die drei und mehr Wahlperioden im Rat vertreten sind, beträgt 25 Prozent aller Ratsfrauen, wobei nur 9 Prozent, das sind 12 Ratsfrauen, auf vier und mehr Wahlperioden kommen.

17 Prozent der Ratsfrauen haben ihr Mandat während einer Wahlperiode aus nicht näher bekannten Gründen (nicht durch Tod oder Wahl in den Landtag/Bundestag) niedergelegt. Eine Entwicklung der Amtszeiten über die drei Untersuchungszeiträume hinweg lässt sich nicht eindeutig erkennen. Dass mit einem steigenden Anteil von Frauen an den Ratssitzen aber auch der Anteil von Frauen, die nur eine kurze Verweildauer im Rat haben, steigt, kann aber festgestellt werden.

Bei den Amtszeiten der Ratsmitglieder erscheint ein Vergleich zwischen weiblichen und männlichen Mandatsträgern sinnvoll. Denn wenn ein solcher Vergleich ergeben würde, dass Frauen im Durchschnitt deutlich kürzer im Rat verweilen als Männer, könnte dies auch eine Erklärung dafür sein, warum ihre Netzwerke schlechter sind und damit auch ihre Chancen darauf, eine Führungsposition in ihren Parteien und auch im Rat zu erhalten.

Aber ein solcher Vergleich kommt, wie die folgende Tabelle zeigt, zu einem überraschenden Ergebnis:

Vergleich Amtszeiten Frauen / Männer seit 1946

| | absolute Zahlen | | Prozentzahlen | |
|----------------|-----------------|--------|---------------|--------|
| | Frauen | Männer | Frauen | Männer |
| Eine WP | 68 | 187 | 51 % | 46 % |
| Zwei WP | 32 | 96 | 24 % | 23 % |
| Drei WP | 22 | 66 | 16 % | 16 % |
| Vier WP | 4 | 35 | 3 % | 9 % |
| Fünf WP | 5 | 18 | 4 % | 4 % |
| Sechs WP u. m. | 3 | 8 | 2 % | 2 % |

Der Vergleich der Amtszeiten zwischen weiblichen und männlichen Mandatsträgern im Rat zeigt keine signifikanten Unterschiede. Frauen und Männer verweilen also durchschnittlich gleich lang im Rat.

Als Schlussfolgerung lässt sich hieraus die Erkenntnis ziehen, dass die oben angeführten Gründe für den hohen Anteil der Frauen, die nur eine bzw. zwei Wahlperioden im Rat verbleiben, auch für die Männer zutrifft. Des Weiteren muss die Annahme, dass nur Frauen aufgrund ihrer häufig nur kurzen Verweildauer im Rat nicht die zeitliche Möglichkeit haben, Netzwerke aufzubauen, um in kommunalpolitische Spitzenämter zu gelangen, neu bewertet werden. Aber trotzdem bleibt die Frage zu beantworten, weshalb Frauen in diesen Spitzenämtern so selten vertreten sind. Denn hier fällt auf, dass Frauen, die diese Ämter besetzten oder besetzen, in den meisten Fällen auf deutlich längere Amtszeiten zurückblicken können als die meisten anderen Ratsfrauen und -männer. So zum Beispiel:

| | | |
|--------------------------|--|----------|
| Helga Bennink | Fraktionsvorsitzende | vier WP |
| Hildegard Graf | Bürgermeisterin, Fraktionsvorsitzende, Vorsitzende Hauptausschuss | acht WP |
| Marie-Theres Kastner | Bürgermeisterin | drei WP |
| Carola Möllemann-Appelh. | Fraktionsvorsitzende | acht WP |
| Karin Reismann | Bürgermeisterin | vier WP |
| Marion Tüns | Oberbürgermeisterin | drei WP |
| Wendela-B. Vilhjalmsson | Bürgermeisterin | sechs WP |

Aber es lässt sich noch eine weitere, wichtige Erkenntnis aus diesen Zahlen ziehen: Wenn die Aussichten, amtierende Ratsleute für mehrere Amtszeiten zu mobilisieren, bei Männern und Frauen ungefähr gleich erfolgreich sind, dann kann der eigentliche Schlüssel, den Frauenanteil im Rat zu erhöhen, nur darin liegen, überhaupt mehr Frauen für ein ehrenamtliches kommunalpolitisches Amt zu motivieren und zu gewinnen.

4.2.2 Familienstand und soziales Umfeld

Über den Familienstand und das soziale Umfeld der Frauen im Rat der Stadt Münster liegen keine expliziten Angaben vor. Informationen hierüber können aber die Kurzporträts der Ratsfrauen in Verbindung mit der EAF-Studie geben. Demnach kann unterstellt werden, dass die meisten Ratsfrauen verheiratet sind oder waren und die meisten von ihnen Kinder haben. Legt man das Alter der Ratsfrauen zugrunde, kann weiter unterstellt werden, dass diese Kinder zwischen 10 und 20 Jahren alt, also *aus dem Größten raus*, sind. Diese Annahmen stimmen auch mit den Ergebnissen der EAF-Studie überein. Schaut man sich die Kurzporträts an, fällt auf, dass sich die Frauen schon vor ihrem politischen Engagement in den meisten Fällen in sozialen oder sonstigen Institutionen ehrenamtlich engagiert und dies auch in vielen Fällen während ihrer politischen Aktivitäten fortgesetzt haben. Auch diese Feststellung deckt sich mit den Ergebnissen der EAF-Studie.

Zum Ehrenamt⁸⁵ und zur Frage, warum sich Frauen ehrenamtlich engagieren, sind an dieser Stelle noch einige Ausführungen hilfreich: Die Journalistin Wlada Kolosowa hat in einer Ko-

⁸⁵ Unter einem Ehrenamt versteht man im ursprünglichen Sinn ein Engagement in öffentlichen Funktionen, legitimiert durch eine Wahl (z.B. in den Vereinsvorstand, zum Ratsmitglied oder zum Schöffen). Der Begriff Ehrenamt ist jedoch im gängigen Sprachgebrauch nicht klar von ‚bürgerschaftlichem Engagement‘ oder der ‚Freiwilligentätigkeit‘ abgegrenzt. Im Allgemeinen wird darunter altruistisches Handeln verstanden, bei dem eine Einzelperson oder eine Gruppe freiwillig und unentgeltlich Arbeit leistet, www.wikipedia.org/wiki/Ehrenamt, Zugriff vom 2.1.2019.

lumne für ZEIT Campus über ihre ganz persönlichen Beweggründe und Erfahrungen berichtet.⁸⁶ Sie kommt zu dem Ergebnis, dass ihre jugendliche Schwärmerei über Weltverbesserung und Beseitigung von Ungerechtigkeit später einem Gefühl gewichen ist, dass ihre ehrenamtliche Tätigkeit nur ein Tropfen auf den heißen Stein und eine Gewissensbesänftigung sei. Erst nach der Lektüre der US-amerikanischen Philosophin Susan Neiman⁸⁷ ändert sich ihre Ansicht. Frau Neiman führt aus, dass zum Erwachsensein und –werden dazu gehört, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen – auch wenn klar ist, dass man den Idealzustand nie erreichen wird und man nach besten Kräften in seinem Umfeld darauf hinwirken muss, diesem Idealzustand näherzukommen.⁸⁸ Nun geben diese Ausführungen zwar nur die Erfahrungen von Wlada Kolosowa wieder, aber sie können durchaus auch für andere Frauen gelten, die ein soziales Ehrenamt angenommen haben. Außerdem zeigen sie, welche enge Verbindung zwischen sozialem Engagement und politischem Ehrenamt besteht.

4.2.3 Zusammenfassung

In den Wahlperioden 1946 bis 1975 ist der Anteil der Frauen im Rat mit maximal 8 Mandatsträgerinnen gering. Die typische Ratsfrau in Münster ist in dieser Zeit zwischen 40 und 60 Jahren alt, wobei die Mehrzahl älter als 50 Jahre ist. Die Mehrzahl ist verheiratet und hat Kinder. Als Beruf geben die meisten Ratsfrauen Hausfrau an, gefolgt von Fürsorgerinnen und Akademikerinnen. Die Amtszeiten variieren, aber es fällt auf, dass viele Ratsfrauen zwei oder mehr Wahlperioden im Rat bleiben.

In den Wahlperioden zwischen 1979 bis 1994 steigt der Anteil der Frauen im Rat deutlich an und erreicht 1989 mit 28 Mandatsträgerinnen seinen Höchststand. Das Alter einer typischen Ratsfrau sinkt in dieser Zeit auf deutlich unter 50 und in vielen Fällen auch unter 40 Jahren. Weiterhin ist sie verheiratet oder lebt in einer festen Beziehung. Bei den Berufen erhöht sich der Anteil von Erzieherinnen/Sozialarbeiterinnen, wogegen der Anteil bei den Hausfrauen rückläufig ist. Deutliche Zuwächse sind bei den akademischen Berufen bei allen im Rat vertretenen Parteien festzustellen. Hier macht sich der Universitätsstandort Münster immer stärker bemerkbar. Die Zahl der Ratsfrauen, die nur eine Wahlperiode im Rat ihr Mandat im Rat besetzen, nimmt deutlich zu.

In den Wahlperioden zwischen 1999 bis 2014 erreicht der Frauenanteil im Rat mit 32 Sitzen seinen bisher höchsten Wert. Das Alter der Frauen im Rat liegt im Durchschnitt zwischen 30 und 40 Jahren mit steigender Tendenz bei den Wahlen 2009 und 2014. Beim sozialen Umfeld der Ratsfrauen sind kaum Veränderungen zu vermerken. Weiterhin auf hohem Niveau liegt

⁸⁶ Kolosowa, Wlada, Ehrenamt – Die Welt geht mich wieder etwas an, , 5.10.2016, www.zeit.de/campus/2016-09/ehrenamt, Zugriff vom 2.1.2019.

⁸⁷ Neiman, Susan, Warum erwachsen werden? Eine philosophische Ermutigung, Hanser, Berlin 2015.

⁸⁸ Kolosowa: Ehrenamt.

bei den Berufen der Anteil der Akademikerinnen, gefolgt von Angestellten und mit weiterhin abnehmender Zahl von Hausfrauen.

Über alle Wahlperioden gesehen ist eine typische Ratsfrau in Münster ca. 43 Jahre alt, Akademikerin, Hausfrau oder Angestellte, ist ein bis zwei Wahlperioden im Amt, ist verheiratet oder lebt in einer festen Beziehung, hat Kinder, war oder ist über das Ratsmandat hinaus ehrenamtlich engagiert und strebt keine partei- oder darüber hinausgehende politische Karriere an.

Abschließend kann festgehalten werden, dass Ratsfrauen in Münster ihr kommunalpolitisches Engagement in den meisten Fällen mit dem Willen eingehen, etwas für die Menschen *bewegen* zu wollen. Hierbei können sie in vielen Fällen auf vorrangegangene Engagements in gesellschaftlichen und sozialen Bereichen zurückgreifen. Ihr Mandat im Stadtrat können sie nur dann befriedigend ausfüllen, wenn sie den hierfür notwendigen Zeitaufwand mit familiären und beruflichen Erfordernissen vereinbaren können. Hierzu ist ein unterstützendes soziales Umfeld erforderlich. Viele Ratsfrauen erleben die Kommunalpolitik, auch parteiintern, als männerdominiert.

4.3 Kurzporträts ausgewählter Ratsfrauen in Münster

Die Auswahl der hier in Kurzportraits vorgestellten Ratsfrauen erfolgt nicht nach repräsentativen Grundsätzen oder nur nach Personen von historischer Bedeutung. Ebenso sollen keine umfassenden Biographien präsentiert werden. Die Frauen werden ausgewählt, um einen Querschnitt über die Zeit, Parteien, Persönlichkeiten und politische Schicksale zu erhalten und um festzustellen, inwieweit die obige Typisierungen auf die porträtierten Ratsfrauen in ihrer Zeit zu treffen.

So unterschiedlich die vorgestellten Frauen in ihren Parteizugehörigkeiten und Lebensläufen auch sind, so haben sie doch, wie sich herausstellt, Gemeinsamkeiten, die sie für diese Arbeit interessant machen. Auch wird die Frage zu beantworten sein, ob ihr Frau-Sein in ihrer politischen Arbeit im Rat eine Rolle gespielt hat. Die Reihenfolge der porträtierten Frauen folgt dem Datum ihres Eintritts in den Rat.

Die Quellenbeschaffung, besonders hinsichtlich persönlicher und/oder politischer Beweggründe und Entscheidungen der vorgestellten Frauen, gestaltete sich oft schwierig. Als sehr hilfreich hat sich hierbei die Persönlichkeiten-Sammlung des Stadtarchivs⁸⁹ erwiesen. Viele der nachfolgend aufgeführten Pressezitate stammen aus dieser Sammlung. Auf Grund dieser

⁸⁹ Stadtarchiv Münster: Pers. Slg., ohne Signatur.

besonderen Quellenlage müssen sicherlich einige wichtige Fragen offen bleiben bzw. muss sich der Autor auf Vermutungen beschränken.

4.3.1 Hildegard Graf (CDU)

Hildegard Graf ist eine CDU-Kommunalpolitikerin in Münster. Sie wird am 4. November 1929 in Hamm geboren und stirbt am 1. Januar 2000 nach schwerer Krankheit in Münster. Nach dem Abitur und dem Studium der Volkswirtschaft in Münster arbeitet die Diplom-Volkswirtin als freiberufliche Journalistin. Sie und ihr Ehemann adoptieren zwei Kinder.

1961 beginnt Hildegard Grafs Wirken auf der politischen Bühne mit ihrer Wahl in den Rat der Stadt Münster für die CDU. Ihr Wahlspruch „*Politik gehört zu meinem Leben*“ bestimmt die acht Wahlperioden, die sie bis 1999 ununterbrochen als Mitglied im Rat der Stadt Münster, 1961 noch über die Reserveliste, danach immer direkt gewählt, verbringt.

Gleichberechtigung ist für Hildegard Graf nie ein Parteiprogramm gewesen, das über Quoten durchgesetzt werden müsste. Sie setzt sich schon als *Ratsküken* durch, sehr zur Verwunderung der erheblich älteren Kolleginnen.⁹⁰ Dank ihres großen politischen Talents, aber auch dank ihrer Leidenschaft und Disziplin kann Hildegard Graf schon Akzente setzen, als das Rathaus eine noch größere *Männerdomäne* ist als heute.⁹¹ Hildegard Graf gehört mehreren Ausschüssen an, darunter zehn Jahre als Vorsitzende dem Haupt- und Finanzausschuss sowie danach 15 Jahre als Vorsitzende dem Kulturausschuss. Zwischen 1979 und 1982 ist sie Fraktionsvorsitzende der CDU im Rat. Außerdem ist sie seit 1995 gewählte Vorsitzende in der Veranstaltergemeinschaft von Radio Antenne Münster.

Hildegard Graf kann man als eine kommunale *Vollblutpolitikerin* bezeichnen, die sicherlich auch auf höheren politischen Ebenen Karriere hätte machen können, aber ihr politisches Engagement gehört der Kommunalpolitik in Münster. Mit ihrem selbstbewussten und durchsetzungsfähigen Auftreten scheint sie sich aber nicht nur im männerdominierten Rat, sondern auch in ihrer Partei nicht nur Freunde gemacht zu haben. So ist es ein offenes Geheimnis, dass aufstrebende, männliche CDU-Mitglieder, denen sie vielleicht zu mächtig geworden ist, sie vor Ablauf der Wahlperiode bereits nach drei Jahren aus dem Amt der Fraktionsvorsitzenden drängen.

In der Presse wird hierrüber berichtet, dass anonyme Kritiker aus den eigenen Reihen, eine innerfraktionelle Opposition sozusagen, damals auch als ‚*U-Boote*‘ bezeichnet, die sich nicht öffentlich erklären, sondern sich im Verborgenen nur per Stimmzettel artikulieren, zweimal den Haushalt für 1982 bei den Abstimmungen im Rat durch Nein-Stimme oder Enthaltung

⁹⁰ Westfälische Nachrichten, Botschafterin mit großer Kompetenz, 4.11.1989.

⁹¹ Westfälische Nachrichten, Vier Jahrzehnte Einsatz für die Stadt und ihre Menschen, 3.1.2000.

platzen lassen. Woraufhin Hildegard Graf, ihre eigene Person als das Ziel dieser Attacken interpretierend, am 13. Februar 1982 den Fraktionsvorsitz nieder legt.⁹² Kurz darauf folgt auch die Niederlegung des Vorsitzes des Haupt- und Finanzausschusses, dessen Mitglied sie aber weiterhin bleibt. Der Haushalt für 1982 wird erst in einer dritten Abstimmung im März 1982 angenommen. Hierbei ist es interessant zu wissen, dass aus der CDU-Fraktion, die zu dieser Zeit mit einer absoluten Mehrheit im Rat regiert, drei Mitglieder gegen den Haushalt stimmen.⁹³

Dieser Vorgang, schon ein Affront zu nennen, gehört zu den Tiefpunkten ihrer kommunalpolitischen Karriere, wie Hildegard Graf später sagt. Aber sie habe angesichts dieses Rückschlags nie resigniert und sei ihren politischen Weg mit Disziplin weiter gegangen. Allerdings gibt sie ihre bisherigen Arbeitsschwerpunkte Finanzen und Haushalt im Rat auf.⁹⁴ Sie wendet sich nun schwerpunktmäßig den kulturellen Belangen der Stadt zu. Nach der Kommunalwahl 1984 übernimmt sie für 15 Jahre, bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Rat, den Vorsitz im Kulturausschuss. Hier setzt sie sich „mit großer Offenheit und Toleranz dafür ein, dass Kultur und Kunst erhalten, was sie in einer Demokratie von der Politik brauchen: Freiheit und Geld“, wie die Münsteraner CDU in einem Nachruf zu Hildegard Grafs Tod schreibt.⁹⁵ Zu einem der bemerkenswertesten und für Münster nachhaltigsten Leistungen in ihrer Amtszeit zählt die Etablierung des Pumpenhauses als eines der kulturellen Zentren der Stadt.⁹⁶

Das kommunalpolitische Engagement Hildegard Grafs erreicht 1989 einen Höhepunkt, als sie vom Rat ohne Gegenstimmen (bei sieben Enthaltungen) zur Bürgermeisterin der Stadt Münster gewählt wird. Damit gehört sie, zusammen mit Marion Tüns (SPD), die im selben Jahr Bürgermeisterin wird, zu den ersten Frauen in diesem Amt in der Geschichte der Stadt. Diese neue Rolle genießt sie auch persönlich. Nicht mehr nur Kärnerarbeit als *Parteisoldat* oder Bienenfleiß als Fraktionsmitglied stehen, wie sie sagt, ab diesem Zeitpunkt für sie Vordergrund, sie sieht sich nun auch als Botschafter der Stadt Münster.⁹⁷

1999 zieht sich die ‚Gräfin‘, wie sie nicht nur von Ratskollegen respektvoll genannt wird, aus gesundheitlichen Gründen aus der Politik zurück. 38 Jahre ist sie Mitglied des Rates gewesen. Als Dank und Anerkennung für ihre Leistung wird sie mit der Goldenen Rathausgedenkmünze ausgezeichnet, einer der höchsten Auszeichnungen, die die Stadt Münster zu vergeben hat.⁹⁸

Hildegard Graf entspricht in vielen Punkten der obigen Typisierung einer Ratsfrau in ihrer Zeit. Sie ist verheiratet, hat Kinder, eine akademische Ausbildung und strebt keine überregionale

⁹² Westfälische Nachrichten, „Politik gehört zu meinem Leben“, 4.11.1994.

⁹³ Westfälische Nachrichten, Haushalt 1982 zum zweiten Mal gescheitert, 3.2.1982.

⁹⁴ Westfälische Nachrichten, „Politik gehört zu meinem Leben“, 4.11.1994.

⁹⁵ Münstersche Zeitung, Nachruf der CDU Münster, 5.1.2000.

⁹⁶ Westfälische Nachrichten, Botschafterin mit großer Kompetenz, 4.11.1989.

⁹⁷ Westfälische Nachrichten, Botschafterin mit großer Kompetenz, 4.11.1989. Ebd. .

⁹⁸ Arndts-Haupt, Martina, FrauenBilder, Geschichte(n) aus Münster, Münster 2007, S. 107.

politische Karriere an. Aber nicht nur bei ihrem Alter, in dem sie in den Rat gewählt wird, zeigen sich Unterschiede. Sie ist nicht nur deutlich jünger als andere Ratsfrauen zu der Zeit, sondern kann auch auf eine deutlich längere Amtszeit zurückblicken. Auch durch ihr couragiertes politisches Auftreten unterscheidet sie sich von anderen Ratsfrauen. Dass ihr diese Eigenschaften, die sicherlich einerseits zu ihren kommunalpolitischen Erfolgen beigetragen haben, ihr aber andererseits letztlich in der männerdominierten Partei- und Kommunalpolitik in Münster geschadet haben, belegen die obigen Ausführungen.

4.3.2 Carola Möllemann-Appelhoff (FDP)

Die Studienrätin Carola Möllemann-Appelhoff, geboren am 12. September 1949 in Krefeld, ist eine FDP-Kommunalpolitikerin und verwitwete Ehefrau des 2003 verstorbenen FDP-Bundespolitikers Jürgen Möllemann. Sie hat zwei Töchter aus der Ehe mit Jürgen Möllemann, der aus seiner ersten Ehe eine weitere Tochter hat. Mit Ausnahme der Wahlperiode 1994/99, als die FDP bei den Kommunalwahlen an der 5-Prozent-Hürde scheitert, gehört Carola Möllemann-Appelhoff dem Rat der Stadt Münster seit 1979, jeweils, wie alle FDP-Mandatsträger im Stadtrat bisher, über die Reserveliste gewählt, an. Seit 1999 ist sie FDP-Fraktionsvorsitzende im Rat und Vorsitzende des Ausschusses für Liegenschaften, Wirtschaft und strategisches Flächenmanagement. 1999 und 2004 kandidiert sie bei der Wahl zur Oberbürgermeisterin, scheitert aber jeweils am CDU-Kandidaten.

Eigentlich will sich Carola Möllemann-Appelhoff nach dem Tod ihres Mannes aus der Parteipolitik zurückziehen, bleibt dann aber auf der kommunalpolitischen Ebene in Münster weiter aktiv. Hier setzt sie sich zum Beispiel für die Förderung von Kita-Plätzen und Ganztagschulen oder die Stärkung neuer kommunaler Finanzierungsmodelle, zum Beispiel der Teilprivatisierung der Stadtwerke, ein und prangert die steigende Pro-Kopf-Verschuldung in der Stadt an.⁹⁹ Sicherlich hätte Carola Möllemann-Appelhoff auch in der FDP-Bundespolitik Karriere machen können, aus persönlichen Gründen und zugunsten der Kommunalpolitik in Münster verzichtet sie aber hierauf.

Bei ihren politischen Gegnern im Rat ist sie wegen ihrer Scharfzüngigkeit, ihrer geschliffenen Rhetorik und ihrer knallharten Positionen genauso gefürchtet, wie sie aufgrund dieser Eigenschaften für ihre eigene Partei unverzichtbar ist.¹⁰⁰ Zu ihrem 60. Geburtstag zählt die Presse sie mit Blick auf ihre zurückliegenden kommunalpolitischen Jahre zu den einflussreichsten politischen Persönlichkeiten in Münster.¹⁰¹

⁹⁹ ntv, Möllemann-Witwe kandidiert, 23.9.2004, <https://www.n-tv.de/politik/Zuenglein-an-der-Waage-article82608.html>, Zugriff 19.6.2019.

¹⁰⁰ Münstersche Zeitung, Scharfzüngig, knallhart und humorvoll, 12.9.2009.

¹⁰¹ Westfälische Nachrichten, „Frauen wollen Beruf und Familie“, 12.9.2009.

Im Januar 2019 legt die inzwischen 69-Jährige Carola Möllemann-Appelhoff, nicht aus parteiinternen Gründen, wie sie betont, ihr Amt als Vorsitzende sowohl der FDP-Ratsfraktion als auch der Kreis-FDP nieder. Ihr Mandat im Stadtrat behält sie. *„Die Stabübergabe an den neuen Fraktionsvorsitzenden sei seit Jahren geplant“*, betont sie. Ihr Nachfolger, Jörg Berens, nennt die scheidende Fraktionsvorsitzende *„Das Gesicht der FDP Münsters“*.¹⁰²

Für Carola Möllemann-Appelhoff können hinsichtlich ihrer Typisierung ähnliche Aussagen wie bei Hildegard Graf getroffen werden. Sie entspricht in vielen Punkten einer typischen Ratsfrau zu ihrer Zeit. Vom Alter ist sie zwar jünger als der Durchschnitt, ist verheiratet, hat Kinder, eine akademische Ausbildung und ist nicht an einer über Münster hinausgehenden politischen Karriere interessiert. Auch sie besitzt politischen Durchsetzungswillen. Aber auch, und darin unterscheidet sie sich von Hildegard Graf, in ihrer Partei eine unangreifbare Position, die niemand versucht hat zu beschneiden oder in Frage zu stellen.

4.3.3 Marion TÜNS (SPD)

Die am 27. Dezember 1946 geborene Marion Tüns, gelernte Rechtsanwalts- und Notargehilfin, ist eine Kommunalpolitikerin der SPD in Münster. Sie ist verheiratet und hat drei Töchter. Zwischen 1984 und 1997 ist sie ununterbrochen Mitglied im Rat der Stadt Münster, von 1984 bis 1994 als direkt gewähltes Mitglied, von 1994 bis 1997 über die Reserveliste. Ihr politischer Schwerpunkt liegt anfangs in der Frauenpolitik. Sie ist Mitbegründerin der Initiative *„Mehr Frauen in den Rat“*. 1986 wird sie zur stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden und 1989, zusammen mit Hildegard Graf, zur ehrenamtlichen Bürgermeisterin gewählt.

Ihr Stadtratsmandat legt sie 1997 nieder, als gemäß der neuen Kommunalverfassung von Nordrhein-Westfalen die bisherige Doppelspitze aus Oberbürgermeister und Stadtdirektor abgeschafft wird und sie auch die Aufgaben des bisherigen Oberstadtdirektors, die Leitung der Stadtverwaltung, mit übernehmen muss. Marion Tüns ist zwischen 1994 und 1999 nicht nur die erste Oberbürgermeisterin von Münster, sondern in dieser Funktion auch die erste Amtsträgerin aus der SPD und die erste Person evangelischen Glaubens.

Ihre Wahl zur Oberbürgermeisterin 1994 verdankt Marion Tüns ihrer Nominierung zur Spitzenkandidatin durch die Münsteraner SPD und letztlich der neuen Mehrheit für SPD und GRÜNE im Rat. In ihre Amtszeit fallen wichtige und für die Stadt Münster nachhaltige Entscheidungen, wie zum Beispiel die, aus der Villa ten Hompel einen Geschichtsort zu machen, den Zwinger zum Mahnmal für die Opfer von Gewalt in Münster zu erklären, das Gewerbegebiet Loddenheide zu erschließen und die städtische Verkehrspolitik neu zu gestalten.

¹⁰² Westfälische Nachrichten, Stabübergabe mit Kettenreaktion, 16.1.2019.

Als Marion Tüns 1997 mit der Übernahme der Position der hauptamtlichen Oberbürgermeisterin auch die Aufgaben des bisherigen Oberstadtdirektors übernimmt, ändert sich ihre bisherige Stellung völlig. Neben öffentlichen Terminen, die sie gerne wahrnimmt und die sie ausfüllen, muss sie jetzt auch eine umfangreiche Verwaltungsarbeit erledigen. Diese Doppelbelastung zermürbt sie zunehmend, wie die Westfälischen Nachrichten rückblickend resümieren.¹⁰³ Sie übernimmt mit dieser Doppelfunktion immerhin ein zweites Amt, auf das sie vielleicht nicht vorbereitet ist und für das ihr eine entsprechende Ausbildung oder Berufserfahrung fehlen. Ihr Nachfolger, Dr. Berthold Tillmann, erkennt die Gefahr dieser Doppelbelastung und erweckt während seiner Amtszeit (1999 – 2009) erst gar nicht den Anschein einer Omnipräsenz.¹⁰⁴

Ihr Amt als Oberbürgermeisterin kann sie bei der Direktwahl 1999 nicht gegen den CDU-Kandidaten verteidigen, was aber nicht nur an der Person Marion Tüns gelegen haben muss. Denn bei der Kommunalwahl wird nicht nur die Oberbürgermeisterin abgewählt, sondern auch die rot-grüne Mehrheit im Stadtrat. Für die nächsten fünf Jahre kann die CDU mit einer absoluten Mehrheit regieren.

Nach dieser Wahlniederlage, bei der sie 21 Prozentpunkte weniger als ihr CDU-Kontrahent erhält, legt Marion Tüns alle Ämter nieder, zieht sich enttäuscht aus der Kommunalpolitik ins Privatleben zurück und ist seitdem Hausfrau. Ihren abrupten Rückzug aus der Öffentlichkeit begründet sie damit, dass sie sich eine Auszeit genommen habe, um Abstand zu gewinnen. Auf ihren radikalen Rückzug von der politischen Bühne reagieren viele Parteigenossen mit Unverständnis.¹⁰⁵

Ihre Wahlniederlage führt sie, neben dem Bundestrend, der seinerzeit gegen die SPD gerichtet ist, auch auf den cleveren Wahlkampf der CDU zurück, der u.a. mit einem Thema punktet, bei dem die rot-grüne Koalition aufgrund ihrer Verkehrspolitik in der abgelaufenen Wahlperiode aus Sicht der Wähler angreifbar ist. *„Ich konnte kommen wohin ich wollte, nach fünf Minuten wurde ich gefragt, warum es in der Innenstadt so wenige Parkplätze gibt“*.¹⁰⁶

Die Arbeit in der rot-grünen Koalition während ihrer Amtszeit bezeichnet sie rückblickend kritisch: *„Das war kein Lustgewinn“* sagt sie und fügt, fast schon entschuldigend schnell hinzu *„Die CDU war früher mit der FDP auch nicht glücklich“*.¹⁰⁷ Tief treffen sie Statements nach ihrer Abwahl, die aus ihrer Amtszeit nur ihre repräsentativen Fähigkeiten hervorheben, ihre Kompetenz als Verwaltungschefin aber bewusst verschweigen. Durch dieses Verhalten fühle

¹⁰³ Westfälische Nachrichten, Klaus Baumeister: 25 Jahre Münster, Frau – evangelisch – SPD-Mitglied, 10.7.2018.

¹⁰⁴ Westfälische Nachrichten, Klaus Baumeister: 25 Jahre Münster, Frau – evangelisch – SPD-Mitglied, 10.7.2018.

¹⁰⁵ Westfälische Nachrichten, Rückzug ins Privatleben, 15.9.1999.

¹⁰⁶ Westfälische Nachrichten, Klaus Baumeister: Ich habe mir diese Auszeit gegönnt, 4.1.2000.

¹⁰⁷ Westfälische Nachrichten, Klaus Baumeister: Ich habe mir diese Auszeit gegönnt, 4.1.2000.

sie sich, wie sie betont, zu Unrecht in Misskredit gebracht, zumal die Signale, die sie von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung bekommen habe, ganz anderer Natur gewesen seien.¹⁰⁸

Einmal noch engagiert sich Marion Tüns 2001/02 bei einem Bürgerbegehren mit Erfolg gegen die von CDU und FDP geplante Teilprivatisierung der Stadtwerke Münster öffentlich.¹⁰⁹

Auch Marion Tüns entspricht der obigen Typisierung in vielen Punkten. Sie hat zwar keine akademische Ausbildung und keine verwaltungstechnischen Erfahrungen, was ihre kommunalpolitische Karriere zwar umso bemerkenswerter macht, aber auch letztlich ein Grund für ihr Scheitern als Oberbürgermeisterin sein kann. Als erste Oberbürgermeisterin in Münster kann sie fast als tragische Figur bezeichnet werden. Von ihrem Naturell her offen, bürgernah und in ihrer Amtszeit durchaus politisch erfolgreich, reibt sie sich an der Doppelbelastung von Repräsentationspflichten einer Oberbürgermeisterin und den Aufgaben als Verwaltungschefin einer Großstadt auf. Ob ihr als Frau im höchsten kommunalen Amt der Stadt auch der Rückhalt ihrer Partei und der in den Spitzenämtern männerdominierten Verwaltung bei der Bewältigung ihrer schwierigen Aufgaben fehlt, bleibt Spekulationen überlassen. Marion Tüns lebt weiterhin in Münster.

4.3.4 Maria Klein-Schmeink (GRÜNE)

Maria Klein-Schmeink wird am 6. Januar 1958 in Dingden geboren, sie ist verheiratet, hat ein Kind und lebt in Münster. Von 1977 bis 1984 studiert sie Soziologie, Politikwissenschaft und Pädagogik an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster und schließt ihr Studium mit dem Magister in Soziologie ab. Nachdem Maria Klein-Schmeink schon während ihres Studiums ehrenamtlich für das Sozialpädagogische Bildungswerk Münster (Sobi) tätig ist, arbeitet sie nach dem Studium hauptamtlich in leitender Position für das Sobi. Sie ist in den Jahren 1986 bis 1988 am Aufbau der Einrichtung „cultur- und begegnungszentrum Achtermannstraße“ (c.u.b.a.) beteiligt. In den Jahren 2002 bis 2009 ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin für die GRÜNE-Landtagsfraktion NRW.

Seit 1986 engagiert sich Maria Klein-Schmeink bei den GRÜNEN in Münster, für die sie 1993 über die Reserveliste, wie die meisten GRÜNEN-Kandidaten,¹¹⁰ in den Rat der Stadt Münster

¹⁰⁸ Westfälische Nachrichten, Tief enttäusche: Marion Tüns tritt von allen Ämtern zurück, 14.9.1999.

¹⁰⁹ Siehe hierzu: www.wikipedia.org/wiki/Marion_Tüns, www.wn.de/2014/11/1796874-Das-erste-weibliche-Stadtoberhaupt, Zugriff vom 7.11.2018, Westfälische Nachrichten, Frau – evangelisch – SPD-Mitglied, 10. Juli 2018 und Arndts-Haupt, Martina, Frauenbilder, Geschichte(n) aus Münster, Münster 2007, S. 109.

¹¹⁰ Bisher haben in Münster nur folgende GRÜNEN-Kandidaten Direktmandate erringen können: Heribert Klas, 14. WP, WK 12, Anne-Maria Naegels, 16. WP, WK 8, Carsten Peters, 14. WP, WK 11 und Dr. Ludwig Schipmann, 15. WP, WK 9, aus: Korfmacher, Norbert, Die Mitglieder des Rates der Stadt Münster seit 1946, Münster 2015, www.abgeordneten.info, verschiedene Zugriffe.

gewählt wird. Sie ist dort Sprecherin für Gesundheitspolitik der GRÜNEN-Ratsfraktion. Bei der Wahl 2004 kandidiert sie für das Amt der Oberbürgermeisterin und erhält dabei 11,4 Prozent der Stimmen. Bei einer zweiten Kandidatur 2015 wird sie zwar erneut nicht gewählt, sie kann ihr Ergebnis aber auf beachtliche 20,8 Prozent erhöhen.

2009 wird Maria Klein-Schmeink über die Landesliste NRW für die GRÜNEN in den 17. Bundestag gewählt. In ihrem Wahlkreis Münster erhält sie dabei als Direktkandidatin 12,8 Prozent der Erststimmen. Sie ist im 17. Bundestag Mitglied im Gesundheitsausschuss und Sprecherin ihrer Fraktion für Prävention und Patientenrechte. Bei der Wahl zum 18. Bundestag wird sie erneut über die NRW-Landesliste der GRÜNEN gewählt. Dort ist sie seitdem gesundheitspolitische Sprecherin ihrer Fraktion.

Maria Klein-Schmeink ist ehrenamtliches Mitglied des Vorstandes der Aktion Psychisch Kranke e.V. in Bonn, stellvertretende Vorsitzende im Kuratorium Sport und Natur e.V. in München und Mitglied des Beirates der Stiftung Hospizarbeit Münster.¹¹¹

Obwohl die Typisierung auch auf Maria Klein-Schmeink in vielen Punkten zutrifft, unterscheidet sie sich in einem Punkt von den anderen Ratsfrauen – sie hat als eine der wenigen Ratsfrauen eine politische Karriere gemacht. Und die nicht nur durch ihre Wahl in den Bundestag, sondern schon vorher durch ihre zweimalige Nominierung bei den Wahlen zur Oberbürgermeisterin. Hierbei profitierte sie sicherlich auch von der *frauenfreundlichen* Grundeinstellung ihrer Partei, den GRÜNEN, aber genauso von ihrem politischen Fachwissen und ihrem Durchsetzungsvermögen. Insoweit scheint ihr Frau-Sein ihr nicht geschadet zu haben.

4.3.5 Helga Bennink (GRÜNE)

Helga Bennink wird am 15. Juli 1962 in Emlichheim geboren. Die studierte und verheiratete Geologin ist Ratsfrau seit 2002, jeweils über die Reserveliste gewählt. Am 30. August 2016 legt sie ihr Ratsmandat nieder.

Helga Bennink wird 2014 zur GRÜNEN-Fraktionsvorsitzenden im Rat gewählt. Sie hat dieses Amt nur acht Monate bis 2015 inne und gibt es dann an ihren Fraktionskollegen, den bisher stellvertretenden, aber gleichberechtigten Fraktionssprecher, Otto Reiners, ab. Den Fraktionsvorsitz legt Helga Bennink, wie sie erklärt, aus beruflichen und persönlichen Gründen nieder. Eine neue berufliche Herausforderung, die sie bei der Stadt Wuppertal übernommen habe, sei bei ihrer Übernahme des Fraktionsvorsitzes der GRÜNEN im Rat nicht vorhersehbar gewesen, betont sie. „*Es ist unbefriedigend, wenn man das Gefühl hat, der Fraktion nicht ge-*

¹¹¹ www.gruene-bundestag.de/abgeordnete/maria-klein-schmeink, Zugriff vom 30.10.2018 und www.wikipedia.org/wiki/Maria_Klein_schmeink, Zugriff vom 6.2.2019.

recht zu werden“, begründet Helga Bennink ihren Verzicht auf den Fraktionsvorsitz. In Ratskreisen wird aber aufmerksam registriert, dass schon bei den Gesprächen über eine Zusammenarbeit mit der SPD im Rat oder den Verhandlungen über den Haushalt der Stadt Münster andere, unter anderem ihr Nachfolger als Fraktionsvorsitzender, das große Wort führen.¹¹²

Zu ihren Schwerpunkten im Rat gehören Stadtplanung, Stadtentwicklung und Wohnen. Sie ist seit 2014 stellvertretende Vorsitzende im Aufsichtsrat sowohl der Wohn+Stadtbau GmbH als auch der Wohnungsgesellschaft Große Lodden mbH. Nach ihrem Ausscheiden aus dem Rat der Stadt Münster gibt sie auch diese Funktionen ab.

Über die Beweggründe von Helga Bennink, erst den Fraktionsvorsitz und einige Zeit später auch ihr Ratsmandat und ihre Funktion bei der Wohn+Stadtbau nieder zu legen, kann an dieser Stelle nur spekuliert werden. Sicher scheint, folgt man der Berichterstattung in der Presse, aber zu sein, dass nicht nur berufliche Gründe für diesen Schritt ausschlaggebend sind, sondern persönliche Gründe, sprich Differenzen innerhalb der GRÜNEN-Ratsfraktion, eine Rolle gespielt haben.

Helga Bennink entspricht den obigen Typisierungen. Sie zieht mit 40 Jahren in den Rat ein, ist verheiratet und Akademikerin. Aber im Unterschied zu Maria Klein-Schmeink, die ja ebenfalls wie sie den *frauenfreundlichen* GRÜNEN angehört, macht sie nicht nur keine überregionale politische Karriere, die sie vielleicht auch nie angestrebt hat, sondern sie verzichtet auch auf eine kommunalpolitische Karriere. Aufgrund der Quellenlage lässt sich nicht mit Sicherheit sagen, dass sie in dieser Situation parteipolitisches *Opfer* ihres Frau-Seins geworden ist. Denn es muss hierbei auch berücksichtigt werden, dass persönliche oder innerparteiliche Differenzen auch etwas mit unterschiedlichen politischen Ansichten, mit Sympathien und Antipathien oder mit bestimmten Charaktereigenschaften zu tun haben und können, die nicht automatisch auf das Geschlecht der Person zurückzuführen sind. Zudem mag ihre neue berufliche Belastung hier tatsächlich, wie von ihr gesagt, die entscheidende Rolle gespielt haben.

4.3.6 Sybille Benning (CDU)

Sybille Benning wird am 8. Januar 1961 in Münster geboren. Sie ist verheiratet und hat vier Kinder. Nach dem Abitur absolviert sie eine Lehre im Garten- und Landschaftsbau. Von 1982 bis 1986 studiert sie an der Fachhochschule Weihenstephan Landschaftspflege und schließt dieses Studium als Diplom-Ingenieurin ab. Es folgt ein Studium der Geographie (Landschaftsökologie) an der Westfälischen Wilhelms-Universität, das sie als Diplom-Geographin beendet. Nach dem Studium folgt eine freiberufliche Tätigkeit als Landschaftspflegerin und

¹¹² Westfälische Nachrichten, Otto Reiners soll neuer Fraktionschef werden, 25.1.2015.

Freiraumplanerin im mittelständischen Familienunternehmen Benning-Landschaftsbau GmbH in Münster, das sie gemeinsam mit ihrem Ehemann führt.

Sybille Benning ist seit 2001 Mitglied in der CDU und zwischen 2004 und 2013 direkt gewähltes Mitglied im Rat der Stadt Münster. In der Münsteraner CDU steigt sie schnell auf. Neben Sachwissen und politischem Engagement verfügt die Ur-Münsteranerin dank ihrer zahlreichen ehrenamtlichen Engagements und Mitgliedschaften über eine gute Vernetzung in der Stadt. Diese Eigenschaften verhelfen ihr zu Akzeptanz in ihrer Partei und prädestinieren sie nicht nur für eine kommunalpolitische, sondern, wie sich später herausstellen wird, auch für eine bundespolitische Karriere. Im Rat ist sie zwischen 2004 und 2012 stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU und von 2008 bis 2013 zusätzlich planungspolitische Sprecherin der CDU-Ratsfraktion.

Sie wird die erste Frau, die der christdemokratische Stadtverband Münster für ein Direktmandat in einen Bundestagswahlkampf schickt, nachdem sie sich im November 2012 gegen vier Mitbewerber bei einer CDU-internen Nominierung durchgesetzt hat. Sybille Benning ist das Gesicht der CDU in Münster geworden. Sie setzt sich u.a. für bessere Kinderbetreuung und für das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare ein. Nach der Wahl soll sie die Nachfolge von Ruprecht Polenz antreten, der sich aus Altersgründen nicht mehr zur Wahl stellt. Dieser hat 2009 das Direktmandat im Wahlkreis Münster für die CDU zurückgewonnen, nachdem Christoph Strässer es 2005 für die SPD gewonnen hat.¹¹³

Bei der Bundestagswahl 2013 wird Sybille Benning mit 38,8 Prozent der Erststimmen in den Bundestag gewählt und hat dieses Mandat bis heute (Sommer 2019) inne. Im Bundestag ist sie stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Darüber hinaus ist sie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Sie gehört dem Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates an. Sybille Benning ist eine der 75 Unionabgeordneten, die im Juli 2017 für die gleichgeschlechtliche Ehe gestimmt haben.

Sybille Benning engagiert sich auch nach ihrer Wahl in den Bundestag weiterhin in vielen Bereichen ehrenamtlich, so bei der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands, in der Frauen Union, die in Münster auch ihre Kandidatur für die Bundestagswahl unterstützt, im Zooverein Münster, der Technologieförderung Münster, in mehreren Umweltvereinigungen und vielen weiteren Institutionen.¹¹⁴

¹¹³ Siehe hierzu: www.cicero.de/innenpolitik/muenster-stadt-des-leisen-lagerwahlkampf, Zugriff vom 30.5.2019.

¹¹⁴ Deutscher Bundestag, Biographien Abgeordnete, www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/B/benning_sybille-518308, Zugriff vom 11.6.2019.

Auch auf Sybille Benning treffen viele der Typisierungsmerkmale zu. Aber wie Maria Klein-Schmeink, und darin unterscheidet sie sich von anderen Ratsfrauen, hat auch sie mit der Wahl in den Bundestag eine politische Karriere gemacht. Hierbei hat ihr sicherlich nicht nur ihr Sachwissen geholfen, das sie schon während ihrer Zeit im Rat von Münster auszeichnet, sondern auch ihr politisches Durchsetzungsvermögen und Ansehen in ihrer männerdominierten Partei. Sybille Benning scheint ihr Frau-Sein politisch nicht geschadet zu haben.

Wie oben erwähnt, handelt es sich bei den in Kurzportraits vorgestellten Ratsfrauen nur um eine Auswahl nach den dort genannten Kriterien. Natürlich stachen und stechen weitere Ratsfrauen in der bisher über 70jährigen Nachkriegsgeschichte des Stadtrates von Münster besonders hervor und würden auch eine besondere Erwähnung verdienen. Zu nennen wären hier zum Beispiel Berta Hüffer und Dr. Idamarie Soltmann, die 1946 in den ersten Stadtrat gewählt werden. Oder Hermine Braun, die dem Stadtrat zwischen 1952 und 1969 über vier Wahlperioden in schwierigen Zeiten angehört. Auch die Juristin Johanne Walhorn, die zwischen 1963 und 1975 dem Rat angehört, würde eine besondere Erwähnung verdienen. Diese Frauen haben die kommunale Nachkriegspolitik in Münster in einer Zeit, als Frauen in der politischen Landschaft als *Exoten* galten, mit gestaltet und beeinflusst. Auch Frauen in jüngeren Zeiten, wie Karin Reismann und Wendela-Beate Vilhjalmsson, die über mehrere Wahlperioden, neben ihrem Stadtratsmandat, auch noch als stellvertretende Bürgermeisterinnen zur Verfügung stehen, verdienen hier eine besondere Erwähnung.

Festgehalten werden soll an dieser Stelle aber, dass eigentlich alle Frauen, die sich für ein kommunalpolitisches Ehrenamt zur Verfügung stellen, hier eine besondere Hervorhebung verdienen würden.

4.4 Gleichstellung erreicht?

Dieser Abschnitt gibt eine Antwort auf die zentrale Fragestellung dieser Untersuchung. In Kapitel 3 und den bisherigen Ausführungen in Kapitel 4 sind die Grundlagen dafür geschaffen worden, um sich auf einer fundierten Basis der Frage annehmen zu können, ob es im Rat der Stadt Münster eine Gleichstellung von Frauen und Männern in der Vergangenheit schon gegeben hat und auch heute noch gibt, oder ob das Gleichstellungsziel nicht oder noch nicht erreicht worden ist.

Dass die Begriffe *Gleichstellung* und *Gleichberechtigung* eine unterschiedliche Bedeutung haben, ist bereits eingangs erläutert worden. Sieht man sich die statistischen Ergebnisse für die Stadt Münster in Kapitel 3. an, kann ohne weiteres festgestellt werden, dass diese reinen Zahlen, verglichen mit der Repräsentanz der Frauen auf der kommunalpolitischen Bühne in Münster, deutlich zeigen, dass im Stadtrat von Münster das Gleichstellungsziel zwischen den Geschlechtern weder in der Vergangenheit erreicht wurde noch aktuell erreicht wird.

Die Gründe hierfür sind, wie im bisherigen Kapitel 4 dargelegt worden ist, vielfältig. Noch immer müssen insbesondere jüngere Ratsfrauen, egal welcher Partei sie angehören, in den meisten Fällen, und hier unterscheiden sie sich von den meisten ihrer männlichen Kollegen, ein Ratsmandat mit beruflichen und insbesondere familiären Erfordernissen, wozu auch Pflege-, Erziehungs- und Betreuungsarbeit gehört, *unter einen Hut* bringen. Diese Feststellung deckt sich auch mit den Erkenntnissen über das Alter, die Berufe und die sozialen Umfelder der Ratsfrauen, wie aus 4.3 zu ersehen ist. Auch die EAF-Studie und der Erfahrungsbericht von Dr. Didem Ozan bestätigen grundsätzlich diese Feststellung.

Dass eine Gleichstellung von Frauen im Rat der Stadt Münster bisher nicht erreicht wurde, zeigt sich auch an der relativ geringen Anzahl von besonderen Positionen und Ämtern, die Frauen im Rat besetzt haben und besetzen. In den über 70 Jahren seit 1946 gibt es nur eine Oberbürgermeisterin, nur sechs stellvertretende Bürgermeisterinnen und nur vier Frauen als Fraktionsvorsitzende. Im Haupt- und Finanzausschuss, in dem wichtige politische Entscheidungen getroffen oder vorbereitet werden, sind Ratsfrauen unterrepräsentiert und in den übrigen Ausschüssen sieht es allein auf Grund der geringeren Anzahl von Mandatsträgerinnen nicht viel besser aus.

Und dass Politik ganz allgemein immer noch eine *Männerdomäne* ist, hat nicht nur Richard von Weizsäcker in seiner Parteienkritik erkannt, sondern das haben auch die bisherigen Ausführungen gezeigt. In unserem Fall trifft diese Behauptung auch auf die Kommunalverwaltungen zu. So hat es in Münster, so lange es dieses Amt noch gab, nie eine Oberstadtdirektorin gegeben, und ob es je wieder eine Oberbürgermeisterin in Münster geben wird, steht in den Sternen. Wie schwer es eine Frau unter diesen Umständen hat, ein kommunalpolitisches Spitzenamt auszufüllen, zeigt das Beispiel von Marion Tüns (siehe hierzu 4.3.3). Aber nicht nur Inhaberinnen von Spitzenämtern sind hiervon betroffen, sondern auch die ehrenamtlich tätigen Ratsfrauen. Sie sahen und sehen sich nicht nur dem Zwang gegenüber, berufliche und familiäre Erfordernisse mit ihrem Ehrenamt zu vereinbaren, sondern waren und sind, wie etwa das Beispiel von Hildegard Graf zeigt, auch oft die *Leidtragenden* von *Männerdominanz* und parteipolitischen und parteiinternen Interessen.

Die Ratsfrauen in Münster sind, wenn sie ein kommunales Mandat übernehmen, in der Mehrzahl überdurchschnittlich gut ausgebildet, sind durch ehrenamtliche *Vorkenntnisse* gut motiviert und vorgebildet und es gibt keine plausiblen Gründe, die dafür sprechen würden, dass Frauen unter gleichen Voraussetzungen schlechtere Arbeit im Rat leisten würden als ihre männlichen Kollegen. Dies beweisen die Frauen, die bisher kommunalpolitische Spitzenämter inne haben, wie zum Beispiel Hildegard Graf, Carola Möllemann-Appelhoff und auch Marion Tüns. Wenn bei den Ratsfrauen überhaupt von einem Scheitern gesprochen werden kann, dann in Bezug auf ihre allgemeine Unterrepräsentanz, besonders was die Besetzung von kommunalpolitischen Spitzenämtern betrifft. Obwohl es auch Frauen gegeben haben mag und gibt, die, genauso wie allerdings Männer auch, an ihren Fähigkeiten scheitern bzw. an ihren

Möglichkeiten, die sie nicht für Spitzenämter prädestinieren, bleibt doch festzustellen, dass durch ein immer noch männerorientiertes System vielen Frauen zusätzliche Steine in den Weg gelegt werden.

Aber, obwohl dies nicht wirklich ein Trost für die Ratsfrauen sein kann, diese Situation betraf und betrifft nicht nur den Stadtrat in Münster, sondern die gesamte politische Landschaft in Deutschland.

5. Zusammenfassung und Ergebnisse

Zum Abschluss dieser Arbeit sollen deren Ergebnisse zusammengefasst, die eingangs gestellten Fragen beantwortet und ein Ausblick versucht werden, wobei sich die Zusammenfassung nicht nur auf die Entwicklung im Rat der Stadt Münster beziehen kann, sie muss auch die deutschlandweite frauenpolitische Entwicklung berücksichtigen.

Der Weg, den die Frauen mit dem Ziel zurückgelegt haben, nicht nur für sich eine Gleichberechtigung in Gesellschaft und Politik zu erreichen, sondern auch eine Gleichstellung, war ein sehr langer und beschwerlicher, und er ist, wie es aussieht, noch nicht zu Ende, obwohl mehr als die Hälfte der Bevölkerung Frauen sind. Erst seit 1919 haben Frauen in Deutschland das Recht, bei politischen Abstimmungen zu wählen und auch gewählt zu werden. In Artikel 3 des Grundgesetzes von 1949 ist die Gleichberechtigung von Männern und Frauen festgeschrieben und in einer Erweiterung von 1994 wird der Staat verpflichtet, für diese Gleichberechtigung Sorge zu tragen. Aber über viele Jahre bleibt die Politik eine Männerdomäne, ja es scheint fast so, als ob dies ein *Naturgesetz* wäre.

Die Entwicklung ab den 1980er Jahre hat, jedenfalls was den Anteil der Frauen in den Parlamenten betrifft, gezeigt, dass das Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Entscheidungsträgern in der Politik veränderbar ist. Sicherlich begünstigt durch die Beschlüsse der GRÜNEN und der SPD zur Frauenquote steigt der Anteil der Mandatsträgerinnen im Bundestag 1987 auf über 15 Prozent, entwickelt sich auf über 26 Prozent in 1994 und erreicht mit mehr als 36 Prozent in 2013 seinen bisherigen Höhepunkt. Im aktuellen Bundestag ist er auf 30,7 Prozent zurückgegangen, was bei steigenden Anteilen bei den GRÜNEN auf deutlich über 50 Prozent, der SPD auf über 40 Prozent und der LINKEN auch auf über 50 Prozent auf rückläufige Anteile bei der CDU und der FDP zurückgeführt werden kann. Aktuell liegt der Frauenanteil unter den Abgeordneten bei den GRÜNEN, den LINKEN und der SPD deutlich über dem Frauenanteil der jeweiligen Parteimitglieder, bei der FDP nahezu gleichauf und bei der CDU/CSU und der AfD darunter.¹¹⁵

¹¹⁵ www.wikipedia.org/wiki/Frauenanteil_im_Deutschen_Bundestag, Zugriff vom 10.11.2018.

Eine dem Bundestag nicht unähnliche Entwicklung hat auch der Frauenanteil im Rat der Stadt Münster genommen, wenn auch einige Jahre früher beginnend. Bei der Wahl 1979 beträgt der Frauenanteil über 16 Prozent, steigt 1984 auf fast 27 Prozent an und erreicht 1999 seinen bisherigen Höhepunkt mit fast 44 Prozent. Der aktuelle Anteil beträgt 34 Prozent. Auch die parteispezifischen Gründe für diese Entwicklung sind weitgehend identisch mit denen im Bundestag.

5.1 Beantwortung der eingangs gestellten Fragen

Die bisherigen Ausführungen sollten unter anderem dazu führen, die eingangs formulierten Fragen zu beantworten.

Wie hat sich der Anteil von Frauen im Rat der Stadt Münster seit 1946 entwickelt?

Diese Frage kann mit den Ergebnissen der statistischen Erhebungen unter 3.3.3 beantwortet werden. Der Anteil der weiblichen Ratsmitglieder hat sich seit 1946 stetig von Wahlperiode zu Wahlperiode erhöht. Sind bei der ersten Wahl 1946 nur zwei Frauen im Rat der Stadt Münster vertreten, erhöht sich dieser Anteil bis 1975 mit einem über die Jahre moderaten Anstieg auf 8 Frauen und steigt in den nächsten Wahlperioden weiter an. 1994, in dem Jahr wird Marion Tüns zur Oberbürgermeisterin gewählt, sind im Rat 24 Frauen. Der bisherige Höchststand von 32 Mandatsträgerinnen wird in den Jahren 2004 und 2009 erreicht. Bei der letzten Wahl werden 25 Frauen in den Rat gewählt. Entsprechend sieht der prozentuale Anteil der Frauen aus. 1946 beträgt er 6,5 Prozent, steigt über 12 Prozent in 1975 auf 36 Prozent in 1994 und erreicht seinen bisherigen Höchststand 1999, 2004 und 2009 mit über 40 Prozent. Der aktuelle Anteil liegt bei circa 35 Prozent.

Wie verteilt sich dieser Anteil auf die politischen Parteien?

Auch diese Frage kann aus den Ergebnissen der statistischen Erhebungen unter 3.3.3 beantwortet werden. Die Frauenquote im Rat der Stadt Münster wird durch den Einzug der GRÜNEN stark beeinflusst. Mit ihrem 1984 vereinbarten Beschluss, dass 50 Prozent aller Mandate Frauen zustehen und durch die Wahlerfolge der GRÜNEN erhöht sich der Frauenanteil im Rat deutlich. Der Parteibeschluss wird in Münsters Rat umgesetzt. Eine weitere Erhöhung erfährt die Frauenquote nach dem 1988 gefassten SPD-Beschluss auf dem Parteitag in Münster. Die beschlossenen 40 Prozent Frauenanteil werden von der SPD im Rat ebenfalls umgesetzt. Während SPD und GRÜNE ihren Frauenanteil nach 1984/1988 halten, geht dieser bei der CDU nach Spitzenwerten in 1999 und 2004 wieder deutlich zurück. Der Frauenanteil bei der FDP ist, bis auf zwei Ausreißer über die Jahre konstant.

Welche herausgehobenen Ämter hatten/haben Frauen im Rat der Stadt Münster inne?

Die Antwort auf diese Frage ergibt sich aus den Ausführungen unter 3.4. Dort werden als besondere Ämter das der Oberbürgermeisterin, der stellvertretenden Bürgermeisterin, der Fraktionsvorsitzenden und der Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses genannt.

Mit Marion Tüns wird 1994 die erste und bis heute einzige Frau in Münster zur **Oberbürgermeisterin** gewählt. Alle weiteren Frauen, die für dieses Amt kandidiert haben, so Marion Tüns 1989, Carola Möllemann-Appelhoff 1999 und 2004 und Maria Klein-Schmeink 2004 und 2015 scheiterten bei der Wahl, wenn auch oft mit einem beachtlichen Stimmenanteil.

Bei den Wahlen zu **stellvertretenden Bürgermeistern** dauert es bis 1989, ehe die ersten Frauen mit Marion Tüns, SPD und Hildegard Graf, CDU dieses Amt bekleiden können; beide für eine Wahlperiode. Barbara Schlemann ist bisher die einzige GRÜNE-Abgeordnete in diesem Amt; sie wird 1994 für eine Wahlperiode gewählt. Die CDU stellt mit Marie-Theres Kastner (1995 und 1999), Karin Reismann (1999, 2004, 2009 und 2014) und die SPD mit Wendela-Beate Vilhjalmsson (2004, 2009 und 2014) weitere stellvertretende Bürgermeisterinnen.

Die wichtigste Funktion in einer **Fraktion** im Rat ist deren **Vorsitz**. 1979 übernimmt mit Hildegard Graf, CDU, erstmals eine Frau diese Funktion. 1999 wird Frau Carola Möllemann-Appelhoff FDP-Fraktionsvorsitzende. 2009 wird Frau Iris Toulas zur Fraktionsvorsitzenden der LINKEN gewählt. 2014 wird Frau Helga Bennink zur GRÜNEN-Fraktionsvorsitzenden gewählt.

Im bedeutenden **Hauptausschuss** sind Frauen erst nach der Wahl 1956 vertreten, als mit Hermine Braun (CDU) die erste Frau in den damals aus 14 Mitgliedern bestehenden Hauptausschuss gewählt wird. Dies ändert aber in den darauf folgenden Wahlperioden mit dem zunehmenden Anteil der Frauen im Rat. Mit Hildegard Graf wird die erste Frau 1972 sogar Vorsitzende dieses Ausschusses.

Aber, und diese Aussage kann eindeutig getroffen werden, oft sind es nur einzelne Frauen, denen es gelingt, wenn auch oft nur für eine begrenzte Zeit, im Rat besondere Akzente zu setzen. Marion Tüns, Hildegard Graf und Carola Möllemann-Appelhoff sind hierfür Beispiele. Die meisten anderen Ratsfrauen, ob gewollt oder nicht, *tauchen unter in der Anonymität*.

Auf welchen Gebieten lagen/liegen die Arbeitsschwerpunkte von Frauen im Rat der Stadt Münster?

Der Schwerpunkt der Arbeit von Mandatsträgern liegt in den Ausschüssen, denen sie angehören. Die Mitgliedschaft von Frauen in den **weiteren Ausschüssen** des Rats hat sich seit 1946

stark verändert. Arbeiten Frauen in den ersten Wahlperioden überwiegend in sozialen Ausschüssen wie Kultur, Schule, Fürsorge, Wohnung, Gesundheit oder Sport mit, ändert sich dies nach den nächsten Wahlperioden immer mehr. Frauen werden nach und nach in alle Ausschüsse gewählt, in einigen Fällen werden sie auch Vorsitzende von Ausschüssen.

Vielleicht noch mehr als ihre männlichen Kollegen legen die Frauen bei ihrer Arbeit im Rat Wert auf Bürgernähe. In vielen Fällen drückt sich das darin aus, dass sie ehrenamtliche Tätigkeiten, die sie vor ihrer Wahl in den Rat ausgeübt haben, nach ihrer Wahl weiterhin ausüben und ihre Erfahrungen, die sie hier gesammelt haben, in ihre Arbeit im Rat einbringen.

Was veranlasst Frauen, sich in der Kommunalpolitik in Münster zu engagieren?

Was bewegt(e) Frauen in Münster, in die Kommunalpolitik einzusteigen? Tun sie dies aus finanziellen Gründen? Streben sie eine politische Karriere an? Oder werden sie von ganz anderen Beweggründen geleitet? Antworten auf diese Fragen können die Ausführungen in Kapitel 4 liefern.

Das Mandat einer Stadträtin oder eines Stadtrats ist ein Ehrenamt und die Mandatsträger erhalten Sitzungsgelder, die in Städten zwischen 150.001 und 450.000 Einwohnern, hierunter fällt auch Münster, 256,00 €/Monat betragen (Fraktionsvorsitzende erhalten das Doppelte). Hinzu kommen nachzuweisende Aufwandsentschädigungen. Beide Einnahmen sind zwar steuerfrei, aber finanzielle Aspekte scheiden bei den Beweggründen für die Übernahme dieses Ehrenamtes wohl aus.¹¹⁶

Der Beweggrund, politisch Karriere machen zu wollen, kann auch für die Ratsfrauen in Münster klar beantwortet werden. Eines der Ergebnisse der EAF-Studie ist, dass nur vier Prozent der befragten Ratsfrauen eine politische Karriere anstreben. Dies deckt sich auch mit den Erfahrungen bei den Ratsfrauen in Münster. Lediglich vier Ratsfrauen sind aus dem Rat in höhere Mandate aufgestiegen, haben also vermeintlich Karriere gemacht. Dr. Renate Düttmann-Braun und Marie-Theres Kastner im Landtag von Nordrhein-Westfalen und Sybille Benning und Maria Klein-Schmeink im Bundestag. Auch Karrieregründe scheinen also als Beweggründe für die meisten Ratsfrauen auszuschneiden.

Bleiben als Antwort auf die oben gestellte Frage nur die *ganz anderen Beweggründe*. Bei der Durchsicht der Ausführungen in Kapitel 4 fällt ein Umstand auf, der für fast alle späteren Ratsfrauen in Münster zutrifft: Das ehrenamtliche Engagement schon vor der Übernahme eines kommunalpolitischen Mandats in Vereinen oder Initiativen. Die EAF-Studie nennt hier einen

¹¹⁶ www.smartsteuer.de, Zugriff vom 11.2.2019.

Anteil von 86 Prozent. Auch Dr. Didem Ozan stellt fest: „*Ohne Ehrenämter geht in den Kommunen nichts*“. Als Beweggrund für ihre Kandidatur für ein Stadtratsmandat nennt sie, dass „*sie schon immer etwas Sinnvolles tun wollte, auch für die Umwelt, solidarisch mit anderen Frauen sein*“. Auch diese Aussage deckt sich mit den Ergebnissen der EAF-Studie, wonach „*Kommunalpolitikerinnen etwas für die anderen und für sich selbst tun wollen. 80 Prozent wollen mitgestalten und schätzen die Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern*“.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die meisten Frauen, die sich kommunalpolitisch engagieren, dieses Ehrenamt als Fortsetzung vorheriger ehrenamtlicher Tätigkeiten sehen. Wichtig ist aber, fast schon Voraussetzung, dass sie sich hierbei in einem beruflichen und familiären Umfeld bewegen, das diese ehrenamtliche Tätigkeit trägt und unterstützt.

Gibt es eine Gleichstellung von Frauen im Rat der Stadt Münster und wie hat sich diese seit 1946 entwickelt?

Unter Gliederungspunkt 4.4 wird die Frage nach einer Gleichstellung von Frauen im Rat der Stadt Münster klar mit Nein beantwortet. Wenn bis heute nicht einmal die grundgesetzliche vorgeschriebene *Gleichberechtigung* von Frauen in vielen Bereichen erreicht ist, verwundert es nicht, dass von einer Gleichstellung erst recht nicht gesprochen werden kann. Von einer tatsächlichen Quote und erst recht von Parität, ist man heute noch weit entfernt. Im Gegenteil dominieren, wie die bisherigen Ausführungen gezeigt haben, in vielen gesellschaftlichen und auch politischen Bereichen noch immer die *Anzugs- und Schlipsträger!*

Nach Rückgängen bei der Frauenquote nach den letzten Wahlen wird es nun wichtig sein zu sehen, wie sich der Frauenanteil nach der nächsten Kommunalwahl 2020 entwickeln wird. Eine Gleichberechtigung und eine Gleichstellung von Frauen – oder sogar eine Parität – kann nur erreicht werden, wenn die Männer, die heute auf den entscheidenden politischen Ebenen immer noch das Sagen haben, ernsthaft bereit sind, ihren Kolleginnen eine wirkliche Chance zu geben.

5.2 Ausblick und Dank

Wenn man nach der reinen Besetzung der Spitzenämter urteilt, haben die Frauen die politische Landschaft in Deutschland in den letzten Jahrzehnten verändert. Seit 2005 hat Deutschland mit Angela Merkel eine Frau als Bundeskanzlerin, die von 2000 bis 2018 auch CDU-Vorsitzende war. In allen Parteien, mit Ausnahme der AfD, besetzen Frauen inzwischen in der Bundespolitik Führungspositionen, sei es als Parteivorsitzende, als Generalsekretärin oder als Fraktionsvorsitzende. Also alles in Ordnung mit der Gleichstellung von Frauen - könnte man im ersten Blick auf diese Situation sagen. Aber so einfach ist das nicht. Die Entwicklung nach

der letzten Bundestagswahl hat gezeigt, dass der Anteil der Frauen als Abgeordnete im Bundesparlament zurückgegangen ist. An den absoluten Zahlen gemessen, sieht die Situation im Rat der Stadt Münster ähnlich aus. Aber nur auf den ersten Blick, denn die Rückgänge bei den Frauenmandaten betreffen im Wesentlichen die CDU und die FDP, Parteien also, die in Bezug auf die Frauenquote und auf eine Gleichstellung von Frauen noch *zögerlich* sind. Die nächsten Wahlen, zum Bundestag im Jahr 2021 und für die Stadtparlamente im Jahr 2020 werden zeigen, ob die Rückgänge bei den Frauenmandaten der letzten Wahlen nur ein *Ausrutscher* waren und wie es mit der Gleichstellung von Frauen weiter gehen wird.

Eine Untersuchung wie diese ist ohne kompetente Hilfe nicht möglich. Deshalb möchte ich mich bei allen bedanken, die an der Realisierung dieses Projektes Anteil hatten. Herrn Holger Wigger für seine grundsätzlichen Empfehlungen und Frau Martina Arndts-Haupt, Leiterin des Amts für Gleichstellung der Stadt Münster und Herrn Jürgen Kupferschmidt, Leiter des Amts für Bürger- und Ratservice für ihre Gesprächsbereitschaft. Dank gilt auch den Mitarbeiter(innen) des Stadtarchivs und von IT.NRW für ihre Hilfe bei der Recherchearbeit. Nicht zuletzt danke ich den anderen Teilnehmer(innen) des Seminars Forschendes Lernen, und hier insbesondere der Seminarleiterin, Frau Dr. Veronika Jüttemann. Sie haben im Verlauf des Forschungsprojektes über vier Semester hinweg immer wieder sowohl mit kritischen als auch mit aufmunternden Beiträgen geholfen. Ohne ihre Mitarbeit und Hilfe wäre diese Arbeit nicht möglich gewesen.

6. Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Quellen

Archivalien:

Stadtarchiv Münster

- Druckschriften 8 und 266.
- Statistische Berichte der Stadt Münster.
- Ratsprotokolle der Jahre 1946, 1948, 1952, 1956, 1961, 1964, 1969, 1975, 1979, 1984, 1986, 1989, 1994, 1999, 2004, 2009, 2014 (alle ohne Signatur).
- Adressbücher Stadt Münster, Dok-Adressbuch Nr. 57 - 60.
- Amt für Statistik, Amt 12 Nr. 8 Bd. 1.1, Bd. 1.2, Bd. 2.
- Pers. Slg. (ohne Signatur).

Gedruckte Quellen:

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg):, Studie zu: Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen, Berlin 2014.

Münstersche Zeitung

- Nachruf der CDU Münster, 5.1.2000.
- Scharfzüngig, knallhart und humorvoll, 12.9.2009.

Der Spiegel

- Frauenarbeit, Reiner Zufall, 14.9.1981.

Süddeutsche Zeitung

- Sogar die CSU ist weiter als die FDP, 18.4.2018.

Westfälische Nachrichten (sortiert nach Erscheinungsdatum):

- Haushalt 1982 zum zweiten Mal gescheitert, 3.2.1982.
- Botschafterin mit großer Kompetenz, 4.11.1989.
- Rückzug ins Privatleben, 15.9.1999.
- Vier Jahrzehnte Einsatz für die Stadt und ihre Menschen, 3.1.2000.
- Klaus Baumeister, Ich habe mir diese Auszeit gegönnt, 4.1.2000.
- „Frauen wollen Beruf und Familie“, 12.9.2009.
- Otto Reiners soll neuer Fraktionschef werden, 25.1.2015.

- Die erste freie Wahl seit 1933, Rubrik: Münster 1946, 08.09.2016.
- Münster rangiert auf Platz zehn, 29.3.2018.
- Die FDP muss weiblicher werden, 4.4.2018.
- Baumeister Klaus: 25 Jahre Münster: Frau – evangelisch – SPD-Mitglied, 10.7.2018.
- Professorinnen bleiben Minderheit, 19.12.2018.
- Frauenanteil wächst nur langsam, 22.12.2018.
- Frauenbüro wird Gleichstellungsamt, 2.3.2019.
- Stabübergabe mit Kettenreaktion, 16.1.2019.
- Wie kann man das Image aufpolieren?, 30.4.2019.

Quellen im Internet:

Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen (IT.NRW), Ref. 541 Zentrale statistische Information und Beratung:

- <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online?language=de&sequenz=tabelleErgebnis&selectionname=14411-01ir®ionalmerkmal=KREISE®ionalschluesel=05515>, Zugriff vom 21.11.2018.
- <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online?language=de&sequenz=tabelleErgebnis&selectionname=12411-02ir®ionalmerkmal=KREISE®ionalschluesel=05515>, Zugriff vom 21.11.2018.
- <https://www.landesdatenbank.nrw.de/ldbnrw/online?language=de&sequenz=tabelleErgebnis&selectionname=12410-00ir®ionalmerkmal=KREISE®ionalschluesel=05515>, Zugriff vom 21.11.2018.

Sonstige Quellen im Netz (alphabetisch sortiert)

- Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1994, Teil I, Nr. 39 vom 30.06.1994, www.bgbl.de/xaver/bgbl/st, Zugriff vom 23.12.2018.
- Quoten nutzen nur dummen, faulen, hässlichen Frauen, 3.12.2018, www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-abgeordneter-merz, Zugriff vom 7.1.2019.
- Golod, Vassili, WDR, 30.08.2018, www.tagesschau.de/inland/frauquote-159.html, Zugriff vom 7.1.2019.
- Kolosowa, Wlada, Ehrenamt – Die Welt geht mich wieder etwas an, ZEIT Campus, 5.10.2016, www.zeit.de/campus/2016-09/ehrenamt, Zugriff vom 2.1.2019.
- Korfmacher, Norbert, Die Mitglieder des Rates der Stadt Münster seit 1946, Münster 2015, www.abgeordneten.info, letzter Zugriff: 19.6.2019.

- Mitteldeutscher Rundfunk: Merkel für Geschlechter-Parität in allen Bereichen, 12. November 2018, <https://www.mdr.de/nachrichten/politik/inland/merkel-fuer-frauenquote-in-politik-paritaet-100.html>, Zugriff 19.6.2019.
- ntv, Möllemann-Witwe kandidiert, 23.9.2004, <https://www.n-tv.de/politik/Zuenglein-an-der-Waage-article82608.html>, Zugriff 19.6.2019.
- Ozan, Didem, Dr. „Bloß nicht aufgeben!“ ZEIT-ONLINE, 23.5.2018, www.zeit.de/kultur/2018-05/stadtrat-ehrenamt-nrw-lokalpolitik-engagement-10nach8?page=7#comments, Zugriff vom 2.1.2019.
- Riedel, Katja: Die erste Frau, die ohne Erlaubnis ihres Ehemannes arbeiten darf vom 8.3.2012, in: https://www.focus.de/wissen/mensch/geschichte/tid-21578/zum-weltfrauentag-meilensteine-der-frauenemanzipation-in-deutschland_aid_605618.html, Zugriff 17.6.2019
- Vogel, Hans-Jochen: Wo bleibt das Prinzip Verantwortung?, in: ZEIT ONLINE 10.7.1992, www.zeit.de/1992/29/wo-bleibt-das-prinzip-verantwortung, Zugriff vom 11.3.2019.
- WDR, 21. Oktober 2006 – Vor zehn Jahren: CDU beschließt ein Frauenquorum. <https://www1.wdr.de/stichtag/stichtag1860.html>, letzter Zugriff: 19.6.2017
- www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gleichstellung-und-teilhabe/strategie-gender-mainstreaming, Zugriff vom 13.5.2019.
- www.bundestag.de/abgeordnete/biografien/B/benning_sybille-518308, Zugriff vom 29.5.2019.
- www.cicero.de/innenpolitik/muenster-stadt-des-leisen-lagerwahlkampfes, Zugriff vom 30.5.2019.
- www.dejure.org/gesetze/GG/3.html, Zugriff vom 7.1.2019.
- www.die-linke.de/partei/dokumente/bundessatzung, Zugriff vom 7.1.2019.
- www.dw.com/de/frauen_im_parlament-ruanda-überholt, Zugriff vom 11.9.2018
- www.gruene-bundestag.de/abgeordnete/maria-klein-schmeink, Zugriff vom 30.10.2018
- www.gruene.de/Dokumente/Frauenstatut, Zugriff vom 14.9.2018.
- www.landtag.brandenburg.de/de/aktuelles/aktuelle_meldungen, Zugriff vom 1.2.2019.
- www.linksfraktion.de/themen/a-z/detailansicht/gleichstellung, Zugriff vom 4.10.2018.
- www.rechtsanwaltmoebius.de/gesetz/art-109-wrv.html, Zugriff vom 7.1.2019.
- www.rp-online.de/panorama/deutschland/muenster-ist-die-frauenhauptstadt-deutschlands, Zugriff vom 8.12.2018.
- www.stadt-muenster.de/ratsservice/politik-und-verwaltung/ausschuesse-und-kommissionen, Zugriff vom 13.3.2019.
- www.stadt-muenster.de/sessionnet/sessionnetbi/kp0040.php, Zugriff vom 11.5.2019.

- www.stadt-muenster.de/sessionnet/sessionnetbi/gr0050.php, Zugriff vom 25.2.2019.
- www.sueddeutsche.de/politik/frauenquote-sogar-die-csu, Zugriff vom 7.1.2019.
- www.uni-muenster.de/IfPol/personen/kersting.html, Zugriff vom 1.5.2019.
- www.verfassungen.de/de/de67-18/verfassung71-i.htm, Zugriff vom 12.12.2017.
- www.verfassungsblog.de/parite-gesetz-in-brandenburg-kein-sieg-fuer-die-demokratie, Zugriff vom 1.2.2019.
- www.wn.de/midterms, Zugriff vom 99.11.2018.

2. Literatur

Graue Literatur im Stadtarchiv Münster:

- Heuvelmann, Magdalene, Das erzwungene Matriarchat – oder die Männer der ersten Stunde, Untersuchungen zur Frauensituation und –rolle 1945 -49 in den Städten mit dem Schwerpunkt auf der Stadt Münster, Magisterarbeit, *Signatur: 4 HSS 092*.
- Polm, Rita, „... neben dem Mann die andere Hälfte eines Ganzen zu sein!“, Frauen in der Nachkriegszeit – Zur Situation und Rolle der jüngeren Frauen in den Städten der Bundesrepublik (1945 – 1949), Münster 1990, *Signatur 2 BIO 301-094*.

Gedruckte Literatur:

- Arndts-Haupt, Martina, FrauenBilder, Geschichte(n) aus Münster, Münster 2007.
- Arnim von, Hans Herbert, Fetter Bauch regiert nicht gern: Die politische Klasse – selbstbezogen und abgehoben, München 1997.
- Bistum Münster – Referat Frauenseelsorge (Hg.), „... welchen Einfluß das im Christentume veredelte Weib ausübe“, Münster 2005.
- Funken, Klaus, Eine bittere Bilanz: 25 Jahre Frauenquote in der SPD, 2013.
- Helwig, Gisela, Nickel, Hildegard Maria (Hg), Frauen in Deutschland 1945-1992, Bundeszentrale für politische Bildung Band 318, Bonn 1993.
- Neiman, Susan, Warum erwachsen werden? Eine philosophische Ermutigung, Hanser, Berlin 2015.
- Storm, Monika, Erste Wahl? Erste Wahl!, 90 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland, LpB Rheinland-Pfalz, Mainz 2009

Literatur im Internet:

- Allemdinger, Jutta; Leuze Kathrin; Blanck, Joanna: 50 Jahre Geschlechtergerechtigkeit und Arbeitsmarkt, www.bpb.de/apuz/31161/50-jahre-geschlechtergerechtigkeit, Zugriff vom 7.11.2018.
- Bundeszentrale für politische Bildung, Die soziale Zusammensetzung der Parteimitgliederschaften, www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland, Zugriff vom 13.2.2019.
- Gilhaus, Ulrike, Paulus, Julia, Kugler-Mühlhofer, Anne, Wie wir wurden, was wir nicht werden sollten – Frauen im Aufbruch zu Amt und Würden, Westfälische Geschichte, www.westfaelische-geschichte.de/web910.
- Lauterer, Heide-Marie, Politische Partizipation, Westfälische Geschichte, www.lwl.org/westfaelische-geschichte, Zugriff vom 23.2.2019.
- Sitzung der ersten Stadtvertretung in der alten Stadthalle in Münster 1946, <https://www.westfaelische-geschichte.de/med67> , Zugriff vom 28.1.2019.
- www.frauen-macht-politik.de, Zugriff vom 18.8.2018.
- www1.wdr.de/stichtag/stichtag1860.html, Zugriff vom 12.6.2018.

Wikipedia-Artikel

- www.wikipedia.org/wiki/Artikel_3_des_Grundgesetzes, Zugriff vom 12.12.2017.
- www.wikipedia.org/wiki/Bundesgleichstellungsgesetz, Zugriff vom 23.12.2018.
- www.wikipedia.org/wiki/Frauenquorum , Zugriff vom 12.6.2018.
- www.wikipedia.org/wiki/Ehrenamt, Zugriff vom 2.1.2019.
- www.wikipedia.org/wiki/Einwohnerentwicklung_Münsters, Zugriff vom 11.3.2019.
- www.wikipedia.org/wiki/Frauenanteil_im_Deutschen_Bundestag, Zugriff vom 10.11.2018.
- www.wikipedia.org/wiki/Gender, Zugriff vom 3.3.2019.
- www.wikipedia.org/wiki/Gleichstellung, Zugriff vom 10.5.2019.
- www.wikipedia.org/wiki/Indirect_rule, Zugriff vom 18.3.2019.
- www.wikipedia.org/wiki/Interparlamentarische_Union, Zugriff vom 11.9.2018.
- www.wikipedia.org/wiki/Käte_Strobel, Zugriff vom 25.11.2018.
- www.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Mitglieder_der_Nationalversammlung-von_1919 , Zugriff vom 24.6.2018.
- www.wikipedia.org/wiki/Maria_Klein_schmeink, Zugriff vom 6.2.2019.
- www.wikipedia.org/wiki/Marion_Tüns, www.wn.de/2014/11/1796874-Das-erste-weibliche-Stadtoberhaupt, Zugriff vom 11.9.2018.
- https://de.wikipedia.org/wiki/M%C3%BCtter_des_Grundgesetzes, Zugriff vom 17.6.2019
- [www.wikipedia.org/wiki/Parität_\(Politik\)](http://www.wikipedia.org/wiki/Parität_(Politik)), Zugriff vom 1.2.2019.
- www.wikipedia.org/wiki/Partizipation, Zugriff vom 23.2.2019.

- www.wikipedia.org/wiki/Typisierung, Zugriff vom 29.11.2018.

Anhang 1

Alphabetische Auflistung der Frauen im Rat der Stadt Münster seit 1946

Stand: 2015

Hinweise:

Spalte 2:

Alter, in dem die jeweiligen Mandatsträgerinnen zum ersten Mal in den Rat einziehen.

Spalte 3:

GRÜNE: Bündnis 90/Die Grünen, vormals Grüne Alternative Liste (GAL).

LINKE: DIE LINKE, vormals Partei des Demokratischen Sozialismus / Linke Liste (PDS/LL).

UWG: Unabhängige Wählergemeinschaft Münster (UWG-MS).

Spalte 4:

Von den Mandatsträgerinnen angegebener Beruf.

Spalte 5:

1. WP 1946 – 1948, 2. WP 1948 – 1952, 3. WP 1952 – 1956, 4. WP 1956 – 1961, 5. WP 1961 – 1964, 6. WP 1964 – 1969, 7. WP 1969 – 1975, 8. WP 1975 – 1979, 9. WP 1979 – 1984, 10. WP 1984 – 1989, 11. WP 1989 – 1994, 12. WP 1994 – 1999, 13. WP 1999 – 2004, 14. WP 2004 – 2009, 15. WP 2009 – 2014, 16. WP 2014 – 2019.

Spalte 6:

gibt an, ob die Frauen direkt in den Rat gewählt worden sind, oder über die Liste einzogen.

Der Hinweis ‚Mandat niedergelegt‘ besagt, dass das Mandat während einer Wahlperiode aufgegeben wurde. Soweit die Gründe hierfür bekannt sind, werden sie angegeben.

| | | | | | |
|--|----|-------|--------------------|-----------------|--------|
| Bader, Irmgard Mandat 1987 niedergelegt | 26 | GAL | Erzieherin | 10. WP | Liste |
| Bartling, Marie-Luise | 47 | CDU | Hausfrau | 10. – 13. WP | direkt |
| Becker, Miriam Mercedes | 46 | CDU | Angestellte | 13. WP | direkt |
| Benning, Sybille Mandat 2013 niedergelegt (Wahl in den Bundestag) | 42 | CDU | Landsch.planung | 14. WP, 15. WP | direkt |
| Bennink, Helga Mandat 2016 niedergelegt | 40 | GRÜNE | Geologin | 13. WP – 16. WP | Liste |
| Bergmann, Cornelia | 38 | CDU | Lehrerin | 11. WP | direkt |
| Bergner, Anika | 28 | SPD | Germanistin | 14. WP | Liste |
| Braasch-Breitenstein, Regine Mandat 2002 niedergelegt | 44 | GRÜNE | Lehrerin | 13. WP | Liste |
| Brand, Anna-Maria | 37 | CDU | Hausfrau, | 8. WP - 10. WP | direkt |
| Braun, Hermine | 49 | CDU | Fürsorgerin | 3. WP. - 6. WP | direkt |
| Brockmeyer, Hildegard | 46 | SPD | Hausfrau | 7. WP | Liste |
| Brüggemeyer, Gabriele | 31 | FDP | Dipl. Verw.wirtin | 11. WP | Liste |
| Buschermöhle, Julia Anna | 25 | CDU | Rechtsreferendarin | 13. WP | direkt |

Norbert Schäfers

| | | | | | |
|--|----|-------|----------------------------|-----------------|--------|
| Mandat 2000 niedergelegt | | | | | |
| Chudziak, Hedwig | 48 | SPD | Hausfrau | 13. WP, 14. WP | Liste |
| Comin, Claudia | 33 | GAL | Krankenschwester, | 10 WP | Liste |
| Mandat 1987 niedergelegt | | | | | |
| Dähne, Susanne | 38 | GRÜNE | Angestellte | 16. WP | Liste |
| Dahms, Anke | 42 | FDP | Lehrerin | 11. WP | Liste |
| Dalla Riva-Hanning, Elfriede | 57 | CDU | Referentin | 13. WP, 14. WP | direkt |
| Mandat 2008 niedergelegt | | | | | |
| Demand, Ruth | 38 | FDP | Lehrerin | 8. WP | Liste |
| Dieckmann, Petra | 53 | GRÜNE | Ärztin | 15. WP | Liste |
| Diekmann, Sonja | 48 | SPD | Angestellte | 11. WP, 12. WP | Liste |
| Düttmann-Braun, Renate, Dr. | 45 | CDU | Akademische Rätin | 11. WP, 12. WP | direkt |
| Mandat 1995 niedergelegt (Wahl in den Landtag NRW) | | | | | |
| Edler, Birgit | 29 | GRÜNE | Sozialpädagogin | 11. WP, 12. WP | Liste |
| Mandat 1996 niedergelegt | | | | | |
| Feldmann, Doris | 44 | SPD | Sozialpädagogin | 16. WP | direkt |
| Fischer, Dietlind | 35 | SPD | Angestellte | 9. WP | Liste |
| Mandat 1983 niedergelegt | | | | | |
| Fries-Bormann, Hildegard | 56 | CDU | Hausfrau | 7. WP | direkt |
| | | | | | |
| Ganser, Beanka | 38 | SPD | Angestellte | 13. WP – 15. WP | Liste |
| Gefroi, Magdalene | 46 | CDU | Büroangestellte | 12. WP – 14. WP | direkt |
| Geier, Notburga | 28 | GAL | Dipl. Psychologin | 9. WP | Liste |
| Gerdes, Ursula, | 43 | CDU | Hausfrau, | 9. WP, 10. WP | direkt |
| Geschkewitz, Gisela | 60 | FDP | Oecotrophologin | 15. WP | Liste |
| Göbel, Käthe | 39 | SPD | Hausfrau | 2. WP, 3. WP | direkt |
| Mandat 1953 niedergelegt | | | | | |
| Graf, Hildegard | 32 | CDU | Hausfrau (Dipl. rer. pol.) | 5. WP – 12. WP | direkt |
| Greefrath, Carmen | 26 | CDU | Lehrerin | 13. WP, 14. WP | direkt |
| Mandat 2006 niedergelegt | | | | | |
| | | | | | |
| Hakenes, Maria-Anna | 44 | SPD | Kauffrau | 11. WP – 15 WP | Liste |
| Hansjürgen, Brigitte | 53 | GRÜNE | Soziologin | 14. WP, 15. WP | Liste |
| Harking, Anneliese | 39 | SPD | Sozialarbeiterin | 11. WP | Liste |
| Hasenkamp, Lisa | 52 | CDU | Hausfrau | 3. WP, 4. WP | direkt |
| Haverland, Elke | 43 | GRÜNE | arbeitslos | 11. WP | Liste |
| Helmholt, Edeltraut | 29 | CDU | Gartenarchitektin | 7. WP | direkt |
| Heyden, Kira | 31 | GRÜNE | Wiss. Mitarbeiterin | 15. WP | Liste |
| Mandat 2010 niedergelegt | | | | | |
| Heyne, Eleonore | 51 | CDU | Bürokauffrau | 13. WP, 14. WP | direkt |
| Hohage, Henni | 45 | SPD | Hausfrau | 10. WP | Liste |
| Holtz, Gisela | 37 | GRÜNE | Geschäftsführerin | 12. WP, 15. WP | Liste |
| Mandat 2011 niedergelegt | | | | | |

Frauen im Rat der Stadt Münster seit 1946

| | | | | | |
|---|----|-------|-------------|--------|--------|
| Hopmann, Marianne | 58 | SPD | Angestellte | 14. WP | Liste |
| Hort, Lilia Mandat 2015 niedergelegt | 27 | LINKE | Assistentin | 16. WP | Liste |
| Hüffer, Berta | 58 | CDU | Hausfrau | 1. WP | direkt |

| | | | | | |
|-----------------|----|-----|------------------|----------------|-------|
| Jäger, Brigitte | 31 | SPD | Oberstudienrätin | 7. WP – 10. WP | Liste |
|-----------------|----|-----|------------------|----------------|-------|

| | | | | | |
|--|----|-------|------------------------|-----------------|--------|
| Kaltegärtner, Rosemarie | 29 | SPD | Hausfrau | 7. WP | Liste |
| Kastner, Marie-Theres Mandat niedergelegt (Wahl in den Landtag NRW) | 39 | CDU | Hausfrau | 11. WP – 13. WP | direkt |
| Kemper, Annette | 50 | GRÜNE | Lehrerin | 15. WP, 16. WP | Liste |
| Kies, Sigrid | 39 | SPD | Hausfrau | 10. – 12. WP | Liste |
| Kirgil, Fatma | 40 | LINKE | Dolmetscherin | 15. WP, 16. WP | Liste |
| Klein-Schmeink, Maria | 35 | GRÜNE | Soziologin | 11. WP – 14. WP | Liste |
| Koch, Marianne | 51 | SPD | Geschäftsführerin | 14. WP – 16. WP | Liste |
| Köhnke, Katharina | 20 | SPD | Studentin | 16. WP | direkt |
| Kosmider, Marliese | 49 | CDU | Oberstudienrätin | 14. WP, 15. WP | direkt |
| Kubig-Steltig, Gabriele | 37 | SPD | Dipl. Kauffrau | 12. WP – 16. WP | Liste |
| Küppers, Teresa | 33 | CDU | Dipl. Sozialpädagogin | 15. WP | Liste |
| Kummer, Maria | 62 | SPD | Hausfrau | 4. WP, 5. WP | Liste |
| Kuschewski, Karina | 57 | GRÜNE | Dipl. Sozialarbeiterin | 14. WP | Liste |

| | | | | | |
|-------------------------|----|-----|--------------------|--------|--------|
| Laddach, Maike | 27 | CDU | Rechtsreferendarin | 13. WP | Liste |
| Lammert, Doris | 52 | SPD | Angestellte | 15. WP | Liste |
| Liekefeldt, Hedwig H. | 54 | SPD | Lehrerin | 16. WP | direkt |
| Loschelder, Christel H. | 57 | CDU | Erzieherin | 16. WP | direkt |

| | | | | | |
|---|----|-------|------------------|-----------------|--------|
| Machemer, Roswitha | 26 | SPD | Hausfrau | 8. WP, 9. WP | Liste |
| Mangels, Elisabeth | 54 | CDU | Hausfrau | 4. WP, 5. WP | direkt |
| Marzinkewitz, Verena | 28 | SPD | Studentin | 13. WP | Liste |
| Mecke, Marianne | 55 | SPD | Sekretärin | 11. WP – 13. WP | Liste |
| Mey, Eveline | 33 | SPD | Landesbeamtin | 9. WP | Liste |
| Möllemann-Appelhoff, Carola | 30 | FDP | Studienrätin | 9. WP - 16. WP | Liste |
| Möllers, Jutta | 44 | GRÜNE | Dipl. Pädagogin | 14. WP – 16. WP | Liste |
| Möllers, Ursula | 63 | CDU | Wirtschafterin | 14. WP | direkt |
| Montag, Gabriele | 30 | GRÜNE | Krankengymnastin | 10. WP | Liste |
| Müller-Ehrenberg, Isa | 45 | SPD | Lehrerin | 10. – 12. WP | Liste |
| Münsterjohann, Ursula Mandat 2010 niedergelegt | 46 | LINKE | Verkehrsplanerin | 15. WP | Liste |

| | | | | | |
|---------------------|----|-------|----------------|----------------------|--------|
| Naegels, Anne Marie | 29 | GRÜNE | Referendarin | 15. WP Liste, 16. WP | direkt |
| Nees, Charlotte | 42 | CDU | Dipl. Kauffrau | 14. WP | Liste |

| | | | | | |
|------------------|----|-----|------------------|----------------|-------|
| Obst, Karin, Dr. | 54 | FDP | Oberstudienrätin | 14. WP, 15. WP | Liste |
|------------------|----|-----|------------------|----------------|-------|

Norbert Schäfers

| | | | | | |
|--|----|-------|----------------------------|---------------------------|------------------|
| Ozan, Didem. Dr. | 39 | GRÜNE | Redakteurin | 16. WP | Liste |
| Phillip, Ortrud | 59 | LINKE | Geschäftsführerin | 16. WP | Liste |
| Plassmann, Agnes | 52 | CDU | Fürsorgerin | 2. WP Liste, 3. WP | direkt |
| Plieth, Elvira Mandat 1986 niedergelegt | 29 | GRÜNE | Dipl. Verwaltungswirtin | 10. WP | Liste |
| Poel, Else van der | 50 | CDU | Hausfrau | 8. WP, 9. WP, 10. WP | direkt |
| Prott, Eva | 57 | SPD | Hausfrau | 3. WP | Liste |
| Pulpanek, Eike Mandat 1991 und 1995 niedergelegt | 33 | GRÜNE | Lehrerin | 10. – 12. WP | Liste |
| Reismann, Karin | 57 | CDU | Pfarrsekretärin | 13. WP 14. WP - 16. WP | Liste, direkt |
| Rietenberg, Sylvia | 49 | GRÜNE | Sozialarbeiterin | 16. WP | Liste |
| Schaffstein, Ursula | 43 | CDU | Betriebswirtin | 13. WP Liste, 14. WP | direkt |
| Schleef, Ilse | 52 | GRÜNE | Studienrätin | 14. WP | Liste |
| Schlemann, Barbara Mandat 1991 niedergelegt | 24 | GRÜNE | Lehrerin | 10. – 12. WP | Liste |
| Schober, Anna, Dr. | 40 | CDU | Ärztin | 12. WP | direkt |
| Schoenebeck, Brigitte von | 51 | GRÜNE | Fraktionsgeschäftsf. | 14. WP | Liste |
| Scholz, Claudia Mandat 2007 niedergelegt | 49 | GRÜNE | Dipl. Sozialpädagogin | 14. WP | Liste |
| Schütz, Luise Charlotte | 49 | CDU | Oberstudiendirektorin | 6. WP | direkt |
| Schulte, Christina | 46 | CDU | Oberstudienrätin | 11. WP | direkt |
| Schulte-Rentrup, Elisabeth Mandat 1950 niedergelegt | 40 | DZP | Hausfrau | 2. WP | direkt |
| Schulze Wintzler, Anne | 39 | SPD | Verbraucherberaterin | 14. WP – 16. WP | Liste |
| Schumacher, Angela | 35 | SPD | Dipl. Sozialarbeiterin | 11. WP, 12. WP | Liste |
| Schwirz, Gisela | 66 | CDU | Friseurmeisterin | 13. WP | Liste |
| Sedlarcek, Monika Mandat 2002 niedergelegt | 47 | GRÜNE | Grundschullehrerin | 12. WP, 13. WP | Liste |
| Seyfferth, Petra | 50 | SPD | Studienberaterin | 15. WP, 16. WP | Liste |
| Sjuts, Helma | 50 | CDU | Realschuldirektorin | 7. WP, 8. WP | direkt |
| Soltmann, Idamarie, Dr. | 57 | CDU | Leiterin der Wohlf.schule. | 1. WP | direkt |
| Sparding, Gertrud Mandat 2001 niedergelegt | 49 | SPD | Pädagogin | 13. WP | Liste |
| Stähler, Angela | 47 | CDU | Hausfrau | 15. WP Liste, 16. WP | direkt |
| Stein-Redent, Rita, Dr. | 46 | GRÜNE | Dipl. Ökonomin | 14. WP – 16. WP | Liste |
| Stober, Barbara | 51 | CDU | Hausfrau | 13. WP – 15. WP | direkt |
| Stracke-Gönül, Aliye Mandat 2010 niedergelegt | 40 | SPD | Bankkauffrau | 15. WP | Liste |
| Suuck, Julia | 34 | SPD | Sonderpädagogin | 16. WP | Liste |
| Toulas, Iris Mandat 2012 niedergelegt | 42 | LINKE | Dipl. Ing. | 15. WP | Liste |

Frauen im Rat der Stadt Münster seit 1946

| | | | | | |
|---|----|-----|----------|--------------------------|------------------|
| Tüns, Marion Mandat 1997 niedergelegt (Wahl zur Oberbürgermeisterin) | 38 | SPD | Hausfrau | 10. WP, 11. WP 12. WP | direkt, Liste |
|---|----|-----|----------|--------------------------|------------------|

| | | | | | |
|-----------------------------|----|-----|----------|-----------------------|--------|
| Vilhjalmsson, Wendela-Beate | 48 | SPD | Lehrerin | 11. WP – 16. WP | Liste |
| Vogelberg, Regine | 38 | CDU | Hausfrau | 9. WP, 10. WP, 11. WP | direkt |

| | | | | | |
|--|----|-------|--------------------|---------------------|--------|
| Walhorn, Johanne Mandat 1975 niedergelegt | 52 | SPD | Rechtsanwältin | 5. WP, 6. WP, 7. WP | Liste |
| Welker, Helga | 46 | CDU | Anwaltssekretärin | 11. WP – 15. WP | direkt |
| Wendland, Simone | 41 | CDU | Rechtsanwältin | 14. WP, 15. WP | direkt |
| Werres, Ida | 43 | SPD | Verwalt.sekretärin | 10. WP | Liste |
| Wiechmann, Barbara | 23 | SPD | Studentin | 12. WP | Liste |
| Wiesenack-Hauß, Hannelore | 69 | UWG | Richterin | 13. WP, 14. WP | Liste |
| Winkel, Maria | 51 | SPD | Kauffrau | 15. WP, 16. WP | Liste |
| Wörstenkötter, Annette | 43 | GRÜNE | Angestellte | 12. WP | Liste |
| Wolzen-Goethe, Barbara | 34 | SPD | Hausfrau | 9. WP – 13. WP | Liste |
| Wübken, Sandra | 41 | FDP | Medienkauffrau | 15. WP | Liste |

Anhang 2

Auflistung der Frauen im Rat je Wahlperiode seit 1946

| | | |
|-------------------------------|-----|---------------------------|
| Wahlperiode 1: 1946/48 | | |
| Hüffer, Berta | CDU | Hausfrau |
| Soltmann, Idamarie | CDU | Leiterin Wohlfahrtsschule |

| | | |
|-------------------------------|-----|-------------|
| Wahlperiode 2: 1948/52 | | |
| Göbel, Käthe | SPD | Hausfrau |
| Plassmann, Agnes | CDU | Fürsorgerin |
| Schulte-Rentrup | DZP | Hausfrau |

| | | |
|-------------------------------|-----|-------------|
| Wahlperiode 3: 1952/56 | | |
| Braun, Hermine | CDU | Fürsorgerin |
| Göbel, Käthe | SPD | Hausfrau |
| Hasenkamp, Lisa | CDU | Hausfrau |
| Plassmann, Agnes | CDU | Fürsorgerin |
| Prött, Eva | SPD | Hausfrau |

| Wahlperiode 4: 1956/61 | | |
|-------------------------------|-----|-------------|
| Braun, Hermine | CDU | Fürsorgerin |
| Hasenkamp, Lisa | CDU | Hausfrau |
| Kummer, Maria | SPD | Hausfrau |
| Mangels, Elisabeth | CDU | Hausfrau |

| Wahlperiode 5: 1961/64 | | |
|-------------------------------|-----|----------------------------|
| Braun, Hermine | CDU | Fürsorgerin |
| Graf, Hildegard | CDU | Hausfrau (Dipl. rer. pol.) |
| Kummer, Maria | SPD | Hausfrau |
| Mangels, Elisabeth | CDU | Hausfrau |
| Walhorn, Johanne | SPD | Rechtsanwältin |

| Wahlperiode 6: 1964/69 | | |
|-------------------------------|-----|---------------------------|
| Braun, Hermine | CDU | Fürsorgerin |
| Graf, Hildegard | CDU | Hausfrau (Dipl. rer.pol.) |
| Schütz, Luise Charlotte | CDU | Oberstudiendirektorin |
| Walhorn, Johanne | SPD | Rechtsanwältin |
| Werres, Ida | SPD | Verwaltungsobersekretärin |

| Wahlperiode 7: 1969/75 | | |
|-------------------------------|-----|---------------------|
| Fries-Bormann, Hildegard | CDU | Hausfrau |
| Graf, Hildegard | CDU | Hausfrau |
| Helmholt, Edeltraut | CDU | Gartenarchitektin |
| Jäger, Brigitte | SPD | Oberstudienrätin |
| Kaltegärtner, Rosemarie | SPD | Hausfrau |
| Sjuts, Helma | CDU | Realschuldirektorin |
| Walhorn, Johanne | SPD | Rechtsanwältin |

| Wahlperiode 8: 1975/79 | | |
|-------------------------------|-----|----------|
| Brand, Anna-Maria | CDU | Hausfrau |
| Brockmeyer, Hildegard | SPD | Hausfrau |
| Demand, Ruth | FDP | Lehrerin |
| Graf, Hildegard | CDU | Hausfrau |

Frauen im Rat der Stadt Münster seit 1946

| | | |
|--------------------|-----|-------------------|
| Jäger, Brigitte | SPD | Oberstudienrätin |
| Machemer, Roswitha | SPD | Hausfrau |
| Poel, Else van der | CDU | Hausfrau |
| Sjuts, Helma | CDU | Realschulrektorin |

| | | |
|-------------------------------|-------|-------------------|
| Wahlperiode 9: 1979/84 | | |
| Brand, Anna-Maria | CDU | Hausfrau |
| Fischer, Dietlind | SPD | Angestellte |
| Geier, Notburga | GRÜNE | Dipl. Psychologin |
| Gerdes, Ursula | CDU | Hausfrau |
| Graf, Hildegard | CDU | Hausfrau |
| Jäger, Brigitte | SPD | Oberstudienrätin |
| Machemer, Roswitha | SPD | Hausfrau |
| Mey, Eveline | SPD | Landesbeamtin |
| Möllemann-Appelhoff, Carola | FDP | Studienrätin |
| Vogelberg, Regine | CDU | Hausfrau |
| Wolzen-Goethe, Barbara | SPD | Hausfrau |

| | | |
|--------------------------------|-------|-------------------------|
| Wahlperiode 10: 1984/89 | | |
| Bader, Irmgard | GRÜNE | Erzieherin |
| Bartling, Marie-Luise | CDU | Hausfrau |
| Brand, Anna-Maria | CDU | Hausfrau |
| Comin, Claudia | GRÜNE | Kinderkrankenschwester |
| Gerdes, Ursula | CDU | Hausfrau |
| Graf, Hildegard | CDU | Hausfrau |
| Hohage, Henn | SPD | Hausfrau |
| Jäger, Brigitte | SPD | Oberstudienrätin |
| Kies, Sigrid | SPD | Hausfrau |
| Möllemann-Appelhoff, Carola | FDP | Studienrätin |
| Montag, Gabriele | GRÜNE | Krankengymnastin |
| Müller-Ehrenberg, Isa | SPD | Lehrerin |
| Plieth, Elvira | GRÜNE | Dipl. Verwaltungswirtin |
| Pulpanek, Eike | GRÜNE | Lehrerin |
| Schlemann, Barbara | GRÜNE | Lehrerin |
| Tüns, Marion | SPD | Hausfrau |
| Vogelberg, Regine | CDU | Hausfrau |

| | | |
|------------------------|-----|----------|
| Wolzen-Goethe, Barbara | SPD | Hausfrau |
|------------------------|-----|----------|

| Wahlperiode 11: 1989/94 | | |
|--------------------------------|-------|-------------------------|
| Bartling, Marie-Luise | CDU | Hausfrau |
| Bergmann, Cornelia | CDU | Lehrerin |
| Bergner, Anika | SPD | Germanistin |
| Brüggemeyer, Gabriele | FDP | Dipl. Verwaltungswirtin |
| Dahms, Anka | FDP | Sonderschullehrerin |
| Diekmann, Sonja | SPD | Angestellte |
| Düttmann-Braun, Renate | CDU | Akademische Rätin |
| Edler, Birgit | GRÜNE | Dipl. Sozialpädagogin |
| Graf, Hildegard | CDU | Hausfrau |
| Hakenes, Maria-Anna | SPD | Kauffrau |
| Harking, Anneliese | SPD | Sozialarbeiterin |
| Haverland, Elke | GRÜNE | arbeitslos |
| Kastner, Marie-Theres | CDU | Hausfrau |
| Kies, Sigrid | SPD | Hausfrau |
| Klein-Schmeink, Maria | GRÜNE | Soziologin |
| Mecke, Marianne | SPD | Sekretärin |
| Möllemann-Appelhoff, Carola | FDP | Studienrätin |
| Müller-Ehrenberg, Isa | SPD | Lehrerin |
| Pulpanek,Eike | GRÜNE | Lehrerin |
| Schlemann, Barbara | GRÜNE | Lehrerin |
| Schulte, Christina | CDU | Oberstudienrätin |
| Schumacher, Angela | SPD | Dipl. Sozialarbeiterin |
| Tüns, Marion | SPD | Hausfrau |
| Vilhjalmsson, Wendela-Beate | SPD | Lehrerin |
| Vogelberg, Regine | CDU | Hausfrau |
| Welker, Helga | CDU | Anwaltssekretärin |
| Wolzen- Goethe, Barbara | SPD | Hausfrau |

| Wahlperiode 12: 1994/99 | | |
|--------------------------------|-----|-------------------|
| Bartling, Marie-Luise | CDU | Hausfrau |
| Diekmann, Sonja | SPD | Angestellte |
| Düttmann-Braun, Renate | CDU | Akademische Rätin |

Frauen im Rat der Stadt Münster seit 1946

| | | |
|----------------------------|-------|------------------------|
| Edler, Birgit | GRÜNE | Dipl. Sozialpädagogin |
| Gefroi, Magdalene | CDU | Büroangestellte |
| Graf, Hildegard | CDU | Hausfrau |
| Hakenes, Maria-Anna | SPD | Kauffrau |
| Holtz, Gisela | GRÜNE | Geschäftsführerin |
| Kastner, Marie-Theres | CDU | Hausfrau |
| Kies, Sigrid | SPD | Hausfrau |
| Klein-Schmeink, Maria | GRÜNE | Soziologin |
| Kubig-Steltig, Gabriele | SPD | Dipl. Kauffrau |
| Mecke, Marianne | SPD | Sekretärin |
| Müller-Ehrenberg, Isa | SPD | Lehrerin |
| Pilpanek, Eike | GRÜNE | Lehrerin |
| Schlemann, Barbara | GRÜNE | Lehrerin |
| Schober, Dr. Anna | CDU | Ärztin |
| Schumacher, Angela | SPD | Dipl. Sozialarbeiterin |
| Sedlarcek, Monika | GRÜNE | Grundschullehrerin |
| Tüns, Marion | SPD | Hausfrau |
| Vilhjalmsson Wendela-Beate | SPD | Lehrerin |
| Welker, Helga | CDU | Anwaltssekretärin |
| Wiechmann, Barbara | SPD | Studentin |
| Wörstenkötter, Annette | GRÜNE | Angestellte |
| Wolzen-Goethe, Barbara | SPD | Hausfrau |

| | | |
|--------------------------------|-------|--------------------|
| Wahlperiode 13: 1999/04 | | |
| Bartling, Marie-Luise | CDU | Hausfrau |
| Becker, Miriam Mercedes | CDU | Angestellte |
| Bennik, Helga | GRÜNE | Geologin |
| Braasch-Breitenstein | GRÜNE | Lehrerin |
| Buschermöhle, Julia Anna | CDU | Rechtsreferendarin |
| Chudziak, Hedwig | SPD | Hausfrau |
| Dalla Riva-Hanning, Elfriede | CDU | Referentin |
| Ganser, Beanka | SPD | Angestellte |
| Gefroi, Magdalene | CDU | Büroangestellte |
| Greefrath, Carmen | CDU | Hausfrau |
| Hakenes, Maria-Anna | SPD | Kauffrau |
| Heyne, Eleonore | CDU | Bürokauffrau |

| | | |
|-----------------------------|-------|---------------------------|
| Kastner, Marie-Theres | CDU | Hausfrau |
| Klein-Schmeink, Maria | GRÜNE | Soziologin |
| Kubig-Steltig, Gabriele | SPD | Dipl. Kauffrau |
| Laddach, Maike | CDU | Rechtsreferendarin |
| Marzinkewitz, Verena | SPD | Studentin |
| Mecke, Marianne | SPD | Sekretärin |
| Möllemann-Appelhoff, Carola | FDP | Studienrätin |
| Reismann, Karin | CDU | Pfarrsekretärin/Rentnerin |
| Schaffstein, Ursula | CDU | Betriebswirtin |
| Schwirz, Gisela | CDU | Friseurmeisterin |
| Sedlarcek, Monika | GRÜNE | Grundschullehrerin |
| Sparding, Gertrud | SPD | Pädagogin |
| Stober, Barbara | CDU | Hausfrau |
| Vilhjalmsson, Wendela-Beate | SPD | Lehrerin |
| Welker, Helga | CDU | Anwaltssekretärin |
| Wiesenack-Hauß, Hannelore | UWG | Richterin |
| Wolzen-Goethe, Barbara | SPD | Hausfrau |

| | | |
|--------------------------------|-------|------------------------------|
| Wahlperiode 14: 2004/09 | | |
| Benning, Sybille | CDU | Landschaftsplanung |
| Bennik, Helga | GRÜNE | Geologin |
| Chudziak, Hedwig | SPD | Hausfrau |
| Dalla Riva-Hanning, Elfriede | CDU | Referentin |
| Ganser, Beanka | SPD | Angestellte |
| Gefroi, Magdalene | CDU | Büroangestellte |
| Greefrath, Carmen | CDU | Hausfrau |
| Hakenes, Maria-Anna | SPD | Kauffrau |
| Hansjürgen, Brigitte | GRÜNE | Soziologin |
| Heyne, Eleonore | CDU | Bürokauffrau |
| Hopmann, Marianne | SPD | Angestellte |
| Klein-Schmeink, Maria | GRÜNE | Soziologin |
| Koch, Marianne | SPD | Geschäftsf. Gesellschafterin |
| Kosmider, Marliese | CDU | Oberstudienrätin |
| Kubig-Steltig, Gabriele | SPD | Dipl. Kauffrau |
| Kuschewski, Karina | GRÜNE | Dipl. Sozialarbeiterin |
| Möllemann-Appelhoff, Carola | FDP | Studienrätin |

Frauen im Rat der Stadt Münster seit 1946

| | | |
|----------------------------|-------|----------------------------|
| Möllers, Jutta | GRÜNE | Dipl. Pädagogin |
| Möllers, Ursula | CDU | Wirtschafterin |
| Nees, Charlotte | CDU | Dipl. Kauffrau |
| Obst, Karin Dr. | FDP | Oberstudienrätin |
| Reismann, Karin | CDU | Pfarrsekretärin/Rentnerin |
| Schaffstein, Ursula | CDU | Betriebswirtin |
| Schleef, Ilse | Grüne | Studienrätin |
| Schoenebeck, Brigitte von | GRÜNE | Fraktionsgeschäftsführerin |
| Scholz, Claudia | GRÜNE | Dipl. Sozialpädagogin |
| Schulze Wintzler, Anne | SPD | Verbraucherberaterin |
| Stein-Redent, Dr. Rita | GRÜNE | Dipl. Ökonomin |
| Stober, Barbara | CDU | Hausfrau |
| Vilhjalmsson Wendela-Beate | SPD | Lehrerin |
| Welker, Helga | CDU | Anwaltssekretärin |
| Wendland, Simone | CDU | Rechtsanwältin |
| Wiesenack-Hauß, Hannelore | UWG | Richterin |

| | | |
|--------------------------------|-------|------------------------------|
| Wahlperiode 15: 2009/14 | | |
| Benning, Sybille | CDU | Landschaftsplanung |
| Bennik, Helga | GRÜNE | Geologin |
| Dieckmann, Petra | GRÜNE | Ärztin |
| Ganser, Beanka | SPD | Angestellte |
| Geschkewitz, Gisela | FDP | Oecotrophologin |
| Hakenes, Maria-Anna | SPD | Kauffrau |
| Hansjürgen, Brigitte | GRÜNE | Soziologin |
| Heyden, Kira | GRÜNE | Wiss. Mitarbeiterin |
| Holtz, Gisela | GRÜNE | Geschäftsführerin |
| Kemper, Annette | GRÜNE | Lehrerin |
| Kirgil, Fatma | LINKE | Dolmetscherin |
| Koch, Marianne | SPD | Geschäftsf. Gesellschafterin |
| Kosmider, Marliese | CDU | Oberstudienrätin |
| Kubig-Steltig, Gabriele | SPD | Dipl. Kauffrau |
| Küppers, Teresa | CDU | Dipl. Sozialpädagogin |
| Lammert, Doris | SPD | Angestellte |
| Möllemann-Appelhoff, Carola | FDP | Studienrätin |
| Möllers, Jutta | GRÜNE | Dipl. Pädagogin |

| | | |
|----------------------------|-------|---------------------------|
| Münsterjohann, Ursula | LINKE | Verkehrsplanerin |
| Naegels, Anne Marie | GRÜNE | Referendarin |
| Obst, Karin Dr. | FDP | Oberstudienrätin |
| Reismann, Karin | CDU | Pfarrsekretärin/Rentnerin |
| Schulze Wintzler, Anne | SPD | Verbraucherberaterin |
| Seyfferth, Petra | SPD | Studienberaterin |
| Stähler, Angela | CDU | Hausfrau |
| Stein-Redent, Dr. Rita | GRÜNE | Dipl. Ökonomin |
| Stober, Barbara | CDU | Hausfrau |
| Stracke-Gönül, Aliye | SPD | Bankkauffrau |
| Toulas, Iris | LINKE | Dipl. Ing. |
| Vilhjalmsson Wendela-Beate | SPD | Lehrerin, |
| Welker, Helga | CDU | Anwaltssekretärin |
| Wendland, Simone | CDU | Rechtsanwältin |
| Winkel, Maria | SPD | Kauffrau |
| Wübken, Sandra | FDP | Medienkauffrau |

| | | |
|--------------------------------|-------|------------------------------|
| Wahlperiode 16: 2014/20 | | |
| Bennink, Helga | GRÜNE | Geologin |
| Dähne, Susanne | GRÜNE | Angestellte |
| Feldmann, Doris | SPD | Dipl. Sozialpädagogin |
| Hort, Lilia | LINKE | Assistentin |
| Kemper, Annette | GRÜNE | Lehrerin |
| Kirgil, Fatma | LINKE | Dolmetscherin |
| Koch, Marianne | SPD | Geschäftsf. Gesellschafterin |
| Köhnke, Katharina | SPD | Studentin |
| Kubig-Steltig, Gabriele | SPD | Dipl. Kauffrau |
| Liekefeldt, Hedwig H. | SPD | Lehrerin |
| Loschelder, Christel H. | CDU | Erzieherin |
| Möllemann-Appelhoff, Carola | FDP | Studienrätin |
| Möllers, Jutta | GRÜNE | Dipl. Pädagogin |
| Naegels, Anne Marie | GRÜNE | Referendarin |
| Ozan, Didem | GRÜNE | Redakteurin |
| Phillip, Ortrud | LINKE | Geschäftsführerin |
| Reismann, Karin | CDU | Pfarrsekretärin/Rentnerin |
| Rietenberg, Sylvia | GRÜNE | Sozialarbeiterin |

Frauen im Rat der Stadt Münster seit 1946

| | | |
|----------------------------|-------|----------------------|
| Schulze Wintzler, Anne | SPD | Verbraucherberaterin |
| Seyfferth, Petra | SPD | Studienberaterin |
| Stähler, Angela | CDU | Hausfrau |
| Stein-Redent, Dr. Rita | GRÜNE | Dipl. Ökonomin |
| Suuck, Julia | SPD | Sonderpädagogin |
| Vilhjalmsson Wendela-Beate | SPD | Lehrerin |
| Winkel, Maria | SPD | Kauffrau |